



Seite 13



Seite 2

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Umgangston verschärft das politische Klima:

Guter Stil ist gefordert!

Bayerns Städtetagsvorsitzender Dr. Kurt Gribl: „Bürgermeister wollen sich kein dickes Fell wachsen lassen“
Kommunalpolitiker brauchen mehr Schutz vor Beleidigungen und Drohungen. Das gesellschaftliche und politische Klima wird härter, wenn sich Ressentiments, Populismus, Beleidigungen und Hetze Bahn brechen. Bundes- und Landespolitiker spüren diese Verschärfung ebenso wie Kommunalpolitiker und Mitarbeiter in Verwaltungen, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl.

„In Rathäusern mehren sich Fälle von Beleidigungen, Anfeindungen oder gar Drohungen.



Dr. Kurt Gribl.

Betroffen sind Mandatsträger und ihr privates Umfeld mit Ehepartnern und Kindern. Vom Bürgermeister wird erwartet, dass er auf Augenhöhe mit jedem Menschen spricht. Man hört oft, dass ein Bürgermeister ein dickes Fell braucht. Zum Amt des Bürgermeisters gehört es nicht, Beleidigungen und Hetze auszuhalten zu müssen. In jedem Bürgermeister steckt ein Mensch, der sich kein dickes Fell wachsen lassen will. Bürgermeister sind für ihre Bürger da, sie zeigen Respekt und wollen wie jeder Mensch mit Respekt behandelt werden“, so Gribl.

Die „Wutbürger“ gehen um: Was früher die analoge Stammtischparole war oder das Gerücht, das sich von Mund zu Ohr verbreitet hat, geht heute mit einem Klick tausendfach über das Smartphone. Was früher im Wirtshaus geratscht wurde oder beim Einkaufen in der Bäckerei hinter vorgehaltener Hand ge-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Von links: Staatsminister Dr. Florian Herrmann, MdL, DstGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg und DstGB-Präsident Dr. Uwe Brandl.

DStGB-Hauptausschuss 2019 in Freising:

Ohne Kommunen ist kein Staat zu machen

Wie sieht die umweltfreundliche Stadt in Zukunft aus? Wie kann die Verkehrswende klimagerecht durchgeführt werden? Wie kann eine Arbeitsmarktpolitik gestaltet werden, die die Digitalisierung berücksichtigt und alle Mitglieder der Gesellschaft einbezieht? Der DStGB-Hauptausschuss in Freising griff diese zentralen Zukunftsfragen auf und stellte dabei die Rolle der Kommunen in den Vordergrund.

Über die Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik diskutierten unter der Moderation des DStGB-Pressesprechers Alexander Handschuh der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, der Erste Oberbürgermeister der Stadt Zirndorf, Thomas Zwengel, sowie die bayerische Staatssekretärin für Familie, Arbeit und Soziales, Carolina Trautner. In einer weiteren Podiumsdiskussion drehte sich alles um die Di-

gitalisierung vor Ort und in der Kommune. Beiträge hierzu lieferten der Bremer Staatsrat und Vorsitzende des IT-Planungsrates Henning Lühr, AKDB-Pressesprecher Florian Kunstein, Karlheinz Roth, Erster Bürgermeister der Gemeinde Spiegelau, sowie Elke Zehetner, Bürgermeisterin der Stadt Penzberg.
An die Parteien der Großen Koalition in Berlin appelliert der Deutsche Städte- und Gemein-

(Fortsetzung auf Seite 4)

raunt wurde, verbreitet sich nun in Windeseile über Facebook, Twitter oder Instagram. Digitale „Wutbürger“ äußern sich oft aus der Anonymität und unter Decknamen. Stimmungen schaukeln sich mit wenigen Klicks hoch. Spott, Hohn, Aggression, Hetze und Hass bestimmen den Diskurs. Beleidigende Töne in Social Media können wie Brandbeschleuniger wirken. Befeuert von digitalen Möglichkeiten mobilisieren sich heute Stimmungen schneller als etwa in den 1970er Jahren mit Bürgerinitiativen, hektographierten Flugblätter und Leserbriefen. Von demokratischen Abwägungsprozessen und Kompromissen wollen digitale „Wutbürger“ wenig wissen.

Stabile Strukturen und Freiheit sind nicht selbstverständlich

Gribl: „Die Erinnerung an Jahrestage zur Weimarer Verfassung 1919, zum Grundgesetz 1949 und zum Mauerfall 1989 (Fortsetzung auf Seite 4)

DStGB legt Masterplan Klimaschutz vor:

Kommunen als Wegbereiter

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund ist überzeugt: Das Erreichen der Klimaschutzziele wird nur mit den Kommunen und der Bürgerschaft gelingen. Insoweit greift aus seiner Sicht der vom Bundesumweltministerium vorgelegte Entwurf des Klimaschutzgesetzes derzeit noch deutlich zu kurz. Entscheidend sei ein umfassenderer Ansatz, der sowohl eine nachhaltige Verkehrswende als auch eine stärkere Förderung kommunaler Klimaschutzaktivitäten zum Inhalt hat. Nötig sei aber auch eine Bewusstseins- und Verhaltensänderung der Bürger. Vor diesem Hintergrund hat der DStGB nun einen Masterplan Klimaschutz erarbeitet und veröffentlicht.

„Nur wenn der Mensch sich wandelt, können wir den Klimawandel stoppen. Das wird von den Kommunen ausgehen! Liebgewonnenes aufzugeben muss nicht zu Schlechterem führen. Kreativität und Mut zur Veränderung zeigen uns den Weg zu einem gutem Klimaschutz. Kommunen können Öffentlichkeit, Anerkennungskultur, Motivation und Vorbilder für den Klimaschutz schaffen“, heißt es im Masterplan.

Die Menschen dürften den Klimaschutz nicht als Belastung erleben, sondern als Bereicherung. Erfolgsgaranten einer Klimaschutzpolitik seien der Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Akteuren und die soziale Verträglichkeit und Akzeptanz. Die Besteuerung von Treibhausgasen habe eine soziale Dimen-

sion. Trotz einer positiven Lenkungswirkung von Abgaben dürften diese nicht zu einer einseitigen Belastung führen.

Viele gute Projekte

Die Förderung des Klimaschutzes in den Kommunen hat laut DStGB viele gute Projekte auf den Weg gebracht. In zehn Jahren bis Ende 2018 habe die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums rund 14.400 Projekte in mehr als 3.450 Kommunen mit rund 605 Millionen Euro unterstützt. Dadurch wurden zusätzliche Investitionen von rund einer Milliarde Euro ausgelöst. „Dieser Weg ist richtig, vor Ort muss der Klimaschutz beginnen. Diese Förderung muss verstetigt und dauerhaft auf hohem Niveau fortge-

führt werden – zusammen mit dem Bund, den Ländern, Kommunen, Bürgerschaft und Wirtschaft.

Kommunen müssten als maßgebliche Akteure einer erfolgreichen Klimaanpassung daher von Bund und Ländern stärker finanziell unterstützt werden. Eine klimagerechte Stadtentwicklung, die Vorsorge für die Folgen des Klimawandels trifft, sei mehr in den Fokus zu rücken. Beispiele für vorsorgendes kommunales Handeln seien die Erstellung von Notfallplänen oder integrierten kommunalen Hochwasserkonzepten ebenso wie die Stärkung der Eigenvorsorge der Bürger, etwa im Hinblick auf ein hochwasserangepasstes Bauen.

Mehr Grün in den Ortskernen

Auch komme der Schaffung von mehr Grünflächen insbesondere in Innenstädten und Ortskernen und einer nachhaltigen Wasserwirtschaft (Bau von Trinkwasserbrunnen etc.) angesichts zunehmender Dürrezeiten immer mehr Bedeutung zu. (Fortsetzung auf Seite 4)

12. Bayerisches EnergieForum in Garching:

Klimaschutz jetzt!

Zum 12. Mal veranstaltete die Bayerische GemeindeZeitung ihr EnergieForum unter dem Motto „Power für Bayerns Kommunen“. Über 200 Kommunalvertreter informierten sich einmal mehr über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Praxisbeispiele. Kooperationspartner waren erneut Bayerischer Gemeindegtag, Bayerischer Städtetag und Bayerischer Landkreistag. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

35 Partner und 21 Aussteller wohnten der bewährten Austauschplattform zu den Themen Energieeffizienz, Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien bei. Als hochkarätige

Klimaschutzmanagementsystem, das die dena speziell für Kommunen konzipiert hat, sowie die Dienstleistung Energie-spar-Contracting. Die zahlreichen Teilnehmer erfuhren außerdem, welche Unterstützungsmöglichkeiten der Bund und die dena Kommunen beim Verbessern ihrer Energieeffizienz bieten. Praxisbeispiele aus dem kommunalen Klimaschutz und eine Podiumsdiskussion rundeten die Veranstaltung ab.



Höchste CO2-Konzentration seit drei Millionen Jahren

Referenten wurden willkommen geheißen: Detlef Fischer (VBWE e.V.), Thomas Wöber (gibgas consulting im Auftrag von erdgas schwaben gmbh), Christian Stettner (Südwärme AG), Dr. Jörg Ochs (SWM Infrastruktur GmbH & Co.KG), Alexander Gilch (GETEC heat & power GmbH), Hagen Fuhl (Sener-Tec), Michael Wittmann (Bayernwerk Netz GmbH), Manuel Münch (Klimaschutzmanagement, Landratsamt Berchtesgader Land), Stefan Raab (Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie), Dr. Carsten Schäfer (BayWa Energie Dienstleistung GmbH), Michael Westermaier (ratiotherm Heizung + Solartechnik GmbH & Co. KG), Philipp Schaltenberg (VK Energie GmbH), Markus Euring (Energiepipe GmbH), Nick Loth (GDK mbH), Klaus-Jürgen Edelhäuser (Bayerische Ingenieurekammer Bau) und Josef Guggemos (Energex Energiesparteknik GmbH).

Themenraum Klimaschutz

Gemeinsam mit der Bayerischen Gemeindezeitung gestaltete die dena den Themenraum „Kommunaler Klimaschutz durch Energiemanagement und Energieeinsparungen“ und präsentierte sich vor Ort außerdem mit einem eigenen Stand. Schwerpunkte des Themenraums waren das Energie- und

Unter der Moderation von Stefan Drexelmeier (Bayerische Energieagenturen e.V.) nahmen am Themenraum Dr. Daniel Wissmann (BMW), Dr. Ronny Bischof (Deutsche Energie-Agentur), Michael Müller (Deutsche Energie-Agentur), Ludwig Friedl (Bayerische Energieagenturen e.V.), RA Dr. Christoph Maier (maierwoelfert rechtsanwälte partnerschaft mbB), Peter Kalmer (Landesbaudirektion Bayern), Stephan Weinen (E1 Energiemanagement GmbH), Andreas Bö-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Anstatt über die drohende Apokalypse zu jammern, oder die große moralische Keule zu schwingen, soll mit menschlichem Erfindergeist den negativen Folgen des Klimawandels begegnet werden, lautet der konstruktive Vorschlag des Bürgermeisters. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Sprache hat Verantwortung	2
Umfrage zum Stand der Digitalisierung in Bayerns Kommunen	2
Bahn statt Auto – wie funktioniert die Mobilitätswende?	2
Bayerische Landkreise gestalten aktiv die Digitalisierung	3
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Was immer Du tust, tue es gut und beachte das Ende!	3
Vertriebens als Brückenbauer	3
Bayern droht ein Klärschlammnotstand	3
Kommunale Finanzthemen	5-9
Umwelt-Abfall	10-13
Aus den bayerischen Kommunen.	14-16

Landtagspräsidentin Ilse Aigner im Münchner Presseclub:

„Sprache hat Verantwortung“

Gibt es eine neue Diskussionskultur im Maximilianeum? Über diese Frage diskutierte Landtagspräsidentin Ilse Aigner mit den Mitgliedern des Presseclubs und dem Vorsitzenden Peter Schmalz. Einen Knigge für den Landtag gibt es zwar nicht, dafür aber Videoaufzeichnungen von den Debatten und aktuell Empörung aufgrund des Verhaltens des Abgeordneten Ralph Müller von der AfD.

Einst bezeichnete sich Aigner als „Dirigentin eines politischen Orchesters“. Inzwischen sieht sie sich eher als „Schiedsrichterin“. Als sie im vergangenen November ihre Antrittsrede als neue Präsidentin des Bayerischen Landtags hielt, erinnerte sie an die Eröffnung des 13. Landtags vor 24 Jahren: Sie war die zweijüngste Abgeordnete – nach dem damaligen Polit-Youngster Markus Söder. Inzwischen erteilt sie ihm das Wort für Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten. Die CSU-Politikerin ist seit knapp sieben Monaten Hausherrin in dem mit 205 Abgeordneten größten bayerischen Nachkriegsparlament. Die Zahl der Fraktionen ist von vier auf sechs gestiegen. Wenn Ilse Aigner in ihrer ersten Rede anmahnte, der Landtag möge eine von „gegenseitigem Respekt geprägte Diskussionskultur“ vorleben, dann hat das auch damit zu tun, dass mit den 88 Neulingen erstmals 20 AfD-Abgeordnete ins Parlament einzogen.

Eklat im Landtag

Zu einem Eklat kam es am 26. Juni im Landtag: Bei einer Gedenkminute für den ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke blieb der AfD-Abgeordnete Ralph Müller auf seinem Platz sitzen. Erst als Landtagspräsidentin Ilse Aigner bereits zwanzig Sekunden lang an einen weiteren Verstorbenen erinnerte, den früheren SPD-Abgeordneten Horst Haase, erhob sich Müller von seinem Platz. Einen Fehler erkannte er nicht. „Ich kann in dem Verhalten keine Schuld sehen“, sagt er Minuten später am Rednerpult. Eine Entschuldigung, wie sie die Abgeordneten aller anderen Fraktionen fordern, kam Müller zunächst nicht über die Lippen. Stattdessen sagte er: „Diese moralingetränkte Hexenjagd weise ich zurück, weil sie

auch nicht angebracht ist.“ Ein unfassbarer Vorgang, der den Parlamentarischen Geschäftsführer der Freien Wähler Landtagsfraktion Dr. Fabian Mehring veranlasste, plenaröffentlich von der AfD-Fraktion eine Entschuldigung zu fordern. Andernfalls erklärte Mehring jedwede weitere parlamentarische Zusammenarbeit zwischen der Freien Wähler Landtagsfraktion und der AfD-Fraktion für ausgeschlossen. Da die von Mehring geforderte Entschuldigung unterblieb, verließen die Parteimitglieder bei der anschließenden Rechtfertigungsrede Müllers geschlossen das Plenum – gefolgt von Abgeordneten aller anderen demokratischen Fraktionen. Ilse Aigner führte daraufhin ein deutliches Gespräch mit Ralph Müller, zweieinhalb Stunden nach dem Eklat spricht er abermals zum Parlament: „Ich entschuldige mich ausdrücklich für dieses Verhalten, dass ich gegebenenfalls zu lange sitzen geblieben bin.“

Aigner ist sprachlos

Im Presseclub äußerte Aigner jedoch Zweifel daran, ob diese Entschuldigung tatsächlich als Einsicht betrachtet werden kann. „Ich bin einfach sprachlos angesichts dieses Verhaltens und hätte mir nicht vorstellen können, dass es jemand geben könnte, der bei einer Gedenkminute nicht aufsteht. Aber für

die Bevölkerung ist es wichtig zu wissen, was für eine Partei die Wähler der AfD ihre Stimme gegeben haben“, sagte Aigner. Sie schloss nicht aus, dass Müllers Verhalten Folgen haben könnte – womöglich in Form einer Rüge. „Ich denke, wir werden uns noch im Präsidium darüber unterhalten. Aber für mich war erst einmal wichtig, dass sich Ralph Müller überhaupt entschuldigt – auch wenn die Entschuldigung nicht besonders glaubwürdig war.“

Videoaufzeichnungen

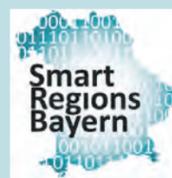
Die AfD erlebe Aigner als eine zutiefst gesplante Fraktion mit dem Drang, sich als Opfer darzustellen. „Die AfD beklagt sich darüber, dass sie ausgegrenzt werde. Aber die Partei muss sich an ihren Taten und Worten messen. Das gilt jedoch für alle Fraktionen. Ich bin der Überzeugung, dass Sprache prägt. Und deshalb haben Worte und Sprache eine große Verantwortung“, betonte Aigner. Sie bestätigte, dass es im Parlament grundsätzlich lauter geworden sei, es mehr Zwischenrufe gebe und kontroverser diskutiert werde. Wird es so laut, dass Einwände übertönt werden, können die Abgeordneten beruhigt sein: alle Debatten werden per Video aufgezeichnet, sodass jedes Wort protokolliert ist. „Das ist sehr hilfreich, wenn beispielsweise Anschuldigungen aus dem Kontext gegriffen oder Worte verdreht werden. Mit den Videoaufzeichnungen haben wir dann immer die Möglichkeit zu überprüfen, was wirklich gesagt wurde.“

Einen Knigge gibt es nicht, aber parlamentarische Spielregeln, z. B. sind Beleidigungen tabu. Für die Landtagspräsidentin gelte stets die Regel: „Was du nicht willst, was man dir tut, das füge auch keinem anderen zu.“ Auch eine Kleiderordnung ist nicht vorgeschrieben. Turnschuhe sind längst keine Aufregung mehr wert. Morddrohungen habe Aigner in ihrer politischen Karriere bisher noch keine bekommen, aber bereits massive verbale Angriffe. „Ich habe mich daran gewöhnt und ein dickes Fell bekommen. Bereits die Zeit, als ich als Bundeslandwirtschaftsministerin unterwegs war, hat mich abgehärtet“, erinnerte sie sich.

Gegen Politikverdrossenheit

Aus der ehemaligen Ministerin ist eine Präsidentin geworden – hat sie das Amt verändert? „Ich bin immer noch ein politischer Mensch und erlaube mir im bilateralen Gespräch meine politische Meinung zu äußern.“ Dass sich Oppositionspolitiker in Diskussionen anders verhalten als Mitglieder der Regierungsfraktion, ist für Aigner eine logische Konsequenz. „Es dauert, bis in einem neu gewählten Parlament jeder in den Diskussionen seine Rolle gefunden hat. Diejenigen, die neu in der Regierung sind, müssen beispielsweise auch erst einmal lernen, dass sie nicht nur fordern, sondern jetzt auch regieren müssen.“ Dabei hält es Aigner für wichtig, dass die Politikverdrossenheit nicht aufgrund langer Diskussionen ohne Einigung zunimmt. „Wir müssen jeden in der Bevölkerung abholen. Und dabei ist auch die Wahl der richtigen Worte entscheidend, damit sich beispielsweise auch Zugezogene angenommen fühlen.“

Anja Schuchardt



7. Bayerisches BreitbandForum:

Umfrage zum Stand der Digitalisierung in Bayerns Kommunen

Der Anschluss an das schnelle Internet ist für jede Kommune notwendige Voraussetzung, um die Digitalisierung voranzubringen. Nur wenn ausreichend Bandbreite, also Übertragungsgeschwindigkeit, vorhanden ist, kann über neue digitale Dienstleistungen einer Kommune nachgedacht werden.

Damit wir Ihnen präsentieren können, was in bayerischen Kommunen bereits umgesetzt wird und was möglich wäre, haben wir uns für das 7. Bayerische BreitbandForum als Partner das ZD.B – Zentrum Digitalisierung Bayern, das zum Bayerischen Wirtschaftsministerium gehört, mit ins Boot geholt und können erstmalig, als Ergänzung zu den Fragestellungen rund um den Breitbandausbau, einen Themenraum „Smart Regions Bayern“ anbieten.

Bitte merken Sie sich diesen Termin heute schon vor: 7. Bayerisches BreitbandForum mit Themenraum „Smart Regions Bayern“, am 14.11.2019 in der Stadthalle, Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen

Vertreter von Kommunen nehmen kostenfrei teil. Unter www.bayerisches-breitbandforum.de ist eine Anmeldung schon jetzt möglich.

Projekte-Atlas Bayern „Smart Cities and Regions“

Auf dieser Veranstaltung wird der Projekte-Atlas Bayern „Smart Cities and Regions“ vorgestellt, der über www.smart-regions.bayern zu erreichen sein wird. Und um diesen Atlas mit Leben zu füllen, **brauchen wir bitte Ihre Mitarbeit!**

Der Projekte-Atlas soll die Vielfalt an bereits verwirklichten bayerischen Digitalisierungs-Projekten und Aktivitäten transparent darstellen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern so die Möglichkeit geben, ähnliche Projekte in der eigenen Region anzustoßen.

Bitte melden Sie uns Ihre Projekte!

Wenn Sie ein Projekt in Ihrer Region, Gemeinde, Stadt, oder in Ihrem Landkreis, realisiert haben bzw. kennen, schicken Sie bitte unter dem Stichwort „SR-Atlas Bayern“ eine eMail an willi.steincke@zd-b.de mit folgendem Inhalt: Titel des Projekts, Ansprechperson, Link zur Projektseite.

Bitte beachten Sie, dass zeitlich begrenzte Forschungsprojekte nicht berücksichtigt werden können.

Da keine Auswahlkriterien vorgegeben sind, wird eine Veröffentlichung aller Projekte nicht garantiert.

Auf Ihren Input sind wir gespannt, vielen herzlichen Dank.

Ihr Team der Bayerischen Gemeindezeitung

Bahn statt Auto – wie funktioniert die Mobilitätswende?

Welche Maßnahmen sind nötig, damit künftig mehr Menschen in Bayern Busse und Bahnen nutzen? Externe Experten informieren die Ausschussmitglieder über die aktuelle Situation und mögliche Lösungsansätze für den Öffentlichen Nahverkehr, um die Verkehrswende zu erreichen und umweltfreundliche Mobilität zu ermöglichen.

Wenn die von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) verlangte Pünktlichkeit nicht erreicht wird, muss die Bahn an den Freistaat Strafe zahlen, die sogenannte Pönale. Wie aus einer Antwort der Staatsregierung vom Frühjahr 2018 hervorgeht, musste die S-Bahn zwischen 2012 und 2016 Strafzahlungen von insgesamt vier Millionen Euro leisten. Der monatliche Schwellenwert von 94, unter dem eine Pönale fällig wird, wurde 2018 fünfmal unterschritten. Der Jahresschwellenwert liegt bei 96, auch er wurde nicht erreicht. Unpünktlichkeit ist aber nur ein Punkt, der dazu führt, dass weniger Menschen den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) nutzen. Infrastruktur ausbauen, Kapazitäten schaffen, einfachere Tarifsysteme, Angebot und Qualität verbessern – so lauten die zentralen Empfehlungen der zehn Verkehrs-Fachleute. Im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr stellten sie verschiedene Ideen vor, wie sich die Qualität des ÖPNVs verwirklichen lässt.

Verkehrsverbände für mehr Qualität

„Die Debatte zur Verkehrswende bewegt uns“, sagte Andreas Mäder, Geschäftsführer des Verkehrsverbands Großraum Nürnberg. „Wer glaubt, dass es in den nächsten zehn Jahren so weitergeht, wie in den letzten zehn Jahren, der ist mit Sicherheit auf dem Holzweg.“ Eine Herausforderung: der Ausbau der Eisen-

bahn-Infrastruktur. „Hinter Holzkirchen beginnt die ÖPNV-Diaspora, da ist nichts mehr“, bemängelte Dr. Bernd Rosenbusch, Geschäftsführer des Münchner Verkehrs- und Tarifverbands. Entscheidend sei das Kundeninteresse und deshalb müsse der öffentliche Nahverkehr einfacher, bequemer und transparenter werden. „Solange Autofahren so billig ist, muss der ÖPNV finanziert werden.“

Beantragt hatte die Expertenanhörung die SPD-Fraktion, die von der Staatsregierung mehr Einsatz für die Mobilitätswende fordert. Die Frage von Rosi Steinberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzende des Umweltausschusses, ob flächendeckende Verkehrsverbände sinnvoll seien, bejahten die Experten. Nach Ansicht des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen Bayern, Dr. Robert Frank, verbessern solche Verkehrsverbände die Qualität des ÖPNV. Neben rechtlichen Hürden sei allerdings mehr Geld nötig, um die entsprechende Organisation zu stemmen. Auch Stephan Kroll von der Nahverkehrsberatung Südwest sieht Verkehrsverbände als effizient und für die Fahrgäste attraktiv an. Allerdings müsse zuvor die Frage der Finanzierung geklärt sein.

Keine Billig-Tickets

Der Ausschussvorsitzende Sebastian Körber (FDP) interessierte sich dafür, in wie weit ein verbilligtes 365-Euro-Jahresti-

cket die Attraktivität des Nahverkehrs steigert. Das lehnten die Experten einstimmig ab. Ungeeignet für die Verkehrswende entziehe dieses Angebot dem System dringend benötigtes Geld zulasten des Infrastrukturausbaus, kritisierte der Geschäftsführer der Regionalverkehr Oberbayern, Stefan Kühn. Das Ziel, mehr PKW aus der Stadt herauszuhalten und die Menschen in den ÖPNV zu ziehen, werde damit nicht erreicht, lautete die Bilanz von Monika Steffen, stellvertretende Geschäftsführerin des Landesverbands Bayerischer Omnibusunternehmen. Berater Kroll gab allerdings mit Blick auf junge Fahrgäste als Mobilitätsgruppe von morgen zu bedenken, dass Mobilitätsverhalten in der Jugend trainiert werde und sich nicht ad hoc ändere.

Mehr Mobilität auf dem Land

Die verkehrspolitische Sprecherin der SPD, Inge Aures, konstatierte ein Stadt-Land-Gefälle. Auf dem Land gebe es kaum Alternativen zum Auto. „Insbesondere für die Lebensqualität auf dem Land ist es entscheidend, dass die Menschen ein anderes Verkehrsmittel als ihr Auto nutzen können. Im Moment ist weder die Taktung der Busverbindungen noch die Abdeckung durch Haltestellen den Bedürfnissen der Menschen entsprechend“, kritisierte Aures. Nachfrage schaffen durch mehr Angebote, lautete auch die Expertenempfehlung für ländliche Regionen. Ein mindestens stündlicher Grundtakt ist nach Ansicht von Stefan Liese von der BEG dafür unabdingbar. In der Kritik standen zudem Parallelverkehre von Bus und Bahn. Jedes Verkehrsmittel müs-

se dort eingesetzt werden, wo es sinnvoll und wirtschaftlich sei, die bestehenden Verkehrsmittel besser aufeinander abgestimmt werden, um Mehrwert für den Kunden zu schaffen, so die Fachleute. Nötig ist laut Geschäftsführer Rosenbusch ein Gesamtpaket Mobilität im ländlichen Raum.

Kein Verlass auf S-Bahn

Infrastruktur ausbauen, Angebot erweitern lautet das Expertenrezept für größere Städte. Nötig seien beispielsweise eine Gleiserneuerung der U-Bahn oder ein neues Zugsicherungssystem, das eine kürzere Taktung der Züge erlaube, konkretisierte Ingo Wortmann, Geschäftsführer der Münchner Verkehrsgesellschaft. Für den SPD-Abgeordneten Florian von Brunn besteht das größte Problem in der Unzuverlässigkeit der S-Bahn. Die Ursachen dafür abzustellen, nämlich Personalmangel, Infrastrukturstörungen und Eingriffe von außen sei Personen auf den Gleisen, ist laut BEG schwierig.

Vernetzung

Anschluss-Sicherheit, einfachere Tickets, mehr Platz, digitales Störungsrouting – an Ideen zu einer besseren Verflechtung der Verkehrsmittel fehlte es nicht. Gregor Beiner vom Taxiverband München forderte gemeinsame Plattformstrategien zu entwickeln und damit das Konkurrenzdenken zwischen Bus, Bahn und Taxi zu überwinden. Im urbanen Raum sei E-Mobilität möglich, außerhalb wegen fehlender Schnell-Ladestruktur dagegen schwierig, so Beiner.

Probleme sehen die Fachleute auch in der Zuverlässigkeit der E-Mobilität und bei den Preisen. Für einsatzbereite E-Busse gebe es in Deutschland kaum Hersteller. Bisher setzt kein Ver-

kehrsunternehmen allein auf Smartphones als digitale Bezahlmöglichkeit. Auch aus Datenschutzgründen bevorzugten viele Kunden häufig Chipkarten als Alternative zum Handy. Um digitale Lösungen wie Ticket-Apps anzubieten, kooperieren einige Unternehmen mit Hochschulen und der Industrie. Anja Schuchardt

Bayerisches Schulsystem – einfach erklärt

Integrationskoordination und BAF produzierten Filme für Geflüchtete

In Zusammenarbeit zwischen der Integrationskoordination des Landratsamts München und der Bayerischen Akademie für Fernsehen und Digitale Medien e.V. (BAF) sind fünf Erklärfilme entstanden, die Geflüchteten das bayerische Schulsystem näher bringen sollen. Die Videos sind animiert und stehen in Deutsch, Englisch, Dari und Arabisch zur Verfügung.

Was ist die Schulpflicht und wie lange muss man überhaupt zur Schule gehen? Wer geht in die Ü-Klasse und was genau lernt man eigentlich an der Mittelschule? Wie unterscheidet sich die duale von der schulischen Berufsausbildung? Dieser und weiterer Fragestellungen hat sich die Integrationskoordination im Rahmen des Integrationsfahrplans angenommen.

Die Videos stehen ab sofort auf dem YouTube-Kanal des Landratsamts (Profilname: Landratsamt München) zum Abrufen bereit.

Es war allen Mitwirkenden ein Anliegen, ein niedrigschwelliges Informationsangebot zu schaffen, das in leicht verständlicher Sprache und animierten Bildern das bayerische Bildungssystem erklärt. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Willibald Gailler
92318 Neumarkt i. d. Opf.
am 11.7.

Bürgermeister
Edmund Pirkelmann
91344 Waischenfeld
am 13.7.

Bürgermeister Konrad Ochs
91358 Kunreuth
am 16.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Preischl
91171 Greding
am 9.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Lutz Egerer
91580 Petersaurach
am 12.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Meiler
92696 Flossenbürg
am 15.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Mönch
96279 Weidhausen
am 9.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Die Landräte diskutierten bei den Bayerischen Innovationstagen mit der Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, MdL, darüber, wie die Digitalisierung in den Landkreisen gemeinsam gestaltet werden kann. Unser Bild zeigt v.l.: Landrat Armin Kroder, Landkreis Nürnberger Land, Landrat Georg Huber, Landkreis Mühldorf a. Inn, Landrat Matthias Dießl, Landkreis Fürth, Landrat Jens Marco Scherf, Landkreis Miltenberg, Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg, Klaus Geiger, Referent beim Bayerischen Landkreistag, Staatsministerin Judith Gerlach, MdL, Landrat Thomas Ebeling, Landkreis Schwandorf, Landrat Josef Niedermaier, Leiter des Bayerischen Innovationsrings, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, Landrat Sebastian Straubel, Landkreis Coburg). □

Bayerische Innovationstage 2019 in Landshut:

Bayerische Landkreise gestalten aktiv die Digitalisierung

Am Mut, ihre Verwaltungen zu digitalisieren, fehlt es den bayerischen Landkreisen nicht. In dem bereits 1997 gegründeten Bayerischen Innovationsring haben sich 26 Landkreise zusammengeschlossen, um die Landratsämter auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Ganz oben auf der Agenda steht bis heute die Digitalisierung. Neben zahlreichen renommierten Fachleuten war auch die Bayerische Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach, MdL, nach Landshut gereist, um sich mit den Vertretern der bayerischen Landkreise über die aktuellen Herausforderungen auszutauschen.

Dass sich die Bürger den Gang in die Amtsstube sparen und alles von ihrem eigenen PC aus erledigen können, war einst nur ein ferner Traum, der immer realer wird. Das wurde auch bei den Bayerischen Innovationstagen in Landshut deutlich. Diese fanden heuer bereits zum dritten Mal statt. Landrätinnen und Landräte, Führungskräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Landratsämtern nutzen das Forum, um gemeinsam mit renommierten Experten Lösungsansätze zu erarbeiten, von denen alle Landratsämter profitieren.

Erfahrungsaustausch

Schon heute kann man zum Beispiel die Kfz-Außerbetriebsetzung, die Kfz-Wiederzulassung auf denselben Halter im selben Zulassungsbezirk sowie Schüler- und Meister-BAföG online beantragen. „Das sind sicherlich erste Schritte in die richtige Richtung, aber noch zu wenig, um von echten digitalen Behörden sprechen zu können“, so Landrat Josef Niedermaier (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), Leiter des Bayerischen Innovationsrings, im Rahmen der Eröffnung. „Mit den Bayerischen Innovationstagen wollen wir die Landratsämter nach dem Motto „Gemeinsam weiterkommen“ bei der Umsetzung von Digitalisierungsprojekten unterstützen

und den kollegialen Erfahrungsaustausch zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ihren Chefinnen und Chefs weiter stärken. Das ist essenziell, um auch über den Alltag hinaus Impulse setzen zu können“, so der Tölzer Landrat Niedermaier. Neben Fachvorträgen geht es bei der Tagung vor allem darum, in parallelen Innovationsforen und Innovationswerkstätten Antworten auf die aktuellen Herausforderungen zu finden.

Insbesondere die im Rahmen der Tagung vorgestellten Digitalisierungsvorhaben zeigten ganz konkret, dass das „digitale“ Landratsamt jeden Tag stärker wird. So hat der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags unlängst ein Projekt auf den Weg gebracht, das den Einsatz von Chatbots in den Landratsämtern ermöglicht. Dadurch sollen allgemeine Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern automatisiert beantwortet werden können – 7 Tage die Woche, 24 Stunden am Tag. Beim Pilotprojekt „Digitale Baugenehmigung“ arbeitet das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr gemeinsam mit 15 Pilotlandratsämtern an einem digitalen Bauantrag, um die Chancen der Digitalisierung auch in diesem Bereich zu nutzen. Zudem wurden die Potenziale beim Einsatz amtlicher Geobasisdaten in den Landkreisen – von histori-

schen Daten bis hin zu hochauflösenden 3D-Daten – eindrucksvoll dargestellt.

Die bayerischen Landkreise wollen die Digitalisierung aktiv gestalten und sie gemeinsam meistern. Ideen dafür gibt es genug. „Wie bei der „analogen“ Verwaltung darf natürlich auch in der digitalen Welt die Kundenfreundlichkeit nicht zu kurz kommen. Dabei kommt es neben den digitalen Kompetenzen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entscheidend darauf an, dass die Bürgerinnen und Bürger die digitalen Angebote möglichst einfach und komfortabel nutzen können“, so Landrat Josef Niedermaier. Dabei sind die Landkreise auch auf die Unterstützung von Staatsregierung und Bundesregierung angewiesen. Auf der einen Seite muss die digitale Infrastruktur vom Breitband bis hin zum Mobilfunk passen. Wenn die Bürger beim Mobilfunk ständig mit Verbindungsabbrüchen und niedrigen Bandbreiten zu kämpfen haben, nützt die Behörde 4.0 auf dem Smartphone nichts.

Förderprogramm

Gleichzeitig brauchen die bayerischen Landkreise ein Förderprogramm, das sie beim Ausbau des Angebots an Online-Verwaltungsleistungen wirksam unter-

Sudetendeutscher Tag und Heimattag der Siebenbürger Sachsen:

Vertriebene als Brückenbauer

Die traditionellen Treffen zweier Vertriebenenverbände bestimmen in Bayern das politische Geschehen der Pfingstfeiertage. Während die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Regensburg zu ihrem 70. Pfingsttreffen zusammenkam, feierten die Siebenbürger Sachsen ihren Heimattag wie immer in Dinkelsbühl.

Zu Beginn des 70. Sudetendeutschen Tags unter dem Motto „Ja zur Heimat im Herzen Europas“ lobte Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer das Engagement der Volksgruppe: „Sie wissen, wie wichtig eine feste kulturelle Verwurzelung ist. Sie pflegen Ihr Brauchtum und Ihre Sprache mit großem Engagement. Die Sudetendeutschen bereichern unsere bayerische Kulturlandschaft.“

Sudetendeutsches Museum

Mit Blick auf den Bau des Sudetendeutschen Museums in München, das noch in diesem Jahr fertiggestellt werden soll, betonte Schreyer: „Der Freistaat baut für Sie das Gebäude. Sie aber sind diejenigen, die das Gebäude mit Leben und Geschichte füllen werden.“ Das Museum werde künftig ein Ort sein, der der Gesellschaft die Kultur und Leistung der Sudetendeutschen

GZ

KOLUMNE
Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,

CSR – Corporate Social Responsibility – ist ein moderner Begriff für ein altbekanntes Prinzip: den ehrbaren Kaufmann. Vielleicht heute mehr als früher, erfordert eine verantwortungsvolle Unternehmensführung im Zeitalter globalisierter Märkte ein Nachdenken über die Folgen des eigenen Wirtschaftens.

Am ehesten lässt sich CSR mit gesellschaftlicher Verantwortung übersetzen. Gemeint ist damit das nachhaltige, verantwortungsbewusste Handeln eines Unternehmens gegenüber seinen Arbeitnehmern, Kunden und Geschäftspartnern einerseits, aber auch gegenüber der Umwelt und der Gesellschaft.

Strategisch eingesetzt, geht CSR dabei über die reine Vermeidung negativer Auswirkungen



ständische Unternehmen reges Interesse an diesem Thema haben – einige sind bereits heute sehr aktiv. Vielen fehlen jedoch gezielte Informationen über mögliche Themen und Umsetzungsmöglichkeiten.

Der Landkreis München hat es sich zum Ziel gesetzt, seine Unternehmen hier gezielt zu unterstützen. Als Schirmherrin für unsere CSR-Initiative konnten wir die bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Kerstin Schreyer, gewinnen.

Mit Informations-, Beratungs- und Vernetzungsangeboten möchten wir Unternehmen die Vorteile einer verantwortungsvollen Unternehmensführung aufzeigen und sie dazu motivieren und dabei unterstützen, sich freiwillig sozial, ökologisch oder gesellschaftlich zu engagieren.

Langfristiges Ziel dieser Bemühungen ist es, die Anziehungskraft der Region zu erhalten, die Attraktivität der Arbeitgeber zu stärken und innovative Formen der Kooperation zur Lösung gesellschaftlicher Bedarfe vor Ort zu finden. Damit möchten wir einen Beitrag zur Gestaltung des Wachstums im Landkreis München und der Region leisten, soziale Innovation fördern und den Dialog unterschiedlicher Anspruchsgruppen stärken.

Gelebte gesellschaftliche Verantwortung durch Unternehmen ist eine Chance, die nicht im Widerspruch zur Gewinnorientierung steht.

In der Hoffnung, dass unsere Initiative nicht nur auf große Resonanz in unserem Landkreis stößt, sondern auch darüber hinaus, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Ihr Christoph Göbel

Landrat des Landkreises München

Was immer Du tust,
tue es gut und
beachte das Ende

Epiktet

gen unternehmerischen Handelns auf Umwelt und Gesellschaft hinaus und stellt die Chancen nachhaltiger Geschäftsmodelle in den Vordergrund. CSR gewinnt aufgrund sich wandelnder gesellschaftlicher Risiken wie Klimaerwärmung und knapper werdenden Ressourcen immer mehr an Bedeutung.

Eine Unternehmensbefragung im Landkreis München ist zu dem erfreulichen Ergebnis gekommen, dass zahlreiche kleine und mittel-

stützt. Aber auch rechtlich müssen alle Wege frei sein. „Die Einstiegshürden für unsere Bürgerinnen und Bürger sind derzeit immer noch zu hoch. Wir brauchen bei der elektronischen Unterschrift und der elektronischen Identifizierung einfachere Lösungen“, so Niedermaier. So wird der neue Personalausweis von den Bürgerinnen und Bürgern auch acht Jahre nach seiner Einführung nur sehr zögerlich für digitale Verwaltungsleistungen genutzt.

ELSTER-Zertifikate

Die Teilnehmer der Bayerischen Innovationstage waren sich einig, dass durch die Nutzung der ELSTER-Zertifikate die Einstiegshürden für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen spürbar abge-

senkt werden können. „Die ELSTER-Zertifikate haben sich bei der elektronischen Steuerklärung millionenfach bewährt, sie müssen daher endlich auch für alle weiteren Online-Verfahren eingesetzt werden dürfen. Dafür setzen wir uns mit Nachdruck beim Bund und beim Freistaat Bayern ein. Wir benötigen hier schnelle Entscheidungen“, so Landrat Josef Niedermaier weiter. Daneben müssen auch die Unterschriftenanforderungen weiter abgebaut werden. Allein das Verwaltungsrecht des Bundes enthält mehr als 2.500 Schriftformerfordernisse. Mit einem „E-Gov-TÜV“ könnten zudem rechtliche Hindernisse für die digitale Verwaltung von vorneherein verhindert und neue Rechtsvorschriften konsequent E-Government-konform ausgestaltet werden. □

Sudetendeutschen Landsmannschaft, ihren Einsatz gegen Nationalismus und Populismus. Knobloch zähle zu den „herausragenden Baumeistern der Demokratie und der europäischen Einigung“.

Lebendiges kulturelles Erbe

Beim traditionellen Heimattag der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl unter dem Motto „70 Jahre – Für die Gemeinschaft“ zeigte sich Bayerns Sozialstaatssekretärin Carolina Trautner in ihrem Grußwort beeindruckt von der Heimatverbundenheit und dem kulturellen Erbe, das die Siebenbürger lebendig halten: „Wer dieses Treffen miterleben darf, spürt den starken Zusammenhalt, ist begeistert von der reichen Tradition, und dem wird bewusst, wie wertvoll diese Haltung für ein vereintes Europa in der Vielfalt und Einzigartigkeit seiner Regionen ist. Die Siebenbürger sind Brückenbauer, die Bayern und Siebenbürgen kulturell und menschlich miteinander verbinden.“

Trautner hob hervor, wie wichtig es ist, sich seiner Wurzeln zu vergewissern: „Die Grundlage für ein gutes Miteinander ist einerseits die Anerkennung der eigenen Kultur und Geschichte, andererseits die Offenheit und Toleranz für die Belange der Anderen. So können auch Minderheiten mit der Mehrheitsbevölkerung im gegenseitigen Respekt friedvoll zusammenleben, ihre jeweils eigene Identität weiterentwickeln und sich dabei zum Wohle aller gegenseitig inspirieren.“ Die Staatssekretärin dankte den Siebenbürgern dafür, wie sie auf vorbildliche Weise das Miteinander in unserer Gesellschaft auch interkulturell stärken und damit den Gedanken der Integration besonders eindrucksvoll vorleben.

Höhepunkt war der große, farbenprächtige Trachtenumzug durch die Dinkelsbühler Altstadt. Im Anschluss trafen sich die Teilnehmer zu einer großen Kundgebung, der auch Rainer Wieland (CDU), einer der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, beiwohnte. **DK**

In Bayern droht ein Klärschlammnotstand

Gemeindetag fordert vom Freistaat eine Gesamtstrategie, wie künftig Klärschlamm entsorgt werden soll

In Bayern droht ein Klärschlammnotstand. Die gemeindlichen Klärwerke arbeiten rund um die Uhr. Dabei fällt Klärschlamm an. Die neue Abfallklärschlammverordnung und die Fortschreibung der Düngeverordnung stellen die Kommunen vor das Problem „Wohin mit dem Klärschlamm?“.

Klar ist, dass aus Gründen des Grundwasser- und des Bodenschutzes und im Sinne einer geschlossenen Kreislaufwirtschaft kommunaler Klärschlamm nicht mehr auf Äckern und Feldern ausgebracht werden soll. Aber wohin soll der Klärschlamm gebracht werden?

Bayern ist derzeit ein „Flickenteppich“ aus privat- und öffentlich organisierten Verwertungswegen verschiedenster Größe, Rechtsformen und Techniken. Gemeindetagspräsident Dr.

Uwe Brandl: „Wir brauchen dringend eine bayerische Gesamtstrategie. Die Gemeinden dürfen mit dem Thema nicht alleine gelassen werden. Es muss jetzt endlich eine Strategie für Bayern gefunden werden, die beinhaltet, ob bestehende Klärschlammverbrennungsanlagen noch Kapazitäten haben oder ob und an welcher Stelle zusätzliche Anlagen geschaffen werden müssen. Da steht das Umweltministerium in einer Koordinationsverantwortung.“ □

Ohne Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

debund, die politische Handlungsfähigkeit Deutschlands zu gewährleisten und warnt vor dem Scheitern des Bündnisses. „Insgesamt ist die große Koalition besser als ihr Ruf. Deutschland braucht weiterhin eine stabile Regierung, gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Entscheidungen auf europäischer Ebene und der begonnenen Reformvorhaben in Deutschland. Wir können uns Stillstand, politische Manöver und vorgezogene Neuwahlen derzeit nicht leisten. Das wäre verheerend“, betonten der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Abensberg) und DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg. Aus Sicht der Kommunen darf vor allem die endlich begonnene Reform der Grundsteuer nicht gefährdet werden.

Deutschland muss handlungsfähig bleiben

Gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Entscheidungen auf europäischer Ebene müsse Deutschland handlungsfähig bleiben, unterstrichen Brandl und Landsberg. „Wir haben so viele europakritische Kräfte wie nie zuvor im Europäischen Parlament, die anstehenden Entscheidungen zur Bildung der Kommission werden sehr schwierig. Außerdem steht der Brexit an, das Verfahren ist immer noch nicht geklärt. Jetzt ist Deutschland als Stabilitätsanker in Europa besonders gefragt.“

Stabilität und Kontinuität gelten aus Sicht des kommunalen Spitzenverbandes auch in Berlin. „Wir haben jede Menge offener Baustellen. Städte und Gemeinden erwarten, dass die Regierung ihren Job macht und die begonnenen Vorhaben zu einem guten Abschluss bringt“, stellten Brandl und Landsberg klar. „Wir sehen vor allem drei Reformvorhaben, die noch in diesem Jahr abgeschlossen werden sollten.“

Die Grundsteuer steht dabei für die Städte und Gemeinden an erster Stelle. „Es ist gut, dass sich jetzt endlich etwas bewegt.“

Guter Stil ist ...

(Fortsetzung von Seite 1)

vergegenwärtigt uns, was an demokratischen Strukturen und politischer Kultur alles gewachsen ist. Diese stabilen Strukturen und unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Das ist ein kostbares Erbe, mit dem wir pfleglich umgehen. Das muss täglich aufs Neue gelebt und erarbeitet werden. „Was mit Beleidigungen und Schmähungen beginnt, was in Worten formuliert und in Bildern symbolisch gezeigt wird, kann rasch in Gewalt gegen Sachen und in Übergriffen gegen Menschen enden. Gribl: „Wir bleiben wachsam, Demokraten stehen zusammen. Kommunen sind die Keimzellen der Demokratie. Wir schützen diese demokratischen Bastionen vor populistischen Bewegungen. Dies gilt besonders mit Blick auf die Kommunalwahl 2020: Kandidaten für kommunale Mandate dürfen nicht zum Freiwild für Beleidigungen oder Übergriffe werden. Wer engagiert sich noch in der Kommunalpolitik, wenn man Gefahr läuft, beleidigt zu werden oder wenn sogar das private Umfeld bedroht wird? Es geht auch darum, zu überlegen, wie Politiker und Kommunalpolitiker besser vor Übergriffen geschützt werden können. Und es geht darum, dass Strafverfolgungsbehörden bei Beleidigungen oder Bedrohungen konsequent durchgreifen.“

Die Zeit zur Umsetzung der vom Verfassungsgericht geforderten Reform der Grundsteuer wird gefährlich knapp“, warnen Brandl und Landsberg. Sollte bis Ende des Jahres 2019 keine neue gesetzliche Grundlage für diese wichtige kommunale Steuer verabschiedet sein, fehlen mehr als 14 Milliarden Euro in den Kassen vor Ort. „Dann gehen in den Städten und Gemeinden sprichwörtlich die Lichter aus. Ohne diese Einnahmen werden viele Kommunen nicht mehr in der Lage sein, ihre Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen“, unterstrichen die Verbandsvertreter.

Masterplan Klimaschutz

Auch beim Thema Klimaschutz erwarten die Kommunen konkrete Schritte der Regierung. „Berlin muss jetzt liefern. Wir brauchen nicht nur ein Klimaschutzgesetz, sondern einen Masterplan Klimaschutz, der vor allem die kommunale Ebene stärkt. Klimaschutz findet vor Ort statt. Um die vielen Vorhaben umzusetzen, müssen die Kommunen finanziell deutlich besser ausgestattet werden“, hoben Brandl und Landsberg hervor.

Schließlich gelte es auch, die Arbeiten in der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Wie die DStGB-Repräsentanten erklärten, gehe derzeit die Schere zwischen armen und reichen Kommunen immer weiter auseinander: „Wir müssen gezielt die Regionen fördern, die von Struktur- und Bevölkerungsrückgang betroffen sind. So entlasten wir auch die vielfach überforderten Ballungsräume. Wir erwarten daher, dass die Bundesregierung konkrete Maßnahmen auf den Weg bringt, um dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse näher zu kommen. Nur reden reicht nicht aus, wir müssen endlich handeln.“

Zunehmende Beleidigungen und Bedrohungen

Aufgrund der immer weiter zunehmenden Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker warnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund zudem vor einer Gefahr für die lokale Demokratie.

Klimaschutz jetzt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

lingler (ENGIE Deutschland GmbH) und Thomas Knorr (SPE Energy Solutions GmbH) teil.

Laut GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel haben Wissenschaftler in diesen Tagen die höchste CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre seit Beginn der Aufzeichnungen registriert. Das Mauna Loa Observatorium in Hawaii habe 415,26 CO₂-Teilchen pro Million Teilchen Luft (ppm) gemessen. So hoch wie heute sei der CO₂-Gehalt in der Luft zuletzt vor drei Millionen Jahren gewesen.

In den vergangenen Jahren seien immer neue CO₂-Rekorde gebrochen worden, „denn trotz des wachsenden Problembewusstseins setzt der Mensch Jahr für Jahr mehr CO₂ frei“. Dies zeige sich nicht nur in den absoluten Werten, sondern auch im Ausmaß des CO₂-Anstiegs in der Atmosphäre. Während 1959 „nur“ 315,97 ppm gemessen wurden, liege der aktuelle Wert bei 415 ppm.

Zwar habe sich das Klima in den Äonen der Erdgeschichte immer wieder verändert. Auch Erdteile kamen und gingen. „Wo wir jetzt leben, war zu einer an-

drandl und Landsberg wiesen auf eine dazu aktuell veröffentlichte bundesweite Umfrage der Verbandszeitschrift des Deutschen Städte- und Gemeindebunds in Zusammenarbeit mit „Report München“ unter mehr als tausend Bürgermeistern hin, wonach rund ein Fünftel der Befragten von Hassmails und ein weiteres Fünftel von Einschüchterungsversuchen berichtete. Fast zwei Prozent der befragten Bürgermeister wurden in den vergangenen vier Jahren körperlich angegriffen.

Beginnend mit Beleidigungen über Bedrohungen können in einzelnen Fällen tätliche Übergriffe und im schlimmsten Fall sogar ein Angriff auf Leib und Leben stehen. „Diese Spirale, die vielfach in den sozialen Netzwerken beginnt, müssen wir dringend durchbrechen. Wir müssen diesen Taten viel energischer als bisher entgegen treten. Beleidigungen und Bedrohungen sollten nicht hingenommen werden, sondern öffentlich gemacht, zur Anzeige gebracht und konsequent verfolgt werden“, machten Brandl und Landsberg deutlich.

Wer um sein Leben fürchten muss, weil er sich in seinem Amt für die Allgemeinheit einsetzt, werde sich zweimal fragen, ob er diese Aufgabe noch weiter ausführen möchte. Häufig richteten sich die Drohungen nicht nur gegen die Personen selbst, sondern auch gegen das familiäre Umfeld. Derartige Vorgänge hätten ein enormes Einschüchterungspotenzial, die persönliche Lebensführung werde massiv beeinträchtigt.

Schutzmaßnahmen

„Vielfach sind auch ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltungen oder Behörden betroffen. Hier müssen Maßnahmen ergriffen werden, um diese Menschen wirksam zu schützen“, forderten Brandl und Landsberg. Denkbar seien etwa zentrale Meldestellen für derartige Vorfälle, an die sich Betroffene wenden können. So könnten auch hinter den Taten stehende Strukturen und Netzwerke besser erkannt werden. „Es stellt sich zudem die Frage, ob wir auf die neuen Formen von Cyber-Kriminalität nicht auch mit Änderungen im Strafgesetzbuch reagieren müssen, um konsequenter gegen die Täter vorgehen zu können. Wer sich für die Allge-

deren Zeit ein Meer und während anderer Phasen der Erdgeschichte eine Eiswüste. Dabei spielten die Protuberanzen auf der Sonne eine wichtige Rolle, und die Neigung der Erdoberfläche; auch die Pole wechselten immer wieder. Es gab Meteoriteneinschläge, die 90 % des Lebens auf unserem Planeten auf einen Schlag vernichteten“, so von Hassel. „Tatsache sei jedoch, dass noch nie Menschen innerhalb einer Generation diese Erde so verändert haben, wie dies genau jetzt der Fall ist, hob von Hassel hervor. Die Zeit sei reif zum Handeln. Schließlich sollte den Kindern und Enkeln eine Welt übergeben werden, in der auch diese gut leben können.“

Dokumentation und Infos im GZ-Netzwerk

In Ausgabe 15/16 der Bayerischen Gemeindezeitung – Erscheinungstermin: 1. August – wird eine Sonderdokumentation der Veranstaltung veröffentlicht. Im GZ-Netzwerk stehen in der Gruppe Energie die freigegebenen Vorträge unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern.com zum Download bereit. **DK**

meinheit mit einem politischen Mandat einsetzen, muss besser geschützt werden.“

Die Rolle und Wichtigkeit der guten Zusammenarbeit zwischen Ländern und Kommunen bei der Bewältigung der heutigen Herausforderungen stellte der Bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten Florian Herrmann heraus. Ohne zukunftsfähige Lösungen bei der Mobilität ist Klimaschutz aus seiner Sicht nicht zu denken. Lebendige Gemeinden in ländlichen Regionen könne es nur geben, wenn Lösungen bei der Mobilität dafür sorgen, dass schnelle und zuverlässige Verkehrsmöglichkeiten genutzt werden.

ÖPNV nachhaltig verbessern

„Unser Ziel ist, gemeinsam mit Ihnen in den Kommunen den ÖPNV nachhaltig zu verbessern. Unser gemeinsamer Zehn-Jahres-Plan für den ÖPNV wird eine Blaupause, damit Bayern in Bewegung bleibt. Wir setzen dabei auf den ‚Zukunftsrat ÖPNV‘ und seine Impulse für die Staatsregierung. Unser Ziel ist klar: Mobilität darf kein Privileg sein. Deshalb stärken wir den Öffentlichen Personenverkehr und vernetzen Verkehrsträger und Verkehrsmittel zu einem nachhaltigen Mobilitätskonzept. Hierfür setzen wir auf enge Koordination mit Ihnen als Experten aus den Kommunen“, berichtete Herrmann.

Mobilität dürfe keine Frage

(Fortsetzung von Seite 1)

Stichwort klimagerechte Mobilität: Die Emissionsreduzierung im Verkehr ist nach Auffassung des Kommunalverbandes ein Baustein zur Erreichung der Klimaziele und lebenswerter Kommunen. Zentrale Bausteine seien der Ausbau des ÖPNV sowie der Rad- und Fußwege. Der Schienenverkehr müsse zur besseren Anbindung der Regionen gestärkt werden, um für Pendler echte Alternativen zum Auto zu schaffen. Auch müsse eine Verlagerungsoffensive des Güterverkehrs auf Schienen und Wasserstraßen gestartet werden. Statt der Umweltprämie sollte bei der Elektromobilität die Förderung des Ausbaus der Ladeinfrastruktur im privaten und öffentlich zugänglichen Raum im Vordergrund stehen. Dem steigenden Lieferverkehr in den Städten sollte insbesondere die verstärkte Zusammenarbeit bei der Auslieferung auf der „letzten Meile“ des Transports entgegen gesetzt werden. „Kaufen Sie vor Ort ein – sonst werden Sie bald die Geschäfte in Ihrer Gemeinde vermissen!“, so der DStGB-Appell.

Akzeptanz der Bevölkerung für Klimaschutzmaßnahmen

Die Akzeptanz der Bevölkerung für notwendige Klimaschutzmaßnahmen spiele in der Stadt wie auf dem Land eine herausragende Rolle. Sollen ländliche Räume zu Klimaregionen werden, müssten Beeinträchtigungen, die Klimaschutzmaßnahmen etwa im Landschaftsbild mit sich bringen, abgemildert werden: Durch den dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien entstünden erhebliche Wertschöpfungspotenziale. In den Kommunen könnten zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden, Arbeitsplätze entstehen und die Kaufkraft in der Region werde verbessert.

Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

Es gelte, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Gleichzeitig müsse durch eine

des Heimatortes sein. „Im ländlichen Raum knüpfen wir deshalb ein dichtes Netz und ergänzen den Bayerntakt auf der Schiene durch ein System von Expressbussen, das Lücken im Schienennetz schließt. Wir setzen auf moderne und flexible Transportmittel, vom Sammeltaxi über autonome Fahrzeuge bis zum Bürgerbus sowie Car- und Bike-Sharing. Innovationen, Ideen, Inspiration – wir in Bayern stehen für die intelligenten Lösungen.“

Wohnungspolitische Initiative

„Mietendeckel und Zwangsenteignung gehören nicht zum Vokabular der Bayerischen Staatsregierung. Wir setzen auf Programme, die mehr Wohnraum entstehen lassen“, fuhr der Staatsminister fort. „Unser Ziel ist, den Menschen mehr Raum für die eigene Gestaltung der Zukunft zu geben. Mit einer wohnungspolitischen Initiative haben wir uns zum Ziel gesetzt, 500.000 Wohnungen bis 2025 zu schaffen. Das ist ambitioniert – aber wir gehen die Schritte konsequent: Wir treiben den sozialen Wohnungsbau mit Fördermitteln in Höhe von rund 1,7 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2019/2020 mit Nachdruck voran. Insbesondere mit dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm werden unsere Kommunen beim Bau von Sozialwohnungen mit einem Zuschuss in Höhe von 30 % der förderfähigen Kosten unterstützt.“

Kommunen als Wegbereiter ...

bessere Anbindung dafür gesorgt werden, dass für Pendler klimafreundliche Alternativen zum motorisierten Individualverkehr entstehen. Dabei sei ein Mix umweltfreundlicher Antriebe der bessere Weg, als die einseitige Förderung der Elektromobilität. Im Übrigen sollten digital verbriefte Mitnahmeverkehre im öffentlichen wie im privaten Bereich durch die Schaffung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen gestärkt werden. Dies sei der bessere Weg, als Pendler durch zusätzliche Steuern und Abgaben zu belasten.

Waldschutz ist Klimaschutz

Auch die großen kommunalen Waldflächen in Deutschland mit einem Anteil von ca. 20 Prozent des Gesamtwaldbestandes leisteten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Insofern gelte: Waldschutz ist Klimaschutz! Gerade vor dem Hintergrund des Dürresommers 2018 und den Schäden etwa durch Borkenkäfer bestehe Handlungsbedarf.

Mit Blick auf die in Deutschland ohnehin hohen Energiestandards bei Neubauten sei eine Atempause möglich, aber auch notwendig, betont der DStGB. Dem Gebäudebestand, insbesondere den energetisch in einem schlechten Zustand befindlichen Gebäuden der 1950er bis 70er Jahre, komme eine viel größere Bedeutung zu. Hier könne durch eine gezielte und auch steuerliche Förderung, etwa beim Austausch alter Heizungen in Privatwohnungen, viel Potenzial zur Energieeinsparung gehoben werden.

Die Kommunen seien mit ihren ca. 186.000 Gebäuden und ca. 1,6 Millionen kommunalen Wohnungen wesentliche Akteure. Zielgerichtete Investitionsprogramme von Bund, Ländern und Kommunen in die energetische Gebäudesanierung seien auch angesichts des oft in schlechtem Zustand befindlichen Gebäudebestands auf hohem Niveau erforderlich. Notwendig sei insbesondere eine Aufstockung des Gebäudesanierungsprogramms auf mindestens fünf Milliarden Euro.

Das Programm ist bis 2025 verlängert worden. Das bedeutet, dass wir für das Programm insgesamt mindestens 1,05 Milliarden Euro einsetzen. Ein Kraftakt, der sich sehen lassen kann.“

Herrmann zufolge ist der bayerische Weg der zu mehr Wohneigentum. Deshalb fördere der Freistaat den Erwerb mit der bayerischen Eigenheimzulage und dem bayerischen Baukindergeld Plus. „Wir wollen, dass sich junge Familien ein Eigenheim leisten können! Wohnungsnot, hohe Preise und Mieten sind drängend. Wir brauchen deshalb mehr Tempo. Ziel der Staatsregierung ist es, schneller und einfach zu bauen. Wir werden einen Wohnungsgipfel einberufen, auf dem wir die Vorschläge der Kommunen und der maßgeblichen Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft erörtern werden. Die großen Herausforderungen können wir nur gemeinsam und nicht einseitig lösen.“

„Als Vertreter der Kommunen wissen Sie: Es geht am Ende nicht um Zahlen, sondern um das gelingende Zusammenleben, das gute Miteinander und Chancen für die Zukunft. Wir setzen in der Bayerischen Staatsregierung und in der Verantwortung in der Bundesregierung in Berlin auf Ihre Erfahrungen, auf Ihr Know-how, um die Herausforderungen mit Lösungen zu meistern, von denen alle Menschen in Stadt und Land etwas haben“, bemerkte Herrmann abschließend. **DK**

Programms auf mindestens fünf Milliarden Euro.

Auch die Steuerpolitik müsse Anreize zur Nachhaltigkeit setzen, heißt es weiter. Im Feld Klimaschutz seien die Möglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit weiter zu fördern und auszubauen. Auch die Digitalisierung berge besondere Chancen für den Klimaschutz. In den vergangenen fünf Jahren habe sie den bedeutendsten Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Für 2025 werde prognostiziert, dass durch die fortschreitende Digitalisierung zusätzlich 50 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente eingespart werden. Das entspricht einer Einsparung von 5 Prozent im Vergleich zum Ausstoß im Jahr 2014.

Innovationen durch Digitalisierung

Die Digitalisierung treibe auch Innovationen voran. Videokonferenzen ersetzten Dienstreisen, intelligente Haustechnik (smart home etc.) könne den Wärmeverbrauch senken. Zudem seien intelligente Verkehrs- und verbesserte Informationssysteme in der Lage, den Verkehrsfluss zu optimieren. Sektorenkopplung werde durch die digitale Vernetzung von Wärme- und Stromversorgung erleichtert, so dass klimafreundliche Energieträger wie Wind und Sonne leichter integriert werden können.

„Für die Energiewirtschaft muss der Anreiz für Investitionen in klimafreundliche Technologien verstärkt werden und für die Verbraucher muss es besonders attraktiv sein, klimafreundlichen grünen Strom zu beziehen“, fordert der Kommunalverband abschließend.

In der Elektromobilität, aber vor allem auch im Wärmebereich müssten sich klimaschonende Investitionen berechnen lassen, zum Beispiel in grünes Gas und in Wärmepumpen. Allerdings setze das bestehende System nicht genügend Anreize zum Einsatz umweltfreundlicher Energieträger, monierte der DStGB. **DK**

Inflationsrate in Bayern im Juni 2019 bei 1,8 Prozent

Im Vergleich zum Juni des Vorjahres haben sich die Verbraucherpreise in Bayern im Gesamtniveau um 1,8 Prozent erhöht; im Mai hatte die Inflationsrate bei 1,6 Prozent gelegen. Im Jahresvergleich sind die Energiepreise teilweise kräftig gestiegen. So haben sich Gas um +5,3 Prozent sowie Strom um 4,4 Prozent binnen Jahresfrist überdurchschnittlich verteuert.

Weniger stark haben sich hingegen die Preise für Kraftstoffe (+1,4 Prozent) erhöht. Bei Heizöl (-0,5 Prozent) war sogar ein leichter Preisrückgang zu beobachten. Vergleichsweise moderat sind im Gesamtdurchschnitt die Preise für Nahrungsmittel gestiegen. Bei den einzelnen Produkten verlief die Entwicklung allerdings sehr unterschiedlich. So hat sich Gemüse (+12,0 Prozent) deutlich verteuert, während die Preise für Obst (-6,3 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr spürbar gefallen sind. Ein deutlicher Preisrückgang war auch bei Butter (-17,4 Prozent) zu beobachten.

Gestiegene Verbraucherpreise

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, sind die Verbraucherpreise gegenüber dem vorangegangenen Mai im Gesamtniveau leicht gestiegen. Ein stärkerer Preisrückgang war binnen Monatsfrist bei Heizöl zu beobachten. Das Preisniveau für Kraftstoffe (-0,3 Prozent) hingegen blieb nahezu unverändert.

Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik lag die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, im Juni 2019 bei +1,8 Prozent; im vorangegangenen Mai

hatte sie bei +1,6 Prozent gelegen. Die Preise für Nahrungsmittel sind im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,5 Prozent gestiegen, wobei die Preisentwicklung bei einzelnen Produkten, wie bereits erläutert, sehr unterschiedlich ausfiel. Ein stärkerer Preisrückgang war auch bei Butter (-17,4 Prozent) zu beobachten. Margarine (+10,5 Prozent) wiederum hat sich im Vergleich zum Vorjahr spürbar verteuert.

Energiemarkt

Am Energiemarkt sind die Preise für Kraftstoffe gegenüber dem Juni des Vorjahres um 1,4 Prozent gestiegen. Preissteigerungen waren auch bei Strom (+4,4 Prozent) und Gas (+5,3 Prozent) zu beobachten. Bei Heizöl hingegen war ein moderater Preisrückgang zu beobachten.

Vergleichsweise moderat verläuft im Landesdurchschnitt weiterhin die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Niedriger als im Vorjahr waren hingegen im Juni die Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher insbesondere digitale Camcorder, Fernsehgeräte und tragbare Computer deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vormonat haben sich die Verbraucherpreise im Gesamtniveau leicht erhöht. □



GVB-Präsident Jürgen Gros (l.) begrüßt Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zu „Klartext am Türkentor“ in München. □

Mittelstand macht Bayerns Wirtschaft stark

GVB-Veranstaltung „Klartext am Türkentor“ mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger

Der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger will vor dem Hintergrund der Industriepolitik-Debatte den Mittelstand im Freistaat stärken. „Bayern ist erfolgreich wegen seiner vielen kleinen und mittleren Unternehmen. Eine gute Wirtschaftspolitik kann sich nicht intensiv genug für ihre Anliegen einsetzen“, sagte Aiwanger bei „Klartext am Türkentor“. An der Veranstaltung des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) in München nahmen rund 40 Vorstände von Volksbanken und Raiffeisenbanken teil.

Aiwanger will sich für eine Entlastung der Betriebe stark machen, um Investitionsanreize zu schaffen. Neben der Abschaffung des Solidaritätszuschlags sprach er sich unter anderem dafür aus, die Unternehmenssteuern „in Richtung 25 Prozent“ zu senken. Außerdem forderte der Politiker eine Beseitigung der Erbschaftsteuer, die er als „Synonym für die Bestrafung von Leistung und von Nachhaltigkeit“ bezeichnete. Wer unternehmerische Verantwortung übernehme, dürfe durch die Ab-

gabe nicht gelähmt und demotiviert werden, so Aiwanger.

Partner vor Ort

In einer Podiumsdiskussion mit GVB-Präsident Jürgen Gros hob der Wirtschaftsminister die Bedeutung der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken für die Finanzierung des Mittelstands hervor. „Die Unternehmer brauchen Sie als Partner vor Ort“, sagte Aiwanger zu den Bankvorständen. In Bayern stellen Genossenschaftsbanken etwa jeden

Neue Kryptowährung „Libra“:

Verbraucherfreundlichkeit steht im Vordergrund

Facebook will nach eigenen öffentlichen Ankündigungen gemeinsam mit weiteren internationalen Unternehmen die neue Kryptowährung „Libra“ einführen. Kritiker warnen bereits vor Auswirkungen auf das weltweite Geldsystem. Auch für Verbraucher sind noch viele Fragen ungeklärt.

Bayerns Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Nutzer müssen sich bei einem Zahlungsmittel darauf verlassen können, dass es stabil ist. Es braucht daher Transparenz hinsichtlich der Deckung der Kryptowährung Libra, um mögliche Risiken beurteilen zu können. Auch muss zum Schutz der Verbraucher sichergestellt sein, dass Finanz- und Personendaten klar voneinander getrennt werden, wie es im White Paper dargestellt ist. Der Bund muss rasch prüfen,

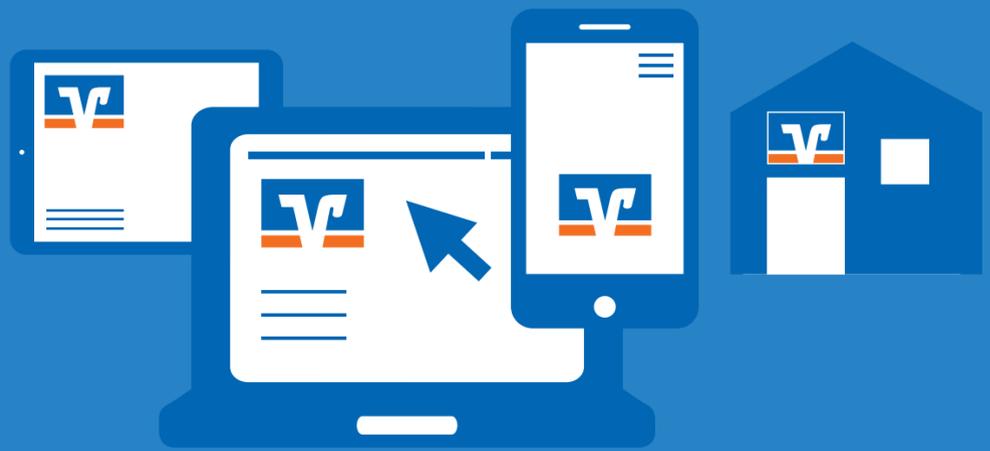
fünftens als Firmenkredit ausgereichten Euro zur Verfügung. Damit nehmen sie eine führende Rolle am Markt ein.

Gros begrüßte Aiwangers Plädoyer für den Mittelstand. Angesichts der am Wochenende anstehenden Europawahl forderte er die bayerische Staatsregierung zudem dazu auf, ihre kritische Position zu den umstrittenen Plänen für eine europäische Einlagensicherung beizubehalten. „Der Spärschutz in Deutschland bietet Bankkunden ein hohes Sicherheitsniveau für ihre Einlagen. Es wäre fatal, diese funktionierende nationale Lösung durch ein zentralisiertes EU-System zu ersetzen“, so Gros. Dadurch würde die Stabilität der Bankenunion untergraben und die Ansteckungsgefahr zwischen den Bankensystemen erhöht. □

ob das geltende Bankenrecht und auch das Verbraucherrecht dieser neuen Herausforderung noch gerecht werden. Klar ist: Der Schutz der Verbraucher darf nicht aufgeweicht werden. Besonders wichtig ist, dass Libra einer effektiven Finanzaufsicht unterliegt. Der Bund und die EU müssen hier zügig tätig werden und prüfen, ob der gesetzliche Rahmen für Finanzinstrumente und elektronisches Geld ausreichend ist.“ Auch müsse geklärt werden, ob die verbraucherrechtlichen Vorschriften, die wie beispielsweise das neue EU-Kaufrecht von einem Bezahlen mit herkömmlichem Geld ausgehen, auf Kryptowährungen wie Libra anwendbar sind. Zudem müsse kartellrechtlich untersucht werden, welche Auswirkungen es auf den Markt und die Verbraucher hat, wenn sich einzelne Unternehmen zusammenschließen und gemeinsam ein Zahlungsmittel herausgeben.

Mit dem digitalen Bezahlsystem sollen Nutzer innerhalb weniger Sekunden Einkäufe und Überweisungen tätigen können. Der Zugang zu Libra, der bereits für das Jahr 2020 angekündigt ist, soll über Facebook, WhatsApp und Instagram, aber auch durch Drittanbieter-Anwendungen für Nicht-Mitglieder möglich sein. Kunden sollen die Währung für private Überweisungen, aber auch für Zahlungen an Unternehmen, die Libra als Zahlungsmittel nutzen, verwenden können. □

Banking, wann, wo, wie Sie wollen.



Über 80 digitale Services und unsere persönliche Beratung in Ihrer Filiale vor Ort.

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wann Sie wollen. Wo Sie wollen.
Wie Sie wollen: Wir sind auch online für Sie da. Erfahren Sie mehr über unsere digitalen Services in einer unserer Filialen oder auf bayern.vr.de

Volksbanken
Raiffeisenbanken



Grundsteuer-Reform:

Wichtiges Etappenziel erreicht

Reaktionen der kommunalen Spitzenverbände

Die Bundesregierung hat den Weg für die umstrittene Reform der Grundsteuer frei gemacht (wir berichteten). Das Kabinett beschloss jüngst den Gesetzentwurf von Finanzminister Olaf Scholz, in der vergangenen Woche wurde er nunmehr in erster Lesung in den Bundestag eingebracht. Nach Zustimmung von Bundestag und Bundesrat soll das Gesetz noch in diesem Jahr in Kraft treten - so wie es die Verfassungsrichter dem Gesetzgeber aufgetragen haben. Danach hat der Bund fünf Jahre Zeit, um die notwendigen Daten zu erheben.

Der Deutsche Landkreistag zeigt sich froh und erleichtert, dass um die lange gerungene Reform der Grundsteuer grundsätzliche Einigkeit der Regierungsfractionen hergestellt werden konnte. Laut Präsident Landrat Reinhard Sager „endet damit hoffentlich eine lange Hängepartie, in der wir von kommunaler Seite immer wieder darauf gedrängt haben, dass wir bis zum Jahresende unbedingt eine Lösung brauchen. Andernfalls hätte gedroht, dass diese wesentliche Finanzierungsquelle der Kommunen mit einem Volumen von 14 Mrd. Euro jährlich in Frage steht.“

Bewährtes Prinzip

Was nicht passieren dürfte, sei ein langwieriges Debattieren über neue Aspekte. Beispielsweise dürfe die Überwälzbarkeit der Grundsteuer auf die Mieter nicht infrage gestellt werden: „Das würde ohne Not eine weitere Grundsatzdiskussion heraufbeschwören, die den Reformprozess gefährdet. Wir halten es überdies für zwingend, nicht vom bewährten Prinzip der Überwälzung der Grundsteuer auf die Mieter abzugehen. Mieter wie Eigentümer nutzen als Einwohner die kommunalen Infrastrukturen – von Straßen über Bibliotheken bis hin zu Schulen und Kitas.“ Dieses wichtige steuerliche Band zwischen der Ge-

meinde und allen ihren Einwohnern dürfe nicht zerschnitten werden, betonte der DLT-Präsident.

GAK-Verfassungsänderung umsetzen

Darüber hinaus sei aus Sicht des ländlichen Raums von Bedeutung, im Zuge der anstehenden Änderung des Grundgesetzes für die Grundsteuer nun auch die Verfassungsänderung zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) umzusetzen. „Es geht um einen von den Ländern bereits im Bundesrat beschlossenen und von verschiedenen Facharbeitsgruppen der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse ausdrücklich unterstützten breiteren Förderansatz in der Gemeinschaftsaufgabe“, erläuterte Henneke.

Es sei notwendig, Investitionen in Arbeitsplätze in und außerhalb der Landwirtschaft kraftvoller als bisher zu fördern und außerdem ländliche Infrastrukturen weiterzuentwickeln. „Hierzu liegt seit längerer Zeit ein Vorschlag auf dem Tisch, hinter dem die Länder 16:0 stehen und der vom Vermittlungsausschuss Anfang des Jahres der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse zur wohlwollenden Behandlung zugeleitet worden ist. Das Votum der verschiedenen Facharbeitsgruppen ist eindeutig. Es

gibt daher keinen Grund, nun noch weiter zu zögern. Auch hier wird es Zeit, dass wir endlich ‚in die Pötte kommen‘.“

Der Deutsche Landkreistag betrachte daher die verabschiedete Grundgesetzänderung für die Grundsteuer als gebotenen Anlass, zeitnah zu einer Verbesserung der Unterstützungsmöglichkeiten für ländliche Räume zu gelangen. „Damit würden Bundestag und Bundesrat eine seit langem bestehende Baustelle schließen und könnten bereits vor formalem Abschluss der Kommissionsberatungen einen erkennbaren Beitrag zur Beförderung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten“, stellte Henneke fest.

Auch der Deutsche Städtetag hat sich erleichtert über das verabschiedete Gesetzespaket gezeigt. Er sieht darin ein „wichtiges Etappenziel“. Richtig aufatmen könnten die Städte allerdings erst, wenn die Gesetze rechtzeitig vor Jahresende verabschiedet sind, hob Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy hervor.

Öffnungsklausel für die Länder

„Die Öffnungsklausel für die Länder haben wir uns nicht gewünscht. Sie führt dazu, dass wir keine bundeseinheitliche Regelung für die Erhebung der Grundsteuer bekommen werden“, führte Dedy aus. „Doch wir rechnen als Städte nun nicht mit einem Flickenteppich im Bundesgebiet. Wir gehen davon aus, dass ganz überwiegend das wertorientierte Modell des Gesetzentwurfs angewandt wird. Denn es führt zu gerechteren Lösungen, wenn neben der Grundstücksfläche auch der Wert von Grundstücken und Gebäuden

in die Besteuerung einbezogen wird.“

Es bleibe dabei, dass die Reform, wenn das neue Gesetz wirksam wird, nicht zu höheren Einnahmen führen soll. Zu diesem gemeinsamen Ziel der Einkommensneutralität stünden die Städte. Der einzelne Steuerbescheid dürfe allerdings mal niedriger oder höher ausfallen. „Das lässt sich nicht vermeiden, wenn eine veraltete und verfassungswidrige Berechnungsbasis verfassungskonform gemacht werden muss.“

Gefahr hoher Steuerverluste

„Die Grundsteuer muss gesichert werden, sonst verlieren die Gemeinden über 14 Milliarden Euro Steuern im Jahr“, forderte Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB. Der kommunale Investitionsrückstand sei trotz Verbesserung mit 138 Milliarden Euro weiter dramatisch. Das Problem der kommunalen Altschulden sei ungelöst. Straßenausbaubeiträge würden abgeschafft. Gleichzeitig erwarteten die Menschen zu Recht mehr Betreuung, Bildung und Breitband, Infrastruktur, Dienstleistungen und vieles mehr vor Ort.

Dass die Grundsteuer als wichtige Einnahmequelle und als Fundament kommunaler Selbstverwaltung erhalten bleibt, bezeichnete Christian Haase als „beruhigende Signal an die Kommunen“. Die nunmehr vereinbarte Länderöffnungsklausel eröffne die Chance auf echten Wettbewerbsföderalismus. Die Zuständigkeit für die Grundsteuer lande damit dort, wo sie hingehört – die Kommunen seien Teil der Länder und damit seien diese für eine aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen verantwortlich. Dazu gehöre auch die Verantwortung für den Fortbestand einer praktikablen Grundsteuer.

Keine längere Hängepartie!

Dass daraus in den kommenden Jahren 16 verschiedene Gesetze entstehen können, kann aus Haases Sicht durchaus sinnvoll sein. Über eigene Landesgesetze ließen sich Unterschiede zwischen städtischen Ballungszentren und ländlichen Räumen besser berücksichtigen als bei einer bundeseinheitlichen gesetzlichen Regelung, bei der Immobilien in Berlin genauso behandelt werden wie Immobilien im Saarland oder in Mecklenburg-Vorpommern. Der Föderalismus in Deutschland sei auf dem Subsidiaritätsprinzip aufgebaut, wonach die unterste Ebene, die ein Problem lösen kann, dies auch machen soll.

Das Prinzip komme jetzt auch bei der Grundsteuer an, so der KPV-Bundesvorsitzende, und ergänzte: „Unser Appell richtet sich nun an alle Beteiligten in Bundestag und Bundesrat, die weiteren Beratungen nicht durch überzogene Forderungen und Bedingungen zu erschweren. Eine längere Hängepartie wie beim Digitalpakt können wir uns bei der Reform der Grundsteuer nicht erlauben.“ DK

Unterstützt wird die praktische Hilfestellung durch einen digitalen PflegePartner: Auf dem Desktop oder Smartphone können Angehörige alle Aktivitäten rund um die Pflege koordinieren – ganz unabhängig vom Wohnort. Kümern sich mehrere Kinder um die pflegebedürftigen Eltern, erhalten alle online Zugriff auf sämtliche Informationen. Zudem bietet der digitale PflegePartner auch Services wie Online-Antragstellung, Pflegegrad-Rechner, Pflege-Suche und Dokumenten-Archiv. Info: www.vkb.de/pflegezusatz



Video-Kommunikationslösung.

Bild: VR-Bank Südpfalz/Fotografi/Agentur

Bankfiliale im Wandel:

Bürger wünschen digitale Angebote

Filialen gehen mit Video-Kommunikationslösung neue Wege

Digitalangebote wie Online Banking, Banking Apps oder auch Online-Beratung werden für die Mehrheit der Deutschen immer wichtiger. Laut einer Bitkom-Studie aus 2018 haben sie für viele Bürger mittlerweile eine größere Bedeutung als die Bekanntheit der Marke der Bank. Deswegen haben deutsche Genossenschaftsbanken begonnen, Filialen mit einer interaktiven Videokommunikationslösung auszustatten.

In Beratungskabinen wird dem Kunden das gleiche Erlebnis wie in einer personenbesetzten Geschäftsstelle geboten. Beim Betreten wird der Kunde vollautomatisch per Video mit einem Mitarbeiter des Service Centers verbunden. Sowohl der Bankberater als auch der Kunde können sich Dokumente zeigen und diese gemeinsam besprechen. Konzipiert wurde das Projekt von der xevIT GmbH, Partnerunternehmen der Innovation Alliance.

Laut Bitkom gehen schon heute 3 von 10 Online-Banking-Nutzern nicht mehr in eine Filiale, jeder zweite geht nur noch hin und wieder. „Bankfilialen werden meist morgens und am späten Nachmittag stärker frequentiert. Dazwischen gibt es wenig Bewegung“, sagt Dagmar Nies, Pressesprecherin der Innovation Alliance. Und weiter: „Um Filialen dennoch wirtschaftlich zu betreiben, müssen sie ihre Kunden auf anderen Wegen ansprechen und das möglichst nutzerfreundlich. Damit halten sie auch kleinere Geschäftsstellen rentabel und bieten ihren Kunden immer einen kompetenten Ansprechpartner.“ Die Innovation Alliance berät und begleitet als Kompetenzverbund mittelständische Unternehmen auch aus dem Bankensektor zum Thema Digitalisierung.

Die kollaborative Videolösung arbeitet ohne künstliche Sprachassistenten. Die Kunden sehen auf dem Videoscreen die beschä-

tigten Kundenberater im Service Center der Bankfiliale. Damit entsteht ein Feeling wie in einem persönlichen Kundengespräch. Das System erlaubt ein vollumfängliches Beratungsgespräch inklusive revidenssicherer Legitimation durch den Bankkunden. Die Videoübertragung erfolgt in Echtzeit. Sind alle Bankmitarbeiter im Gespräch, erhält der Kunde einen Hinweis. Inzwischen ist die Lösung über einhundert Mal in ganz Deutschland im Einsatz und wird von Kunden jeden Alters genutzt.

App für mobile Endgeräte

Als mobile Anwendung wurde zusätzlich eine App-Lösung entwickelt. Damit lässt sich der Service auch auf Smartphones, Tablets oder Laptops nutzen. Vor allem jüngere Deutsche verwenden ihr Smartphone verstärkt zum Online Banking. Unter den 14- bis 29-jährigen beträgt der Anteil laut Bitkom sogar 49 Prozent. „Mit Video-Kommunikation werden Geschäftsstellen digitaler, können Neukunden gewinnen und Umsätze steigern. Gleichzeitig aber gewährleisten sie eine hohe Beratungskompetenz bei optimaler Auslastung der Mitarbeiter“, sagt Frank Nagel, Geschäftsführer der xevIT GmbH. Und weiter: „Vor allem Kunden mit wenig Zeit sowie vermögende Privatkunden und Geschäftsführer von Kleinunternehmen schätzen die Vorteile dieser Lösung.“ □

Elementarschäden:

Staat streicht Soforthilfen zum 1. Juli 2019

Naturereignisse wie Hochwasser und Überschwemmung durch Starkregen nehmen zu. Schäden an Immobilien, die dadurch verursacht werden, sind für die Besitzer häufig existenzbedrohend. Die bayerischen Verbraucherverbände raten dringend zur Eigenvorsorge.

Aktuell ist dies umso wichtiger, da der Freistaat Bayern ab 1. Juli 2019 alle Soforthilfen für sogenannte Elementarschäden streicht. Das bedeutet, dass es nach Naturkatastrophen keinen Anspruch mehr auf finanzielle Hilfe vom Staat gibt. Hauseigentümer sollten daher aktiv für den passenden Versicherungsschutz sorgen, der für diese Art von Schäden eintritt. Der Verbraucherservice Bayern und die Verbraucherzentrale Bayern informieren rund um das Thema am eigens eingerichteten Info-Telefon unter der kostenfreien Rufnummer 0800 222 00 99.

Aktuell haben nur 32 Prozent der Immobilienbesitzer in Bay-

ern eine Elementarschadenversicherung. Vielen ist nicht bewusst, dass ihre Wohngebäude- und Hausratversicherung im Fall von bestimmten Naturereignissen nicht zahlt. Um aufzuklären und zu informieren, starteten die Verbraucherverbände eine bayernweite Informationskampagne. Diese bietet neben dem Info-Telefon auch den Ratgeber „Keine Elementarschadenversicherung?“, der kostenlos in allen Beratungsstellen des Verbraucherservice und der Verbraucherzentrale ausliegt.

Alle Infos gibt es auf www.elementarschaden.bayern. Dort können Verbraucher auch ihre Erfahrungen beim Versicherungsabschluss mitteilen. □

64 Prozent der Deutschen fühlen sich auf Pflegebedürftigkeit nicht vorbereitet:

Neuer Service „PflegePartner“ hilft Angehörigen und Betroffenen

Nur gut ein Drittel der Deutschen fühlt sich gut abgesichert, wenn im Pflegefall Hilfe im Alltag nötig wird; fast zwei Drittel fühlen sich hingegen auf eine mögliche spätere Pflegebedürftigkeit nicht vorbereitet. Daher sind auch fast alle Befragten (92 Prozent) davon überzeugt, dass zur Absicherung von Pflegerisiken zusätzliche freiwillige Vorsorge notwendig ist. Trotzdem sorgen aber nur 34 Prozent auch tatsächlich vor – und dies zudem oft mit ungeeigneten oder unzureichenden Instrumenten. Dies ergab eine repräsentative bundesweite Umfrage unter 1.003 Bundesbürgern im Auftrag des Konzerns Versicherungskammer.

„Zwischen dem Wissen um die Notwendigkeit zusätzlicher Pflege-Absicherung und dem tatsächlichen Handeln besteht leider bei vielen noch immer eine hohe Diskrepanz“, stellt Krankenkassen- und Pflegevorstand Manuela Kiechle vom Konzern Versicherungskammer fest. Zwar gebe immerhin ein Drittel der Befragten an, in Sachen Pflege zusätzlich privat vorzusorgen. Allerdings unterschätzten dabei viele die tatsächlichen Kosten für eine professionelle Pflege zu Hause oder im Heim: Denn die nach den Leistungen der Pflegepflichtversicherung noch aus der eigenen Tasche aufzubringenden Beträge liegen schon bei ambulanter Pflege bei einigen hundert Euro im Monat; bei stationärer Pflege sogar oft über tausend Euro.

Viele Instrumente nur bedingt geeignet

Von denen, die tatsächlich für eine spätere Pflege vorsorgen, tun dies 31 Prozent mit Immobilien, 36 Prozent mit Bargeldreserven, 44 Prozent mit klassischen Altersvorsorgeprodukten und 85 Prozent über Zusatzversicherungen. „Viele dieser In-

strumente sind jedoch für die Absicherung von Pflegerisiken nicht oder nur bedingt geeignet“, warnt Kiechle. Müsse etwa im Pflegefall die eigene Immobilie zur Deckung der Kosten verkauft werden, so verliere der Partner des Pflegebedürftigen damit sein vertrautes Umfeld, während Bargeldreserven bei einer längeren Pflege hingegen rasch aufgebraucht seien.

Menschen sensibilisieren und aufklären

Dass die meisten Befragten Zusatzversicherungen als Mittel der Wahl angeben sei zwar erfreulich, so Kiechle. „Allerdings verwechseln offenbar viele Befragte die Pflegepflichtversicherung, die ja stets nur einen Teil der tatsächlichen Pflegekosten trägt, mit einer Pflegezusatzversicherung“, vermutet sie und verweist dabei auf entsprechende Erfahrungen in zahlreichen Beratungsgesprächen mit Kunden. Dies bestätigt auch der Branchenverband GDV, der aktuell bundesweit weniger als vier Millionen Pflegezusatzversicherungen zählt. Zum Vergleich: Für die finanzielle Sicherheit im

Alter sorgen die Deutschen mit rund 88 Millionen Lebensversicherungsverträgen vor. „Nur eine Pflegezusatzversicherung sichert Pflegerisiken wirklich ab“, ist sich Kiechle sicher. Entsprechend wichtig sei daher die Sensibilisierung und Aufklärung der Menschen zur Pflege. Als führender Pflegeversicherer in Deutschland wolle man daher einen Beitrag dazu leisten, dass die private Absicherung in Sachen Pflege künftig eine ähnlich hohe Verbreitung erreiche wie dies aktuell schon bei der privaten Altersvorsorge der Fall ist.

Persönliche Beratung und Begleitung

Bei diesem Ziel soll künftig der neue Service „PflegePartner“ helfen. „Kunden mit einer Pflegezusatzversicherung erhalten damit ganz konkrete Unterstützung auf dem Weg durch den Pflege-dschungel“, so Kiechle. Bei der Organisation der Pflege beraten und begleiten kompetente Pflege-Berater telefonisch und persönlich: Angehörige erhalten beim Eintritt eines Pflegefalls für drei Monate praktische Unterstützung, zum Beispiel bei der Auswahl von Pflege-Hilfsmitteln, beim pflegerechten Umbau des Hauses oder der korrekten Beantragung von Zuschüssen und Leistungen. Professionelle Beratung und Hilfe durch examinierte Pflege-Fachkräfte, so Kiechle, spare Zeit und Geld und entlaste die Angehörigen oft auch psychisch enorm.

BKPV-Geschäftsbericht 2018:

Geldanlage und Umsatzbesteuerung

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2018 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, München. Neben der Evaluation des Stellenbemessungsmodells 2011 für die Informationstechnik und Anmerkungen zur Vergabe freiberuflicher Planungsleistungen werden darin Fragen zur Ausgleichsberechnung nach § 2 Abs. 3 VOB/B bzw. zur Umsatzbesteuerung aufgeworfen und die Themen „Innenreinigung von Schulen, Verwaltungsgebäuden und Kindertagesstätten“, „Besoldungsgruppen und Tarifaufbau TVÖD-VKA für bestimmte Berufsgruppen“ sowie der „Zusammenhang zwischen Fremdwasseranteil und Niederschlagswasserabgabe“ eingehend erörtert.

„Die Gebäudereinigungskosten betragen bei den Schul- und Verwaltungsgebäuden sowie den Kindertagesstätten zwischen 30 % und 45 % der Gesamtbetriebskosten. Unstrittig dürfte es daher sein, dass die kommunale Gebäudereinigung unter Berücksichtigung von örtlichen Bedingungen und Kriterien, wie z. B. dem Markt, politischen Vorgaben, Personalgewinnung, Personalkosten und Optimierungsmöglichkeiten der Eigenreinigung bzw. des Organisationsaufwands, wirtschaftlich gestaltet werden muss“, betont der BKPV bei seinen Empfehlungen zur Umsetzung einer wirtschaftlichen Reinigung von Schulen, Verwaltungsgebäuden und Kindertagesstätten.

Eigenreinigung für Schulen und Verwaltungsgebäude

Die Reinigungskosten pro qm Reinigungsfläche sollten bei der Eigenreinigung für Schulen und Verwaltungsgebäude nach Erkenntnissen des Kommunalen Prüfungsverbands in einem Rahmen von 16,50 Euro/qm bei der Eigenreinigung und von 12,60 Euro/qm bei der Fremdreinigung liegen (jeweils ohne Organisation der Reinigung und Reinigung der Glasflächen). Soweit die örtlichen Kosten auffällig von diesen Orientierungswerten abweichen, sollte eine nähere Untersuchung zur Klärung der Ursachen durchgeführt werden. In die Überlegungen zur Optimierung und wirtschaftlichen Gestaltung der Gebäudeinnenreinigung seien als weitere zentrale Kriterien die Reinigungsqualität und die Zufriedenheit der Gebäudenutzer einzubeziehen.

Mit Blick auf die Evaluation des Stellenbemessungsmodells 2011 für die Informationstechnik stellt der BKPV fest, dass diese noch intensiver als andere Bereiche der Kommunalverwaltung einem starken Wandel unterliegt. Diesem Wandel gelte es auch bei der Stellenbemessung für Be-

schäftigte der IT Rechnung zu tragen. „Obwohl sich unser Stellenbemessungsverfahren bewährt hat und es auch auf die aktuellen Verhältnisse noch problemlos anwendbar ist, müssen wir es weiterentwickeln und an neue technologische Trends anpassen. Dank der Flexibilität unseres Verfahrens ist dies mit geringem Aufwand möglich“, so der Verband.

Niederschlagswasserabgabe

Stichwort Niederschlagswasserabgabe: Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat 2014 eine Querschnittsprüfung zur Erhebung der Abwasserabgabe durch die Landratsämter und kreisfreien Städte durchgeführt und dabei Feststellungen mit zum Teil erheblichen finanziellen Auswirkungen für die Kommunen getroffen. Eine der Feststellungen betraf die Nichtfestsetzung der Niederschlagswasserabgabe, wenn im Wasserrechtsbescheid eine Auflage zur Reduzierung des Fremdwasseranteils mit Fristsetzung angegeben war, diese Auflage aber nicht oder nicht fristgerecht eingehalten wurde.

In der Vergangenheit wurde laut BKPV nur selten eine Niederschlagsabwasserabgabe erhoben, wenn die Kläranlage in der Lage war, den erhöhten Fremdwasseranteil durch eine erhöhte Reinigungsleistung auszugleichen. Bei der Prüfungs- und Beratungstätigkeit habe man festgestellt, dass die Querschnittsprüfung des ORH bei den Kreisverwaltungsbehörden zu einer Sensibilisierung bei der Festsetzung der Niederschlagsabwasserabgabe führte.

Wie der BKPV darlegt, ist eine Befreiung von der Niederschlagswasserabgabe bei einem Fremdwasseranteil von über 25 % möglich, wenn aufgrund der Reinigungsleistung der Kläranlage nachgewiesen werden kann, dass keine höheren Schmutzfrachten in den Vorfluter gelangen, als bei einem Fremdwasseranteil von 25 % zulässig wären. Aus

wasserrechtlicher Sicht bestehen dann ebenfalls keine zwingenden Gründe, eine Reduzierung des Fremdwasseranteils auf 25 % zu fordern. Der Prüfungsverband weist jedoch darauf hin, dass unnötige Fremdwassereintritte die Abwasserreinigung erschweren und stets höhere Investitions- und Betriebskosten beim Kanal- und Kläranlagenbetrieb sowie bei der Erhebung der Abwasserabgabe verursachen.

Im Fall einer anstehenden Verbescheidung wird empfohlen, rechtzeitig mit den Fach- und Genehmigungsbehörden bezüglich realistischer und sachgerechter Angaben zu den Fremdwasseranteilen und den Ablaufwerten in Kontakt zu treten, da eine nachträgliche Änderung eines bestandskräftigen Bescheids nur unter engen Voraussetzungen möglich ist.

Umsatzbesteuerung

Nur noch knapp zwei Jahre haben die Körperschaften des öffentlichen Rechts Zeit, sich auf die neue Rechtslage bei der Umsatzbesteuerung gemäß § 2b UStG einzustellen. Abgesehen von der mühsamen Suche nach allen noch so kleinen Einnahmen, die künftig der Umsatzsteuer unterliegen könnten, bereitet derzeit allen Beteiligten das Fehlen weiterer Äußerungen der Finanzverwaltung zu folgenden wichtigen Detailfragen das größte Problem: Wann stellen die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts untereinander erbrachten Leistungen mehr als eine verwaltungsunterstützende („punktuell“) Hilfstätigkeit dar? Und: Welche Leistungen sind bei der Prüfung, ob gleichartige Leistungen im Wesentlichen nur an andere juristische Personen des öffentlichen Rechts erbracht werden, heranzuziehen?

Gerade auf die Frage, in welchen Fällen „mehr als eine punktuell Hilfstätigkeit“ vorliegt, erhält man laut BKPV von der Finanzverwaltung derzeit keine Aussage, selbst wenn die Körperschaft des öffentlichen Rechts bereit wäre, hierfür zu bezahlen (gebührenpflichtiger Antrag auf verbindliche Auskunft). Insgesamt sei derzeit nicht erkennbar, welchen Lösungsweg die Finanzverwaltung mitträgt. „Wir werden aber weiter versuchen, im Interesse unserer Mitglieder rechtzeitig klare Aussagen zu erhalten“, unterstreicht der Kommunale Prüfungsverband. DK

ERLUS Lotus air

Das Dach zum Durchatmen.



Ergoldsbacher E58 S

baut 2,9 mg NO_x pro Stunde ab*

Der neue Tondachziegel ERLUS Lotus air® reduziert die Stickoxidbelastung in der Luft. Das Besondere: die photokatalytische Beschichtung beinhaltet Anatas, eine spezielle Form von Titandioxid, die aktiv luftreinigend wirkt. Möchten Sie mit ERLUS Lotus air® die Luftqualität in Ihrer Gemeinde verbessern? Sprechen Sie uns bitte an.

www.erlus.com/lotus



* Die Abbaurrate wurde vom Fraunhofer Institut bescheinigt und unter Normbedingungen bestimmt (1 ppm NO-Gehalt)

Rund 34,2 Mio. Euro für Aufwertung sozialer Einrichtungen

Bund und Freistaat fördern Sanierung und Ausbau von Bildungseinrichtungen, Stadtteilzentren und Bürgerhäusern / 38 bayerische Gemeinden profitieren

Bund und Freistaat unterstützen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bayern: Dank des Investitionspakts „Soziale Integration im Quartier“ können Bayerns Städte und Gemeinden ihre sozialen Einrichtungen aufwerten und so die soziale Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort fördern. Bayerns Bauminister Hans Reichhart: „Mit dem Investitionspakt ‚Soziale Integration im Quartier‘ stärken wir die soziale Infrastruktur und schaffen Angebote für alle Bevölkerungsgruppen. Wir fördern beispielsweise Bürgerhäuser, Stadtteilzentren und kommunale Einrichtungen für Bildung und Kultur. Dafür stehen im Jahr 2019 insgesamt rund 34,2 Millionen Euro zur Verfügung.“

In diesem Jahr werden 39 Projekte in 38 bayerischen Städten, Märkten und Gemeinden gefördert. Zusammen mit den eigenen Mitteln der Kommunen haben die Maßnahmen ein Volumen von rund 38 Millionen Euro. Beispielsweise kann die Stadt Illertissen dank eines überzeugenden Konzepts mit der Sanierung des ehemaligen Gasthauses Adler beginnen. Unmittelbar neben dem Rathaus wird in dem

historischen Gebäude ein attraktives Bürgerhaus entstehen. Fördermittel erhält auch die Stadt Rothenburg ob der Tauber für die Umnutzung der Schranne zum Stadtbibliothek. Mit der städtischen Bücherei erhält das derzeit leerstehende Gebäude eine neue Nutzung, gleichzeitig kann durch die Sanierung ein Baudenkmal in der Altstadt erhalten werden.

Horst Seehofer, Bundesminis-

ter des Innern, für Bau und Heimat: „Der Bund ist und bleibt ein verlässlicher Partner an der Seite der Länder und Kommunen: auch 2019 stellen wir knapp eine Milliarde Euro an Bundesfinanzhilfen für die städtebauliche Förderung zur Verfügung. Darüber hinaus fokussieren wir 2019 unsere Unterstützung stärker auf den Erhalt und die Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen sowie die Nutzung innerörtlicher Brachflächen für den Wohnungsbau. Damit leisten wir einen Beitrag zur Innenentwicklung und zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Gleichzeitig setzen wir so ein Ergebnis des Wohnungsgipfels um. Die Schaffung von neuem Wohnraum muss immer auch mit einer attraktiven Umfeldgestaltung und guten Infrastrukturen einhergehen.“ □

Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg:

Arbeitswelt im Wandel

Wie wird die Arbeitswelt 2030 aussehen? Welche Megatrends und wirtschaftlichen Einflüsse sind dabei zu berücksichtigen? Wie sichern Sie sich in den Märkten die Aufmerksamkeit? Wie können Sie als Unternehmer die Digitalisierung nutzen? Zu diesen Fragen und vielen weiteren Themen bekamen die über 1.000 Teilnehmer der 17. Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen dezidierte Antworten. Das Motto der Tagung im Nürnberg ConventionCenter NCC Ost lautete: „Arbeitswelt im Wandel – digital. agil. global“.

Den Tagungsrahmen bildeten unter anderem Impuls- und Keynote-Vorträge mit dem Chefvolkswirt Dr. Jürgen Michels, der Arbeitswelt-Expertin Prof. Dr. Jutta Rump, dem Spezialisten für Profilierung Jon Christoph Berndt und dem bekannten Wirtschaftskabarettisten Vince Ebert. Daneben standen 30 informative Fachvorträge aus den Fachbereichen Digitalisierung, Management und Arbeitswelt, Finanzen und Internationales Geschäft sowie dem AgriBusiness auf der Agenda.

Eingebettet in die Konferenz war die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises. Diese höchste Auszeichnung für Unternehmer in Bayern wird für besondere und herausragende Erfolge beim Aufbau und Erhalt von Unternehmen verliehen. Die Sparkassen wollen damit zu Innovationsfreude und Entschlossenheit ermutigen und fördern so das Arbeitsplatzwachstum und die regionale Entwicklung in Bayern.

„Unser Ansatz wird mit jedem Jahr wichtiger, weil die Zahl der Gründer und Gründerinnen in Deutschland rückläufig ist. Immer mehr Menschen in Deutschland schmieden zwar Pläne, sich selbstständig zu machen und ein Unternehmen zu gründen. Aber die meisten wagen den Schritt

am Ende doch nicht. Von einer ‚Gründerzeit‘ kann also derzeit nicht die Rede sein“, erläuterte Roland Schmutz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern. Doch die diejenigen, die den Schritt in die Unternehmertätigkeit wagen, seien besser vorbereitet als früher. „Sie sind ideengetriebener, wachstumsorientierter und innovativer als in früheren Jahren. Internationalität, Qualität der Geschäftsausstattung, aber auch Ausbildungsstand und Soft Skills haben insgesamt sehr zugenommen“, so Schmutz.

Finanzielle Absicherung vierversprechender Unternehmenskonzepte

„Die bayerischen Sparkassen wollen die Menschen zur unternehmerischen Selbstständigkeit ermutigen. Unsere Kunden sollen das Gefühl haben, dass sie mit uns auch etwas wagen können. Wir sichern vielversprechende Unternehmenskonzepte finanziell ab, schaffen einen Überblick über Förderprogramme und bringen nicht zuletzt auch Netzwerkpartner zusammen, die gegenseitig voneinander profitieren können. Denn wir wissen, dass die zukünftige ökonomische Dynamik unseres Wirtschaftsraums von neu-

en unternehmerischen Initiativen abhängt: Gründer und mittelständische Unternehmen sind der Motor der bayerischen Wirtschaft. Und gerade Bayern bleibt ein gutes Pflaster für Existenzgründer aller Branchen“, hob der Vizepräsident hervor.

Kategorien „Konzept“ und „StartUp“

Als bestes Unternehmen in der Kategorie „Konzept“ wurde die FMS Future Mobility Solutions GmbH aus Gaimersheim ausgezeichnet, die in Zukunftsthemen wie hochautomatisiertes Fahren, innovative Mobilitätskonzepte und Digitalisierung entwickelt, forscht und berät. In der Kategorie „StartUp“ ging der Preis an die GBS German Bionic Systems aus Augsburg, die als erster europäischer Hersteller Exo- oder Außenskelette zur Kraftverstärkung für Menschen, die in der industriellen Produktion oder der Logistik körperlich schwer arbeiten, fertigen.

Als „Aufsteiger“ konnte sich die noris network AG aus Nürnberg durchsetzen, ein hochmoderner Rechenzentrumsanbieter, der seinen Kunden maßgeschneiderte Lösungen in den Bereichen IT-Outsourcing, Cloud Services sowie Network & Security anbietet.

In der Kategorie „Nachfolge“ siegte die Ziegler Holding GmbH aus Plößberg, die im Kerngeschäft eines der größten Sägewerke Europas mit 1.200 Mitarbeitern betreibt. Der Generationenwechsel ging dort mit einer strategischen Neuausrichtung einher, mit der neue Märkte für das Schnittholz vor allem im Nahen Osten erschlossen wurden. Mittlerweile exportiert das Unternehmen weltweit, doch die Ziegler Group ist trotz der globalen Aktivitäten eine regional verwurzelte Unternehmensgruppe geblieben.

Der „Sonderpreis für besonders regional engagiertes Handeln“ wurde an den Fritz-Felsenstein-Haus e.V. aus Königsbrunn bei Augsburg vergeben, der Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung begleitet. Mit entschlossenem, undogmatischem und professionellem Engagement vieler Haupt- und Ehrenamtler ist im Laufe

BayernLB finanziert Triebzüge für das Elektronetz Allgäu

Die BayernLB finanziert als alleiniger Sole Mandated Lead Arranger mit 140 Millionen Euro den Erwerb von 22 Elektrotriebzügen durch Go-Ahead. Das Eisenbahnverkehrsunternehmen Go-Ahead setzt die Elektrotriebzüge vom Typ FLIRT3 des Herstellers Stadler Pankow ab Dezember 2021 auf der Strecke zwischen München und Lindau ein.

Die Strecke ist insbesondere für Pendler und Touristen attraktiv. Go Ahead hatte den Zuschlag für das Elektronetz Allgäu nach einem europaweiten Vergabeverfahren im vergangenen Jahr erhalten. Zuvor hatte Go Ahead bereits drei Netze in Baden-Württemberg mit Verknüpfungen nach Bayern gewonnen.

Stündliches Angebot

Auf der Strecke München – Memmingen entsteht nun ein stündliches Angebot (statt wie zurzeit alle zwei Stunden). Hinzu kommt in stündlichem Wechsel ein Express-Service, der bis Memmingen an ausgewählten Bahnhöfen hält und danach bis Lindau alle Stationen bedient. Die sprintstarken Elektrotriebwagen werden gut eine Stunde Fahrzeit zwischen Memmingen und München benötigen und damit etwa eine halbe Stunde schneller sein als die heutigen

der Jahre ein Kompetenzzentrum mit besonderer Innovationskraft entstanden. Mit rund 540 Mitarbeitern ist das Förderzentrum der größte Arbeitgeber der Stadt Königsbrunn.

Auszeichnung für das „Lebenswerk“

Die Auszeichnung für das „Lebenswerk“ erhielt die Münchner Unternehmerin Evi Brandl. In mehr als 50 Jahren unternehmerischer Tätigkeit entwickelte sie mehrere Betriebe aus verschiedenen Branchen. Mit beharrlichem Einsatz hat sie zunächst die Vinzenz Murr GmbH mit 230 Filialen aus dem ehemaligen Metzgereibetrieb ihrer Eltern mit einem Stammhaus und drei Filialen geschmiedet. Über die Branchengrenzen hinaus investierte Brandl außerdem in die Modefirma Etienne Aigner AG, richtete das Unternehmen erfolgreich neu aus. Am Unternehmenserfolg lässt sie soziale Projekte für die Stiftung „Herz für Herz“ teilhaben, die bedürftigen Kindern im In- und Ausland zu lebensnotwendigen kardiologischen Operationen verhilft.

Rund 4.500 neue Jobs finanziert

2018 reichten die bayerischen Sparkassen wieder über 200 Millionen Euro Kredite für ca. 1.500 Existenzgründungsvorhaben aus, berichtete Roland Schmutz. Mehr als zwei Drittel aller Gründungsfinanzierungen wurden in Verbindung mit zinsgünstigen Krediten der staatlichen Förderinstitute KfW, LfA Förderbank Bayern und Landwirtschaftlicher Rentenbank vergeben, mit denen die bayerischen Sparkassen sehr eng zusammen arbeiten. Davon profitierten die jungen Unternehmen ganz maßgeblich. Da mit einer Errichtung eines Unternehmens jeweils mehrere Arbeitsplätze geschaffen werden, trugen die Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen zur Schaffung von ca. 4.500 neuen Jobs bei.

„Wir Sparkassen sind stolz darauf, diesen Beitrag zu einer erfolgreichen Wirtschaftskultur leisten zu können. An vorderster Front stehen allerdings die Unternehmer und Unternehmerinnen – mit ihren Ideen, ihrem Mut und mit viel Entschlossenheit“, so Schmutz abschließend. **DK**

Sparkassenverband Bayern:

Dr. Uwe Brandl ist neuer stellvertretender Verbandsvorsitzender

Die 93. Ordentliche Verbandsversammlung des Sparkassenverbands Bayern hat ein zusätzliches Präsidiumsmitglied gewählt: Neuer stellvertretender Verbandsvorsitzender wird Dr. Uwe Brandl, Bürgermeister der Stadt Abensberg, Präsident des Bayerischen Gemeindetags sowie Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds.

Der Sparkassenverband Bayern erweitert damit das Präsidium seiner Verbandsversammlung um die Position des ehrenamtlichen dritten Verbandsvorsitzenden. Damit sind nun Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag und Bayerischer Gemeindetag in der ehrenamtlichen Führungsspitze des Sparkassenverbands Bayern vertreten.

Erster Vorsitzender der Verbandsversammlung und damit Verbandspräsident ist seit 2014 Prof. Dr. Ulrich Reuter, Landrat des Landkreises Aschaffenburg. Stellvertreter von Reuter sind seit 2016 Josef Pellkofer, 1. Bürgermeister der Stadt Dingolfing, sowie ab heute Uwe Brandl. Er ist bereits seit 2003 als Mitglied im Verbandsverwaltungsrat und im kommunalen Beirat des Sparkassenverbands Bayern intensiv in die strategischen Entscheidungen des Verbands eingebunden.

Der hauptamtliche Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Ulrich Netzer, wünschte Uwe

Brandl eine erfolgreiche Amtszeit. „Die dezentral organisierten Sparkassen in kommunaler Trägerschaft spiegeln das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung direkt wider. Mit der Bestellung von Uwe Brandl als Präsidiumsmitglied haben wir jetzt das Zusammenspiel weiter optimiert. Denn die kommunalen Vertreter an der Spitze der Sparkassen sind Verbindungsglieder, die nachhaltig dafür sorgen, dass das Angebot an Finanzdienstleistungen eng mit den regionalen Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft verzahnt ist. Mit der erweiterten Führungsspitze wird das Zusammenwirken ganz im Sinne der Sparkassenkunden noch enger“, so Netzer.

„Das Engagement für die Sparkassen ist ein bedeutender Hebel zur Förderung der Wirtschaftsstruktur und des Wohlstands in Bayern. Umso bedeutender ist es, dass alle Sparkassen und Träger mit großer Spannkraft an einem Strang ziehen“, führte Netzer abschließend aus. **□**

Härtefallkommission Straßenausbaubeiträge startet am 1. Juli 2019

Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann hat in der jüngsten Sitzung des Ministerrats über den aktuellen Sachstand zur Errichtung des Härtefallfonds und der Härtefallkommission im Straßenausbaubeitragsrecht berichtet und das am 1. Juli startende Antragsverfahren vorgestellt.

„Der Gesetzgeber hat den mit 50 Millionen Euro ausgestatteten Härtefallfonds geschaffen. Damit sollen Betroffene, die durch die Heranziehung zu Straßenausbaubeiträgen eine unbillige Härte erfahren haben, einen teilweisen Ausgleich erhalten“, sagte Herrmann und weiter: „Der Freistaat Bayern steht hier an der Seite seiner Bürgerinnen und Bürger und versucht durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge entstandene und als ungerecht empfundene Situationen aus der Welt zu schaffen.“ Auch der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger zeigt sich erfreut: „Nach umfangreichen Vorarbeiten konnte nun ein wichtiges Thema des Koalitionsvertrags zeitnah umgesetzt und in Gang gebracht werden. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner haben wir die Situation der Bürgerinnen und Bürger im Auge gehabt und wollen dieses Thema nun endgültig ad acta legen. Das war mir auch ganz persönlich ein Herzensanliegen.“

Im Zeitraum 1. Juli bis einschließlich 31. Dezember 2019 können sich betroffene Grundstückseigentümer und private Unternehmen, die im Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2017 zu Straßenausbaubeiträgen herangezogen wurden, mit Anträgen an die Geschäftsstelle der Kommission bei der Regierung von Unterfranken wenden. Für Anträge gelten ein Selbstbehalt von 2.000 Euro und eine Einkommensobergrenze von 100.000 Euro; bei Zusammenveranlagten von 200.000 Euro.

Um genügend Zeit für die Antragstellung zu geben, hat sich der Gesetzgeber bewusst gegen das „Windhundprinzip“ entschieden: Bis zum 31. Dezember 2019 können die Betroffenen Anträge stellen. Die Mittel aus dem Härtefallfonds werden verteilt, wenn alle Anträge vorliegen.

Für die Antragstellung steht ein anwenderfreundliches On-

line-Verfahren zur Verfügung. Herrmann: „Die Anträge können sowohl elektronisch als auch in Papierform gestellt werden. Damit ist sichergestellt, dass auch tatsächlich jeder Antragsberechtigte seinen Antrag form- und fristgerecht zur Entscheidung an die Härtefallkommission richten kann.“

Die Antragsformulare sowie weitere Informationen können unter www.strabs-haerfall.bayern.de abgerufen werden, zudem werden die Voraussetzungen für eine Antragstellung und die rechtlichen Rahmenbedingungen nochmals detailliert erläutert. Über alles Wichtige rund um den Härtefallfonds informiert außerdem ein Flyer bei der Staatsministerien.

Der Ministerrat hat einstimmig den ehemaligen Präsidenten des Obersten Rechnungshofes, Dr. Heinz Fischer-Heidlberger, als Vorsitzenden der unabhängigen Härtefallkommission vorgeschlagen. Herrmann zeigt sich erfreut über die Benennung: „Dr. Fischer-Heidlberger, der sich dankenswerter Weise für dieses Amt zur Verfügung stellt, steht wie kaum ein anderer für eine unabhängige und gerechte Kommission.“

Insgesamt besteht die Härtefallkommission für Straßenausbaubeiträge aus fünf Mitgliedern. Neben dem vom Ministerrat benannten Vorsitzenden werden je zwei Mitglieder vom Innenministerium und vom Wirtschaftsministerium benannt. Die Kommission entscheidet über Leistungen aus dem Härtefallfonds. Sie ist unabhängig und an fachliche Weisungen nicht gebunden.

Unterstützt wird die Kommission durch eine Geschäftsstelle. Diese wurde bei der Regierung von Unterfranken eingerichtet, die im Bereich der Straßenausbaubeiträge über eine ausgewiesene Expertise verfügt. Die Geschäftsstelle wird die bei ihr eingehenden Anträge sichten und die Sitzungen der unabhängigen Kommission vorbereiten. **□**

Öko-Konto schafft Ausgleichflächen „auf Vorrat“

Zweiter Flächenverbund im Landkreis Passau

Mit einer neuen, elf Hektar großen Ausgleichsfläche, gibt es im Landkreis Passau nun bereits das zweite „Öko-Konto“, erste Flächen davon wurden schon vergeben. Das Öko-Konto hält Ausgleichsflächen vor, die bei Bedarf von Bauherren abgerufen werden können. Das verkürzt die Verfahren und gibt auch den Gemeinden im Landkreis Planungssicherheit.

Es ist längst zu einer Grundlagede nachhaltigen Wirtschaftens und eines verantwortungsvollen Umgangs mit der Natur geworden, dass Eingriffe, die die Natur beeinträchtigen, durch Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden. Das System der Ausgleichsmaßnahmen ist gesetzlich vorgeschrieben und die entsprechenden Grundlagen binden sowohl Investoren und Bauherren als auch die Genehmigungsbehörden.

Es kommt also darauf an, wie die kommunale Familie im konkreten Fall handelt und es schafft, gerade im Hinblick auf eine erfolgreiche Wirtschaftsregion alle Interessen so zu vereinen, wie es das Gesetz vorschreibt und ermöglicht.

Öko-Konto Pleinting

Das Öko-Konto Pleinting ist so ein Instrument, das dank des Engagements der Sparkasse Passau und mit fachlicher Begleitung durch den Landschaftspflegeverband geschaffen werden konnte. Es dient der vorgezogenen Sicherung und Bereitstellung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, mit denen künftige Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft ausgeglichen werden können.

Ein großer Vorteil des Öko-Kontos sind Konzepte zur Bevorratung von Flächen und zur Durchführung von Maßnahmen. So können die Gemeinden mit dem Öko-Konto ihre Planungssicherheit erhöhen und Verfahren beschleunigen. Oder, wie es Land-

rat Franz Meyer auf den Punkt bringt: „Ausgleichsflächen auf Vorrat und auf Abruf machen es einfacher für alle, für Unternehmen wie für Kommunen.“

Wie funktioniert das Verfahren in der Praxis? Private Bauherren, Investoren oder Firmen, die durch ihre Bauvorhaben gesetzlich verpflichtet sind, Ausgleichsmaßnahmen zu schaffen und entsprechende Flächen nicht selbst zur Verfügung haben, können sich über die Sparkasse Passau in das Öko-Konto einkaufen. Damit werden die Ausgleichsmaßnahmen auf gesetzlicher Grundlage erfüllt. Auf den Öko-Konto-Flächen sorgt der Landschaftspflegeverband (LPV) Passau über mindestens 25 Jahre für einen verantwortungsvollen Umgang. Die blütenreichen Wiesen werden vom LPV angelegt und anschließend extensiv-landwirtschaftlich genutzt. Das heißt: ohne Dünger und Pestizide, betont LPV-Geschäftsführer Franz Elender.

Für Roland Kobler und Jürgen Wachtveitl von der Sparkasse Passau ist es wichtig, ein Angebot für alle Kundengruppen, vom privaten Hausbauer bis zum großen Unternehmer parat zu haben. Neben einer Fläche in Altenmarkt bei Fürstzell, die bereits voll belegt ist, stehen in Pleinting nun weitere 11 Hektar als Öko-Konto zur Verfügung. „Die Pleinting-Fläche ist das erste Öko-Konto im Freistaat nach der Bayerischen Kompensationsverordnung. Damit übernehmen wir als Landkreis Passau eine wichtige Vorbildfunktion in diesem Bereich“, freut sich Landrat Franz Meyer. **□**

KfW-Kommunalpanel 2019:

Volle Kassen verschaffen Atempause

Für die meisten Kommunen in Deutschland war das vergangene Jahr von einer guten Haushaltslage bestimmt. Laut Finanzstatistik konnten in der Summe alle Gemeinden und Gemeindeverbände in ihren Kern- und Extrahaushalten einen positiven Finanzierungssaldo von 9,8 Mrd. Euro erwirtschaften.

Die gute Finanzlage spiegelt sich laut KfW-Kommunalpanel 2019 auch in der Einschätzung der befragten Kämmererinnen wider: 36 % bewerten ihre finanzielle Situation als „gut“ oder „sehr gut“. Ebenfalls 31 % schätzen ihre Finanzlage als „befriedigend“ und weitere 16 % zumindest noch als „ausreichend“ ein. Als „mangelhaft“ bezeichnen nur 17 % der Kommunen ihre Finanzlage, im Vorjahr waren es noch 22 %. Jedoch sollten Finanzierungsüberschüsse und eine mehrheitlich gute Finanzlage nicht über die weiterhin bestehenden Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen hinwegtäuschen. Auch wenn die Zahl gesunken ist, konnten 21 % der Kommunen ihre Haushalte im Jahr 2018 nicht ausgleichen.

Weitere Zunahme der Investitionstätigkeit

Die in vielen Kommunen erfreuliche Finanzlage sowie die diversen Förderprogramme haben zu einer weiteren Zunahme der Investitionstätigkeit geführt. Die geplanten Investitionsausgaben 2018 stiegen nach Angaben der Kämmererinnen auf 34,7 Mrd. Euro und werden heuer auf prognostizierte 35,8 Mrd. Euro anwachsen. Investitionsschwerpunkte bleiben vor allem die Straßen mit rund 25 % der gesamten Investitionen sowie die Schulen mit rund 21 %.

Nach Angaben der Kämmererinnen zeigt sich aber auch, dass nicht alle Investitionsausgaben wie geplant realisiert werden können. Tatsächlich liegen die voraussichtlich verausgabten Investitionen im Jahr 2018 um rund ein Drittel niedriger als die geplanten Investitionen. Aus den Rückmeldungen der Kommunen werden vor allem die Kapazitätsengpässe der Verwaltung und der Bauwirtschaft genannt, so dass sich Investitionsvorhaben nicht im angepeilten Zeitraum vorantreiben lassen.

Die Einschätzung hinsichtlich der ungedeckten Investitionsbedarfe fällt insgesamt dennoch positiv aus, weil viele Projekte zumindest geplant oder begon-

nen werden konnten. In der Folge fällt der wahrgenommene Investitionsrückstand der Kommunen auf rund 138,4 Mrd. Euro (158,8 Mrd. Euro im Vorjahr). Trotz des Rückgangs liegt der Wert aber immer noch in etwa auf dem hohen Niveau des Jahres 2015. In Summe bleiben Schulen mit rund 42,8 Mrd. Euro, Straßen mit rund 36,1 Mrd. Euro sowie Verwaltungsgebäude mit etwa 14 Mrd. Euro auch in diesem Jahr die Bereiche mit den größten Investitionsrückständen.

Wenig Veränderung zeigt sich in der kommunalen Investitionsfinanzierung. Den größten Anteil ihres Investitionsvolumens finanzieren die Städte, Gemeinden und Landkreise mit 41 % über die Allgemeinen Deckungsmittel. Trotz der vielerorts steigenden Steuereinnahmen und KFA-Schlüsselzuweisungen hat sich dieser Anteil im Vergleich zum Vorjahr verringert.

Investitionszuweisungen

Die zweckgebundenen Investitionszuweisungen machen 11 % aus. Ein Anstieg ist bei den Fördermitteln zu verzeichnen, über die nun mehr als ein Viertel (27 %) des Investitionsvolumens finanziert wird. An Bedeutung zugenommen hat auch die Fremdkapitalfinanzierung: Der Anteil des Kommunalkredits ist auf 18 % gestiegen. Die restlichen rund 3 % entfallen auf sonstige Instrumente, darunter Schuldscheindarlehen und Anleihen, die allenfalls für größere Städte relevant sind.

Regionale Unterschiede

Die weiterhin bestehenden großen regionalen Unterschiede sind ein weiterer zentraler Befund des KfW-Kommunalpanels 2019. Diese zeigen sich nicht nur in der Höhe, sondern auch in den Ursachen des Investitionsrückstands. Während in finanzstarken Kommunen eher temporäre Einflussfaktoren, wie zum Beispiel die Auslastung am Bau, zusätzliche Investitionen erschweren, sind es in finanzschwachen Kommunen weiter-

hin eher strukturelle Probleme bei der Finanz- und Personalausstattung. Hier hat auch das gegenwärtig sehr gute konjunkturelle Umfeld scheinbar keine nachhaltige Verbesserung schaffen können.

Leben von der Substanz

„Auch wenn positiv zu vermelden ist, dass die kommunalen Investitionen endlich anziehen, muss auch festgehalten werden, dass die Abschreibungen immer noch höher ausfallen. Auf kommunaler Ebene leben wir weiterhin von der Substanz“, stellte Dr. Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund fest. Die Disparitäten zwischen den Kommunen nähmen dabei weiter zu. Vor allem finanzschwachen Kommunen gelinge es nicht, den Investitionsstau abzubauen. „Ein Grund hierfür ist, dass die Länder trotz sprudelnder Steuereinnahmen noch immer nicht ihrer Finanzierungsverantwortung für ihre Städte und Gemeinden

in einem angemessenen und aufgabengerechten Sinne nachkommen.“

Angesichts immer weiter steigender Sozialausgaben und sich eintrübender Konjunktur sei zu befürchten, dass der Investitionsrückstand in finanzschwachen Kommunen wieder deutlich ansteigt. „Wenn wir es mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nur ansatzweise ernst meinen, muss sich der Bund dieser gesamtstaatlichen Aufgabe stellen und das erfolgreiche Programm zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen langfristig fortzuschreiben und ausfinanzieren“, forderte Landsberg. Dies sei im Übrigen keine singuläre Forderung eines kommunalen Spitzenverbandes, sondern auch Überzeugung des Internationalen Währungsfonds wie der Europäischen Kommission.

Hoher Investitionsstau

Nach Auffassung von Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, zeigt das KfW-Kommunalpanel 2019, dass der Investitionsstau in den Kommunen weiterhin hoch ist. Mehr Investitionen seien besonders nötig, um Schulen zu sanieren, Kitas zu bauen und den öffentlichen Nahverkehr

LfA beruft Hans Peter Göttler zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden

Das Mitglied des Vorstands Hans Peter Göttler wurde mit Wirkung vom 1. Juli 2019 zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands der LfA Förderbank Bayern berufen.

„Für Ihre neue Aufgabe wünsche ich Ihnen viel Glück und Erfolg. Ich bin sicher, dass mit dieser personellen Weichenstellung der Vorstand der LfA Förderbank Bayern unter der Leitung des Vorsitzenden Dr. Otto Beierl für die Zukunft weiterhin bestens gerüstet ist“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Aushändigung der Bestallungsurkunde im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat in Nürnberg fest.

Hans Peter Göttler, 1960 in Rain am Lech geboren, war nach dem Studium der Rechtswissenschaften 1989 beim Wirtschaftsministerium in den Staatsdienst eingetreten. In seiner Laufbahn war er unter anderem in der Staatskanzlei und der Bayernwerk AG tätig. Schließlich wurde er 2015 zum Mitglied des Vorstands der LfA Förderbank Bayern bestellt. Göttler folgt Dr. Hans Schleicher als stellvertretender Vorstandsvorsitzender nach, der zum 30. Juni 2019 in den Ruhestand trat. □

zu stärken. Diese Investitionen sind im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Die Zukunftschancen der Menschen dürften nicht davon abhängen, in welcher Region jemand lebt. Dafür müsse der Bund auch Geld in die Hand nehmen. Vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden Konjunkturabschwächung sei es besonders wichtig, die Investi-

onsfähigkeit der Städte dauerhaft abzusichern.

Zu Problemen führe auch der Bauboom, machte Dedy deutlich: „Wenn Städte investieren wollen und können, fehlt es oft an bezahlbaren Angeboten aus der Bauwirtschaft. Außerdem macht sich auch der Fachkräftemangel bei der Umsetzung von Projekten bemerkbar.“ DK

Bayerns „Beste Fördermittelberater 2018“

BayernLB und Sparkassenverband Bayern verliehen Auszeichnung in Kooperation mit der KfW Bankengruppe, der LfA Förderbank Bayern und der Landwirtschaftlichen Rentenbank

Zehn Kundenberater von bayerischen Sparkassen wurden mit dem Preis „Bester Fördermittelberater 2018“ in den Räumen der LfA Förderbank Bayern in München ausgezeichnet. Damit wurden bereits zum sechsten Mal die Leistungen von Kundenberatern aus bayerischen Sparkassen gewürdigt, die ihren Kunden besonders günstige Kreditkonditionen bieten konnten, weil sie staatliche Fördermittel in die Finanzierung integriert haben.

Roland Reichert, Leiter Bereich Sparkassen & Verbund bei der BayernLB, gratulierte den Gewinnern: „Alle Preisträgerinnen und Preisträger haben auf eindrucksvolle Art und Weise gezeigt, dass sich ihr Einsatz bei der Integration von Fördermitteln im Rahmen von Finanzierungen für ihre Kunden gelohnt hat.“

Die Preisträger wurden von einer Jury in verschiedenen Förderkategorien aus zahlreichen Vorschlägen aus allen Regionen Bayerns ausgewählt.

Insgesamt haben die 65 bayerischen Sparkassen zusammen

mit der BayernLB im vergangenen Jahr rund 13.400 zinsgünstige Förderkredite mit einem Volumen von rund 2,5 Mrd. Euro an Privatleute, Unternehmen und Kommunen ausgereicht. Mit einem Volumen-Anteil von knapp 38 Prozent aller im Jahr 2018 in Bayern vergebenen Förderdarlehen, bleibt die S-Finanzgruppe in Bayern damit Marktführer im Fördergeschäft. Während die BayernLB als zentraler Dienstleister auftritt und die Mittel der Förderbanken an die Sparkassen durchleitet, bedienen diese die privaten und gewerblichen Endkunden. □

LEW

Entspannt in die Energiezukunft der Region blicken. Mit LEW geht das Mehr entdecken auf lew.de

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie

LEW LEW LEW LEW LEW EWL UWK
Lechwerke Service & Consulting TeilNet Netzservice Wasserkraft Elektrizitätswerk Lechberg Güterlandwerk Krummbach LVN

Landkreis Donau-Ries:

Förderung der Artenvielfalt

Der Erhalt und die Förderung der Artenvielfalt (Biodiversität) ist seit Jahrzehnten erklärtes Ziel des Landkreises Donau-Ries und der unteren Naturschutzbehörde. Hierzu konnten mit Unterstützung von Umweltministerium und Bayerischem Naturschutzfonds unter anderem zahlreiche Flächen für Zwecke des Naturschutzes erworben werden. Vorrangig wurde der Landkreis in Feuchtgebieten wie Mertinger Höll, Lauterbacher Ruten, Langweidle bei HeiBesheim, Osterried bei Auchsesheim oder dem Oberndorfer Ried tätig.

Landrat Stefan Rößle: „Ich bin mir sicher, dass meine Mitarbeiter im Naturschutz das Beste für unsere Heimat, die Natur und unsere Artenvielfalt wollen und umsetzen sowie nachhaltig, zukunftsweisend und verantwortungsvoll das Eigentum des Landkreises gestalten. Manchmal ist es dabei notwendig, auch neue Wege zu gehen.“

Dazu gehört eine dem Standort angepasste Bewirtschaftung, ohne die sich rasch eine Verbuschung einstellen und letztendlich ein Wald entstehen würde. Aufgrund ihrer Lage in ökologisch wertvollen und sensiblen FFH- und Vogelschutzgebieten bedürfen die Landkreislflächen aufgrund der Artenausstattung und Lebensräume jedoch einer Offenhaltung, auf die z.B. der Große Brachvogel, Bekassine und Kiebitze angewiesen sind.

Kooperation mit Landwirtschaft

Die untere Naturschutzbehörde setzt hierzu auf die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft, so Roland Scholz vom Landratsamt Donau-Ries. Diese kann u. a. darin bestehen, dass die Flächen an Landwirte für eine extensive Weidewirtschaft verpachtet werden. Anstelle einer maschinellen Pflege durch Mahd erfolgt diese dann „mit tierischer Unterstützung“. Im Landkreis wird dies derzeit in Kooperation mit vier Betrieben praktiziert, die Angus-Rinder, Fleckvieh, Galloway-Rinder und Wasserbüffel halten. „Extensive“ Beweidung bedeutet dabei, dass auf den Flächen weder Düngemittel noch Spritzmittel ausgebracht werden dürfen.

Eine solche Beweidung ist nicht nur nachhaltig, da z. B. der Aufwuchs nicht mehr eigens entsorgt werden muss, und im Interesse des Tierwohls; sie hat auch einen naturschutzfachlichen Mehrwert: Denn anders als bei der maschinellen Pflege entstehen durch den geringen Besatz mit Weidetieren abwechslungsreiche Strukturen von Rohboden, kurzen Weiderasen, Staudenfluren und Riedgräsern. Einer Vielzahl gefährdeter Tier- und Pflanzenarten dient dies als Lebensgrundlage, so z.B. für Schmetterlinge, Amphibien, Orchideen, Mehlsprimeln, Wiesenvögel etc. Auch „Kuhfladen“ sind Brutstätten vieler Insektenarten, weiß Scholz zu berichten. Eine solche extensive Weidewirtschaft steht damit keineswegs im Widerspruch zu den Zielen des Artenschutzes.

So sieht es nicht nur die untere Naturschutzbehörde am Landratsamt Donau-Ries. Zahlreiche Initiativen und Projekte im Bundesgebiet standen für eine solche Beweidung Pate und bekräftigen die Naturschutzbehörde in der fachlichen Zielsetzung.

In Baden-Württemberg gibt es unter wissenschaftlicher Begleitung sogar einen „Verein zur Förderung naturnaher Weidelandschaften Süddeutschlands e.V.“ mit Sitz in Tuttingen. Dieser sieht die extensive Beweidung als zentrale Strategie für den Schutz von Natur und Landschaft. Wichtig im Rahmen solcher Beweidungsprojekte ist eine regelmäßige Nachschau des ökologischen Gesamtzustandes. Dabei unterstützt auch die höhere Naturschutzbehörde bei der Regierung von Schwaben. □



Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber beim „Forum Biodiversität“ in München. Bild: Hase/StMELP

Konstruktiver Dialog für mehr Biodiversität

Der Erhalt der Artenvielfalt ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur in einem offenen Austausch aller Akteure erfolgreich sein wird. Das hat Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber beim „Forum Biodiversität“ in ihrem Ministerium in München deutlich gemacht.

„Nur im konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten kann es gelingen, Lösungen zu entwickeln, um die Artenvielfalt zu fördern und zugleich regionale, bäuerliche Strukturen zu erhalten“, sagte die Ministerin vor 150 Teilnehmern aus Gesellschaft, Landwirtschaft und Naturschutz.

Barrieren überwinden

Der konstruktive Austausch am „Runden Tisch“ zum Volksbegehren habe gezeigt, dass durch gegenseitigen Austausch auch hohe Barrieren überwunden werden könnten. „Die Basis für echte Fortschritte bei der Biodiversität ist das gegenseitige Verständnis aller gesellschaftlichen Kräfte und die Bereitschaft zur Kooperation“, sagte Kaniber.

Die Konferenz ist ein wichtiger Baustein, mit der die Ministerin und die Agrar- und Forst-

verwaltung das Thema Biodiversität heuer und im kommenden Jahr den Landwirten und der Gesellschaft nahebringen will. Unter dem Motto „Unser Auftrag: Erzeugung gestalten – Arten erhalten“ werden bayernweit Veranstaltungen durchgeführt, die sich mit der Verbesserung der Artenvielfalt beschäftigen. Auch bei der Beratung und Weiterbildung der Land- und Forstwirte wird Biodiversität eine zentrale Rolle einnehmen.

Wildlebensraumberatung

Die Wildlebensraumberatung soll als Daueraufgabe an allen 47 Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ausgebaut werden. Kaniber: „Wir wollen unsere Landwirte und Waldbesitzer, aber auch Verbraucher, Gartenbesitzer, Kommunen, Schulen und Verbände verstärkt für dieses Thema sensibilisieren und zeigen, was jeder einzelne für den Artenschutz tun kann.“ □

Bayerischer Masterplan Moore bringt den Klimaschutz voran

Dattenhauser Ried ist Leuchtturmprojekt für den Moorschutz

Moore sind wichtige CO₂-Speicher und wertvolle Gebiete für die Artenvielfalt. Mit dem Masterplan Moore will Bayern diese kostbaren Lebensräume noch besser schützen. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber hat den Startschuss für das erste Umsetzungsprojekt des Masterplans im Dattenhauser Ried gegeben.

Glauber: „Bayern soll klimasicher werden. Dafür sind viele Schritte notwendig. Intakte und wiedervernässte Moore sind kostbare CO₂-Tresore und Schwerpunkte der Artenvielfalt. Der Masterplan Moore ist unser Kompass beim Schutz der bayerischen Moorlandschaften. Das Dattenhauser Ried ist ein Leuchtturmprojekt für den Moorschutz. Die innovativen Maßnahmen dienen dem Klimaschutz und tragen zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Gleichzeitig wird eine landwirtschaftliche Nutzung ermöglicht.“

Kofinanzierung mit EFRE-Mitteln

Der Freistaat Bayern stellt in den nächsten fünf Jahren rund zwei Millionen Euro für Renaturierungsmaßnahmen im Dattenhauser Ried im Landkreis Dillingen zur Verfügung. Kofinanziert wird das Projekt mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Beispielsweise werden im Dattenhauser Ried zur Wiedervernäsung Gräben eingestaut und Spundwände errichtet, um das Gebietswasser auf 70 Hektar im Moor zurückzuhalten.

Kooperative Instrumente neu etablieren

Im Zentrum des Masterplans Moore stehen nachhaltige Maßnahmen, die Eigentümer und Nutzer von Moorflächen auf freiwilliger Basis umsetzen. Kooperative Instrumente zum Moorschutz, die Klima-, Umwelt- und Naturschutz sowie eine klimaschonende Nutzung

und Klimaanpassung im Blick haben, sollen ausgebaut und neu etabliert werden. Dabei liegt der Fokus auf einer moorverträglichen landwirtschaftlichen Nutzung einschließlich der Entwicklung neuer Nutzungsformen wie beispielsweise die Grünlandnutzung bei hohen Wasserständen wie im Modellprojekt Dattenhauser Ried. Der Masterplan wird gemeinsam vom Bayerischen Umwelt- und vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium umgesetzt.

Maßnahmen auf ca. 1.500 Hektar Moorfläche

Seit 2008 wurden in Bayern auf insgesamt etwa 1.500 Hektar Moorfläche Maßnahmen zur Renaturierung durchgeführt. Dafür wurden in die Renaturierung von Mooren und die Begleituntersuchungen über 17 Millionen Euro investiert. Moore entziehen der Atmosphäre weltweit jedes Jahr 150 bis 250 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Bei entwässerten Mooren werden durch die Torfzersetzung dagegen große Mengen Treibhausgas freigesetzt.

Bayern zählt zu den moorreichsten Ländern Deutschlands. Die Moore Bayerns nehmen zusammengefasst rund 220.000 Hektar ein. Die Wiedervernäsung von Mooren ist dabei ein wichtiger Baustein im Bayerischen Klimaschutzprogramm 2050. Seit 2008 wurde durch die Maßnahmen in Bayern ein positiver Klimaeffekt von etwa 70.000 Tonnen Kohlendioxid erreicht. Zugleich werden einzigartige Lebensräume für seltene Tier- und Pflanzenarten erhalten. □

TV BAYERN LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Mit Ideen aus der Natur die Umwelt schützen

Neuer Projektverbund entwickelt Innovationen nach biologischen Vorbildern

Ein neuer bayerischer Projektverbund entwickelt umweltbewusste Technik nach dem Vorbild der Natur. Unter dem Namen „BayBionik“ erforschen Wissenschaftler, wie biologische Vorgänge und Materialien für technische Innovationen genutzt werden können.

Umweltminister Thorsten Glauber betonte anlässlich des offiziellen Projektstarts in München: „Die Natur ist effizient: Nichts geht verloren, alles wird wiederverwertet. Dieses geniale Prinzip wollen wir für neue Entwicklungen in Industrie und Wirtschaft übernehmen. Geringer Materialeinsatz und wenig Energieverbrauch schützen die Umwelt, schonen natürliche Ressourcen und sparen Kosten. Die Forschungsprojekte sind inspiriert von der Natur. Sie bringen das Bewusstsein für nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen, umweltschonende Produktion und Entsorgung voran. Mit dem Start des Projektverbunds „BayBionik“ bauen wir die bayerische Spitzenforschung in der Umwelttechnologie weiter aus.“

Insgesamt sechs Forschungsprojekte sowie ein Koordinierungs- und ein Begleitprojekt werden vom Bayerischen Umweltministerium mit rund 1,8 Millionen Euro finanziert. Der Projektverbund ist auf drei Jahre angelegt.

Schwerpunkte von „BayBionik“ sind selbstreinigende, nachhaltige Oberflächen und intelligente, ressourceneffiziente Systeme. So sollen nach dem Beispiel der fleischfressenden Kannenpflanze nachhaltige und

umweltschonende Antihaf-Beschichtungen entwickelt werden, die Verschmutzungen einfach an der Oberfläche abgleiten lassen. Mit ihrer Hilfe könnten etwa gefährliche Eiszapfen an Dachrinne oder Muschelteppiche an Schiffen künftig verhindert werden.

Auch tierische Besonderheiten werden zum Vorbild, beispielsweise die 180°-Drehung des Kopfes einer Eule. In einem entsprechenden Vorhaben soll in Anlehnung daran eine Konstruktion für energieeffiziente Maschinen abgeleitet werden. Auch die Herstellung von Biokeramik ist Teil des Projektverbunds: Im Vergleich zu menschengemachter Keramik sind Lebewesen wie Muscheln in der Lage, leistungsstarke Biokeramik bereits bei geringen Temperaturen anzufertigen.

Ziel des Projektverbunds ist es, technische Produkte durch das Lernen von der Natur umweltverträglich herzustellen und dadurch Ressourcen und Energie zu sparen sowie Umweltverschmutzung zu reduzieren. Im Rahmen eines Begleitprojekts kann sich die Öffentlichkeit über die bionische Forschung informieren: Das Besucherzentrum Bionicum im Nürnberger Tiergarten begleitet die Projekte von Anfang an und gibt inter-

essierten Besuchern Einblicke in den Stand der Forschung, auch im Rahmen von Veranstaltungen und über soziale Medien.

Am Projektverbund beteiligt sind die Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg/Erlangen (FAU), die Technische Hochschule Deggendorf (THD), das Bionicum Nürnberg, die Universität Bayreuth, die Technische Universität München-Straubing (TUM Straubing) und die Technische Hochschule Nürnberg (TH Nürnberg).

Projektfinanzierung

Folgende acht Projekte werden im Rahmen des Projektverbunds finanziert:

- Koordinierungsvorhaben zum Projektverbund BayBionik, THD
- Begleitvorhaben zum Projektverbund BayBionik, Bionicum Nürnberg
- Selbstreinigende Oberflächen inspiriert durch die Kannenpflanze, FAU
- Nachhaltige Oberflächenfunktionalisierung nach dem Vorbild der Natur, THD
- Energieeffiziente Herstellung strukturierter Biokeramik, FAU
- Bionische High-Tech-Materialien für optische Anwendungen (BionOptik I), Universität Bayreuth
- Bionische High-Tech-Materialien für optische Anwendungen (BionOptik II), TUM Straubing
- Ein Eulenhalsgelenk für effizientere Maschinen, TH Nürnberg. □

11. Bayerische Immissionschutztag in Augsburg:

Klimaschutzgesetz und Luftreinhaltung

Einen fachlich fundierten Querschnitt zu aktuellen Themen des Immissionschutzes boten die 11. Bayerischen Immissionschutztag, zu denen das KUMAS – Kompetenzzentrum Umwelt gemeinsam mit den Kooperationspartnern Bayerisches Landesamt für Umwelt, Andrea Versteyl Rechtsanwältin und Müller-BBM Holding AG nach Augsburg einlud.

Themenschwerpunkte waren unter anderem aktuelle Entwicklungen im Immissionschutz (unter anderem Umsetzung der NEC-Richtlinie, rechtliche Bewertung von Stickstoff-Depositionen in FFH-Gebieten, Vertragsverletzungsverfahren wegen Überschreitung des NO₂-Grenzwertes), die Verordnung über mittelgroße Feuerungsanlagen – 44. BImSchV, Luftreinhaltung – Novelle der TA Luft und Praxis der Luftreinhaltung, Immissionschutzfachliche Anforderungen in der Bauleitplanung sowie Lärmschutz (Umgebungslärmkartierung in Bayern und Aktuelles zur Lärmaktionsplanung). Begleitet wurde der zweitägige Kongress von einer Fachausstellung im Foyer des Bayerischen Landesamtes für Umwelt. Branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister präsentierten über 200 Interessenten aus der Fachwelt ihre Umweltkompetenz.

Erfolgsaussichten von Klimaschutzgesetzen

Bestimmendes Thema des ersten Veranstaltungstages war eine Podiumsdiskussion unter der Moderation von Prof. Dr. Andrea Versteyl aus Berlin zu den Erfolgsaussichten von Klimaschutzgesetzen mit Prof. Dr. Karen Pittel vom ifo Zentrum für Energie, Klima und Ressourcen, Dr. Svea Wiehe (Umweltministerium Baden-Württemberg), Dr. Jörg Rothermel (Verband der chemischen Industrie) und Dr. Lukas Köhler, MdB. Dabei machte Prof. Pittel, die auch Mitglied im Bayerischen Klimarat ist, in Ihrem Impulsbeitrag deutlich, dass die eingegangenen CO₂-Reduktionsziele nun schnellstmögliches Handeln erfordern, um zumindest die Ziele bis 2030 (ca. minus 55 % gegenüber dem Jahr 1990) erreichen zu können. Klimaschutzgesetze könnten dafür aber immer nur den Rahmen vorgeben, um generell Ziele und Maßnahmen festzulegen. Konkrete Maßnahmen müssten dann in Maßnahmenkatalogen festgelegt und laufend auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

„Grüner Engel“ für Ehrenamtliche aus Oberfranken

Vorbildliches Engagement für Natur und Artenvielfalt gewürdigt

Das ehrenamtliche Engagement vieler Helfer bildet eine tragende Säule im bayerischen Natur- und Umweltschutz. Das betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber bei der Verleihung des „Grünen Engels“ an 22 Ehrenamtliche aus Oberfranken in Bayreuth.

„Ohne Ehrenamt geht in Bayern nichts, gerade im Naturschutz ist die Arbeit der vielen Helfer unverzichtbar. Das großartige Engagement der Menschen trägt maßgeblich zum Schutz der Natur und zum Erhalt der Artenvielfalt in Bayern bei. Über eine Million Menschen engagiert sich im Freistaat in Naturschutzverbänden. Sie helfen bedrohten Tier- und Pflanzenarten, schützen Biotope oder arbeiten in der Umweltbildung und geben ihr umfangreiches Wissen weiter“, betonte Glauber. Schätzungen beziffern den wirtschaftlichen Wert der ehrenamtlichen Leistungen im Naturschutz in Bay-

ern auf jährlich rund 23 Millionen Euro.

TA Luft

Rainer Remus vom Umweltbundesamt ging auf die wesentlichsten Regelungen und den Novellierungsbedarf der Technischen Anleitung (TA) Luft ein. In Deutschland sind davon mehr als 50.000 genehmigungsbedürftige Anlagen betroffen. Die Novellierung der TA Luft aus dem Jahre 2002 soll noch in 2019 abgeschlossen werden. Für alle betroffenen Anlagen wird deshalb der Stand der Technik vor allem im Hinblick auf besonders relevante Luftschadstoffe wie z.B. Stickstoffoxide oder Feinstaub überprüft.

Von besonderer Bedeutung für die menschliche Gesundheit sind die Emissionen an besonders gesundheitsschädlichen Stoffen, zu denen in erster Linie solche zählen, die karzinogen, keimzellmutagen oder reproduktionstoxisch sind oder bei denen der Verdacht auf eine entsprechende Wirkung besteht. Auch hierzu werden die Anforderungen in der TA Luft angepasst.

Neu in die TA Luft aufgenommen werden sollen darüber hinaus Anforderungen an die Geruchsmissionen sowie verfahrenlenkende Anforderungen zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie), zur Berücksichtigung der Stickstoffdepositionen und zur Berücksichtigung von Bioaerosolmissionen.

Claudia Schön vom Technologie- und Förderzentrum (TFZ) in Straubing stellte ihre Forschungsergebnisse vor, nach denen ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Qualität von Hackschnitzeln und

Stickstoffoxidemissionen besteht. Rundholzhackschnitzel schneiden demzufolge wesentlich besser ab als Hackschnitzel aus Waldrestholz. Für alle Biomasseheizkraftwerksbetreiber und vor allem für die Brennstofflieferanten wie z. B. Waldbauern, werden die künftig verschärften Anforderungen eine große Herausforderung.

Die aktuelle Luftsituation in der Landeshauptstadt München sowie die Umsetzung des Masterplans waren Gegenstand des Vortrags von Andreas Bauer, Referat für Gesundheit und Umwelt. Bauer zufolge stehen der Gesundheitsschutz und die Luftreinhaltung im besonderen Fokus der Münchner Stadtbevölkerung. Auch wenn sich die Luftsituation 2018 in München deutlich verbessert hat, konnte an den verkehrsreichen Straßenabschnitten – insbesondere des Mittleren Rings – der NO₂-Jahresgrenzwert nicht eingehalten werden. Die Landeshauptstadt hat in Ergänzung zum Luftreinhaltungsplan der Regierung von Oberbayern vergangenes Jahr einen umfassenden Masterplan zur Luftreinhaltung erstellt und beschlossen, der 127 kurz-, mittel- und langfristig ineinander greifende Maßnahmen vorsieht.

Lärmmissionen

Immissionen, insbesondere in Form von Lärm, können sich erheblich auf den Menschen und seine Umwelt auswirken und sogar (gesundheitsschädigende) Wirkungen hervorrufen, hob Matthias Reitberger, Meidert & Kollegen Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, München, hervor. Für die Umsetzung der im Abwägungsergebnis festgestellten immissionschutzrechtlichen Anforderungen stünden der Gemeinde zahlreiche Festsetzungsmöglichkeiten zur Verfügung, deren Schwerpunkt aber der Schutz vor Lärm bildet. Nutzungskonflikte könnten und sollten daher grundsätzlich bereits in der Bauleitplanung berücksichtigt und einer Lösung zugeführt werden. Insbesondere die Festsetzung von passiven und aktiven Schallschutzmaßnahmen oder Emissionskontingenten werden nach Reitbergers Einschätzung hierbei immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Wie Stefan Bauer vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg unterstrich, ist die dominante Lärmquelle mit großem Abstand der Straßenverkehrslärm, gefolgt von Schienen-, Flug- und Industrielärm. Im Gegensatz zu vielen anderen Umweltbeeinträchtigungen habe die Lärmbelastung in den vergangenen Jahrzehnten ständig zugenommen. Der Bedarf und der Wunsch nach Mobilität und stetig steigender Güterverkehr führten zu einer Zunahme des Verkehrs und damit einhergehend des Verkehrslärms, trotz zahlreicher Maßnahmen zu seiner Bekämpfung.

Im Jahr 2002 habe die europäische Kommission (KOM) die „Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung und die Bekämpfung von Umgebungslärm“ („Umgebungslärmrichtlinie“) erlassen. Zentrales Ziel der Richtlinie sei die Erfassung, Minderung und Prävention von Umgebungslärm. Sie verpflichte die Mitgliedsstaaten dabei verbindlich zu einem einheitlichen Vorgehen.

Indem die „Umgebungslärmrichtlinie“ für die Problematik sensibilisiere und Daten über

die Lärmexposition auf EU-Ebene darstellt, trägt sie laut Bauer dazu bei, dass politische Entscheidungen in der EU zum Lärmschutz auf einer fundierten Grundlage getroffen werden können.

Für die Erstellung von Lärmaktionsplänen gibt es keine konkreten Grenzwerte bzw. Auslöswerte, stellte Matthias Geißler vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz fest. Weder in der Richtlinie noch im Rahmen der nationalen Umsetzung wurden Werte festgelegt, die zwingend einen Lärmaktionsplan fordern. Die EU-Kommission hingegen legt die Richtlinie dahingehend aus, dass bei allen gemäß § 47c BImSchG strategisch kartierten Gemeinden ein Lärmaktionsplan erstellt werden muss.

Lärmaktionspläne

Für die Lärmquellen der Bundesautobahnen, Großflughäfen und privaten Haupteisenbahnstrecken sind in Bayern die Regierungen zuständige Behörde für die Erstellung der Lärmaktionspläne. Für „sonstige“ Hauptverkehrsstraßen (Bundes- und Staatsstraßen) sowie für Ballungsräume, die mehr als 100.000 Einwohner aufweisen, sind die Gemeinden zuständig.

Um zukünftig die Anforderungen der EU-Kommission bzgl. der Lärmaktionsplanung an Hauptverkehrsstraßen außerhalb von Ballungsräumen zu erfüllen, erstellt das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz eine zentrale Lärmaktionsplanung für alle Hauptverkehrsstraßen außerhalb von Ballungsräumen und für Bundesautobahnen in Ballungsräumen. **DK**

Abfallwirtschaftsbericht des Landkreises Rosenheim

Laut Abfallwirtschaftsbericht für das Jahr 2018 hat jeder Bürger des Landkreises Rosenheim statistisch gesehen im vergangenen Jahr weniger als 184 Kilogramm Restmüll verursacht. Im Vergleich zum Jahr davor bedeutet dies einen erfreulichen Rückgang von gut einem Kilogramm.

Zudem wurden 2018 mehr als 21.100 Tonnen Altpapier im Landkreis eingesammelt. Davon brachten die Bürger knapp 11.800 Tonnen zu den Altpapiercontainern in den 43 Wertstoffhöfen und mehr als 1.300 dezentralen Containerstandplätzen. Knapp 9.400 Tonnen kamen über die so genannten „Blauen Tonnen“ zusammen sowie fast 18 Tonnen über gemeinnützige Altpapiersammlungen.

In die Altglascontainer an fast 250 Standorten wurden knapp 5.900 Tonnen eingeworfen. Das sind rund 25 Tonnen weniger als das Jahr zuvor. Einen geringfügigen Rückgang gab es zudem bei der Menge der erfassten Leichtverpackungen. Weißblech, Aluminium, Mischkunststoffe, Tetra Pak, Becher, Folien oder Styropor summierten sich auf knapp 1.770 Tonnen.

Um das Hausmüllvolumen zu reduzieren, werden im Landkreis Rosenheim seit vielen Jahren Grünabfälle getrennt erfasst. In den drei Kompostieranlagen in Noderwiechs in der Gemeinde Bruckmühl, in Perfall bei Eiselfing und in Weiher in Aschau wurden 2018 mehr als 115.000 Kubikmeter Häckselgut, Laub und Gras angeliefert. Aus Umweltschutzgründen stellt der Landkreis in seinen eigenen Kompostieranlagen in Noderwiechs und Perfall nur torffreie Substrate her. Ihre

Akzeptanz steigt langsam aber stetig an, heißt es im Abfallwirtschaftsbericht.

Im gesamten Entsorgungsgebiet des Landkreises Rosenheim gibt es seit 1. Januar 2017 ein Bringsystem für Bioabfälle. Damit entscheiden die Bürger selbst, ob sie ihre Bioabfälle selbst kompostieren oder beim örtlichen Wertstoffhof abgeben. 2018 wurden 312 Tonnen eingesammelt, 35 Tonnen mehr als das Jahr zuvor.

Weniger Restmüll

Bei den Wertstoffen fielen 2018 pro Einwohner gut 380 Kilogramm an. Den Haus-, Geschäfts- und Sperrmüll zusammen gerechnet, ergibt sich beim Restmüll ein Jahresdurchschnitt von knapp 184 Kilogramm pro Einwohner. Das ist ein Kilo weniger als 2017. Die Recyclingquote von 72,6 Prozent bestätigt erneut, dass die Bürger ein vorrangiges Ziel des Abfallwirtschaftskonzeptes des Landkreises umsetzen, nämlich die Restmüllmenge durch wirksame Vermeidungs- und Verwertungsmaßnahmen so weit wie möglich zu verringern und dadurch die Umwelt zu schonen. Tatsächlich ist die Verwertungsquote sogar noch höher, weil die von den Bürgern selbst kompostierten Grünabfälle in der Berechnung nicht berücksichtigt werden können. **DK**



Klarheit ist einfach.



sparkasse.de

Wenn man kompetente Finanzpartner in der Nähe hat. Zu Ihren finanziellen Zielen und Wünschen beraten wir Sie ausführlich.

Schauen Sie bei uns vorbei.

Wenn's um Geld geht



Landkreis München will „klimaneutraler Landkreis“ werden

Wer langfristig das Klima schützen will, braucht kurzfristige Maßnahmen. Diesem Leitsatz will der Landkreis München Rechnung tragen und im Rahmen seiner Klima- und Energieinitiative 29++ der erste klimaneutrale Landkreis Deutschlands werden. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen daran aktiv beteiligt werden.

2018 geht als das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in die Geschichte ein. Ein Sommer, der gefühlt schon im April begann und erst im Oktober endete, machte 2018 zum wärmsten je bei uns gemessenen Jahr. 2019 könnte sich diese Entwicklung fortsetzen. Der Landkreis München geht deshalb mit seiner Klima- und Energieinitiative 29++ neue Wege, um dem fortschreitenden Klimawandel zeitnah und messbar entgegenzuwirken und will die „Zukunftsaktie“ einführen, mit der lokale und globale Klimaschutzprojekte gefördert werden und der Landkreis klimaneutral gestellt werden soll. Der Ausschuss für Energiewende, Landwirtschafts- und Umweltfragen hat dem Projekt in vorberatender Sitzung bereits zugestimmt.

Leitlinie: Vermeiden, reduzieren, ausgleichen

Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Bürger und Unternehmen sollen künftig die Möglichkeit haben, ihren CO₂-Fußabdruck durch den Kauf von Zukunftsaktien auszubalancieren. Leitlinie ist dabei der Dreisatz „vermeiden – reduzieren – ausgleichen“. Wunsch und Ziel der Initiatoren ist es, dass sich potenzielle Käufer vor dem CO₂-Ausgleich durch den Erwerb von Zukunftsaktien zunächst mit ihren eigenen Gewohnheiten oder Arbeitsabläufen auseinandersetzen und Vermeidungspotenziale in ihren CO₂-Emissionen erkennen. Dazu sollten Unternehmen im ersten Schritt ihren CO₂-Fußabdruck kennen. In einem zweiten Schritt sollen dann, wo möglich, wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um den tatsächlichen CO₂-Ausstoß effektiv und dauerhaft zu reduzieren, oder eigene Verhaltensweisen überdacht und geändert werden.

Die Energieagentur Ebersberg-München steht hier im Rahmen ihres Tätigkeitsspektrums sowohl Unternehmen als auch Bürgerinnen und Bürgern, die daran interessiert sind, sich klimaneutral zu stellen, beratend zur Seite. Der Anteil, der nicht mehr vermieden oder reduziert werden kann, kann dann über den Kauf von Zukunftsaktien neutralisiert werden. Das soll ein Freikaufen von der individuellen Verantwortung durch den Erwerb der Aktie verhindern.

Wie viele Aktien ein Käufer erwirbt und welchen Anteil seines verbliebenen CO₂-Fußabdrucks er ausgleicht, ist freigestellt. So müssen die CO₂-Emissionen nicht vollständig ausgeglichen werden. Ebenso besteht aber die Möglichkeit, eine den eigenen Fußabdruck übersteigende Menge an CO₂ auszugleichen.

Investiert werden soll dabei sowohl in lokale Klimaschutzprojekte

mit messbarem Nutzen als auch in globale Klimaschutzprojekte mit direkter CO₂-Vermeidung.

Auf diese Weise wird sichergestellt, dass zum einen vor Ort im Landkreis die Möglichkeiten zur CO₂-Vermeidung ausgeschöpft werden. Zum anderen kann durch die globalen Projekte bei gleichzeitiger CO₂-Vermeidung eine nachhaltige Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern unterstützt werden.

Investition in lokale Zukunftssicherung

Der Kauf einer „Zukunftsaktie“ garantiert dem Käufer, dass pro erworbener Aktie eine Tonne CO₂ langfristig und nachweislich der Atmosphäre entzogen wird. Die Emissionsvermeidung bzw. -bindung, die durch lokale Projekte generiert wird, kommt als zusätzlicher Nutzen hinzu. Die lokalen Projekte sollen zudem nicht nur eine Reduktion oder Minderung von Emissionen darstellen, sondern auch die biologische Vielfalt schützen (Biodiversität). Hierzu zählen z. B. die Renaturierungen von Mooren, der Humusaufbau, oder die Förderung von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien.

„Analog zu Aktien am Kapitalmarkt kann jede Verwaltung, jedes Unternehmen, jede Bürgerin und jeder Bürger über den Kauf der Zukunftsaktie einen Anteil an der Gestaltung einer klimagerechten Zukunft erwerben. Ebenso profitieren Sie direkt von einer „Dividendenausschüttung“ in Form einer enkeltäglichen und lebenswerten Zukunft“, so Christian Wolf, Leiter des Sachgebiets Energie und Klimaschutz im Landratsamt, der das Projekt mit seiner Mitarbeiterin und Projektleiterin Evelyn Reisner entwickelt hat.

Nutzung des „Freiwilligen Markts“

Für den globalen Ausgleich soll der sogenannte Freiwillige Markt genutzt werden, an dem Emissionen CO₂-Zertifikate erwerben können. Ein Zertifikat entspricht dabei einer vermiedenen oder gebundenen Tonne CO₂. In Frage kommen für den Landkreis dabei ausschließlich die beiden qualitativ hochwertigsten am Markt verfügbaren internationalen Standards. Der Erwerb der Zertifikate am Freiwilligen Markt könnte über die Energieagentur Ebersberg-München abgewickelt werden. Ein Lenkungsbeirat aus Vertretern der Bürgerschaft, der Kommunen, der Wissenschaft sowie aus Nichtregierungsorganisationen soll über die Auswahl lokaler und globaler Projekte entscheiden. Auch die lokale Projektakquise für die Zukunftsaktie

sowie die finanzielle Abwicklung der Zukunftsaktie sollen ausgelagert werden. Zu letzterem haben bereits erste Gespräche mit der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg stattgefunden.

Der Preis für den Erwerb einer Zukunftsaktie muss noch final festgelegt werden. In einer ersten Rechnung kalkuliert die Verwaltung mit einem Kaufpreis von 8,50 Euro pro Tonne CO₂. Aber auch ein Preis von 10 Euro pro Tonne, wie er aus den Reihen des Ausschusses für Energiewende, Landwirtschafts- und Umweltfragen angeregt wurde, ist denkbar.

Landrat Christoph Göbel sieht in der Zukunftsaktie ein vielversprechendes Projekt für zielgerichteten Klimaschutz nicht nur im Landkreis München: „Damit nehmen wir eine absolute Vorreiterrolle in Deutschland ein. Die Gesellschaft erwartet von Politik und Verwaltung, dass wir das Dilemma auflösen, dass wir zwar viele tolle Ideen und Ansätze haben, die aber im Jetzt und Hier nur wenig konkrete Abhilfe bringen. Ich denke, dass mit der Zukunftsaktie im Landkreis ein Rad in Schwung gebracht wird, das viel Potenzial birgt“, so der Landrat.

„Natürlich besteht die Gefahr, dass der CO₂-Ausgleich zum Gedanken verleiht, sich mit finanziellen Mitteln aus der Verantwortung freizukaufen. Ich bin mir aber sicher, dass dies nur ein kurzfristiger Effekt sein wird, wie er ja auch

Klimaschutz durch Kreislaufwirtschaft

BDE-Mitgliederversammlung 2019 verabschiedet Resolution

Mehr Engagement für den Klimaschutz fordern die Unternehmen der deutschen Kreislaufwirtschaft von der Politik. Dazu hat der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. auf seiner diesjährigen Mitgliederversammlung in Berlin eine Resolution verabschiedet. In dem 8-Punkte-Papier, das den Titel „Zeit zum Handeln - Klimaschutz durch Kreislaufwirtschaft“ trägt, plädiert der Branchenverband für eine ambitionierte Kreislaufwirtschaftspolitik.

Das Problem ist augenfällig: Deutschland verbraucht Jahr für Jahr mehr natürliche Ressourcen als nachwachsen können, und dies bei einer eingespielten Kreislaufwirtschaft. Deshalb moniert die Branche insbesondere den mit 14 Prozent geringen Anteil an Recyclingrohstoffen in der industriellen Produktion.

Maßnahmenpaket

Die Unternehmen der Kreislaufwirtschaft richten den dringenden Appell an die Politik, jetzt glaubhaft und entschlossen zu handeln und fordern folgendes Maßnahmenpaket:

1. Die längst bestehenden Gesetze zu einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung werden in der Realität beachtet und durchgesetzt – so entsteht Signalwirkung auch über die öffentliche Hand hinaus.
2. Wo immer möglich, setzt sich die Politik für Mindesteinsatzquoten ein – so wird die Nachfrage nach Recyclingrohstoffen wirksam gefördert.
3. Recyclingfreundliche Produkte werden durch ein Recycling-Label unterstützt – so können Konsumenten ihr Einkaufsverhalten steuern.
4. Deutschland setzt sich für ein baldiges Deponieverbot auf europäischer Ebene ein – so verschwindet einer der größten Methangasemittenten.
5. Benötigt wird eine bessere Infrastruktur für Sammlung und Aufbereitung vieler Produkte – so werden auch für Elektronikschrott und gefährliche Batterien die dringend notwendigen Sammelergebnisse erreicht. Für

global zu beobachten war. Die Investition in globale Projekte kann aber in mehrfacher Hinsicht lohnenswert sein. Schließlich ist es der Globale Süden, der am meisten unter den Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels leidet, und der in den meisten Fällen mangels finanzieller Mittel auch keine Möglichkeiten hat, dieser Entwicklung wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen. Wenn es gelingt, die Lebensqualität in diesen Ländern über Maßnahmen wie die Zukunftsaktie dauerhaft zu erhöhen und dabei unseren CO₂-Ausstoß effektiv zu reduzieren, können alle Seiten davon profitieren. In diesem Projekt steckt sehr viel Herzblut, und genau das und die innovativen Ansätze benötigen wir, wenn es darum geht, unsere einzigartige Lebensgrundlage für unsere und für die Zukunft kommender Generationen zu sichern“, so Göbel weiter.

Von der klimaneutralen Verwaltung zum klimaneutralen Landkreis

In einem ersten Schritt soll noch 2019 das Landratsamt München seine Emissionen und die Emissionen aller kreiseigenen Liegenschaften durch den Erwerb von Zukunftsaktien ausgleichen. 2020 sollen dann auch die kommunalen Emissionen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden folgen. Danach könnte die Zukunftsaktie dann bereits für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen verfügbar sein.

Im Juli werden Kreisausschuss und Kreistag über die Einführung der Zukunftsaktie endgültig beschließen. □

Warum Bayern eine lokale Rohstoffgewinnung braucht

Neue Broschüre klärt auf

Das Thema Rohstoffknappheit in Deutschland ist mittlerweile in aller Munde. Wir alle benötigen mineralische Rohstoffe für unseren Alltag. Jeder Bundesbürger hat einen Bedarf von einem Kilogramm pro Stunde. Rohstoffe sind im wahrsten Sinne des Wortes das Fundament unserer modernen Gesellschaft.

Mineralische Rohstoffe wie Sand, Kies oder Naturstein sind in Bayern geologisch ausreichend vorhanden, jedoch wird der Zugang zunehmend erschwert. Die Problemstellungen vor Ort – sowohl für Rohstoffgewinnungsunternehmen, als auch für Verantwortliche in den Gemeinden – sind vielfältig und zusehends unübersichtlich.

forsa-Umfrage

Es ist schwierig geworden, Entscheidungen zu treffen, die dem dringend benötigten Bedarf an Rohstoffen und gleichzeitig öffentlichen Belangen gerecht werden. Eine repräsentative forsa-Umfrage im Freistaat hat jedoch ergeben, dass 76 Prozent der Menschen eine regionale Rohstoffgewinnung als wichtig bis sehr wichtig erachten.

Für konstruktives Miteinander

Wir brauchen ein konstruktives Miteinander vor Ort, denn die mineralische Rohstoffgewinnung macht nur Sinn, wenn sie regional erfolgt. Eine Einschränkung des Zugangs zu mineralischen Rohstoffen in Bayern hätte nicht nur wirtschaftliche Folgen für das Bauen vor Ort und im Freistaat, sondern würde vor allem eine zusätzliche Belastung von Mensch und Umwelt durch Verkehr auf langen Transportwegen und den Verlust vieler wichtiger Lebensräume für be-

drohte Tier- und Pflanzenarten bedeuten.

Vom Bedarf über die aktuelle Situation, Zukunftsszenarien, bis zu Verantwortung für Mensch und Natur, vermittelt die neue Broschüre „Miteinander!“



der“ Wissen und Hintergrundinformation zur lokalen Rohstoffgewinnung. Zudem gibt die Publikation Antworten auf wiederkehrende Fragestellungen zu Recycling von Baustoffen oder Flächenverbrauch. Die Broschüre „Miteinander!“ kann beim Bayerischen Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV) als Printexemplar angefordert (info@biv.bayern) oder digital unter www.regionale-rohstoffe.de heruntergeladen werden. □

Bundeskabinett beschließt Masterplan Stadtnatur

Das Bundeskabinett hat den von Bundesumweltministerin Svenja Schulze vorgelegten Masterplan Stadtnatur beschlossen. Mit insgesamt 26 Maßnahmen will die Bundesregierung die Kommunen dabei unterstützen, die Arten- und Biotopvielfalt in den Städten zu erhöhen. So sollen natürliche, grüne Lebensräume geschaffen werden, die nicht nur Pflanzen und Insekten nützen, sondern den Stadtbewohnern grüne Oasen der Erholung bieten.

Bundesumweltministerin Schulze: „Mehr Stadtnatur ist gut für die Menschen und für die Natur. Der jüngste Bericht des Weltbiodiversitätsrates hat uns deutlich vor Augen geführt, wie dramatisch der Schwund unserer biologischen Vielfalt voranschreitet. Angesichts der vielerorts intensiven Landwirtschaft gewinnen die Städte mit ihrer Vielfalt an Lebensräumen eine zunehmende Bedeutung für den Naturschutz. Zugleich ziehen immer mehr Menschen in die Städte. Ich will, dass trotzdem jeder Mensch in seinem Umfeld Zugang zu Natur hat. Wir wollen daher mehr Natur in unsere Städte bringen. Wir wollen mehr unversiegel-

schutz besser entfalten könne.

Nach den Worten von BDE-Präsident Peter Kurth ist sich der Verband sicher, dass die deutsche Recyclingwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zur Transformation der linearen Wirtschaft hin zur Kreislaufwirtschaft leisten kann. „Wir können durch unsere Tätigkeit natürliche Ressourcen schützen und zum Klimaschutz beitragen, indem wir Recyclingrohstoffe auf den Markt bringen. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen und eine bessere internationale Zusammenarbeit.“ Kurth zeigte sich überzeugt, dass die Chancen und Potenziale der Kreislaufwirtschaft bei weitem noch nicht voll entfaltet sind. DK

te Flächen, mehr Natur in Stadtparks, privaten Gärten, Sportstätten, Schulen und Kindergärten, an Gewässern, an Gebäuden und auf Brachen mit Grün.“

Natürliche Lebensräume schaffen

Der Masterplan Stadtnatur unterstützt Kommunen dabei, natürliche Lebensräume zu schaffen. Das ist gut für die Artenvielfalt, aber auch für die Menschen in den Städten. Zu den Maßnahmen zählt unter anderem ein neuer Förderschwerpunkt Stadtnatur beim Bundesprogramm Biologische Vielfalt des BMU. Das Bundesnaturschutzgesetz soll geändert werden, um die kommunale Landschaftsplanung zu stärken.

Kommunale Landschaftsplanung stärken

Weitere konkrete Beispiele: Es soll einen bundesweiten Wettbewerb für Insektenschutz in den Kommunen geben. Es soll mehr Ökologieschulungen und Informationsmaterial für Klein-, Haus- und Gemeinschaftsgärten geben. Des Weiteren soll die Arten- und Biotopvielfalt in den Städten weiter erforscht und kartiert werden. All diese Maßnahmen dienen dazu, dass Stadtbewohner mehr Grün zur Naherholung vor ihrer Haustür finden und dass Deutschlands Tier-, Insekten- und Pflanzenarten auch in Städten gedeihen können. □

4. Brandschutzforum Südostbayern.

Für Kommunen, Bauherren, Planer

Bauen im Bestand | Denkmal

Mittwoch, 10. Juli 2019

Gotischer Kasten, Hofmark 45, 84307 Eggenfelden.

Anmeldung unter: www.brandschutzforum-sob.de

Veranstalter: COPLAN AG | Kooperationspartner: Landkreis Rottal-Inn, Stadt Eggenfelden, FFW Eggenfelden, RUSTIBS Brandschutz

VBS mahnt an:

Energetische Verwertung neu denken

Maßnahmenpaket zur Entlastung der MVA erforderlich

Der deutsche und insbesondere der bayerische Entsorgungsmarkt steuern auf eine schwierige Entsorgungssituation zu: Die zu verwertenden Mengen steigen stetig, so dass die bestehenden Kapazitäten unter Druck stehen. Aktuell ist die Situation dadurch brisant, da mehrere Anlagen zeitgleich keine Gewerbeabfälle mehr annehmen. Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) schlägt in diesem Kontext ein Maßnahmenpaket vor, das von Investitionen in die bestehenden Lagerungs- und Verwertungskapazitäten, über die Müllvermeidung, bis hin zur Optimierung von Erfassung und Sortierung von Abfällen reicht.

Die bayerische Entsorgungswirtschaft steht aktuell vor einer herausfordernden Lage bei der energetischen Verwertung von Gewerbeabfällen. Ursächlich hierfür sind die stetig anwachsenden

Mengen: Das anhaltende Wirtschaftswachstum führt zu jährlichen Steigerungsraten beim Gewerbe- und Hausmüll von zwei bis drei Prozent. Von den deutschen Müllverbrennungsanlagen (MVA)

werden insgesamt auf Basis langfristiger Verträge jährlich über eine Million Tonnen Abfälle aus dem EU-Ausland importiert. Verschärfend wirkt die neue Düngeverordnung: 2/3 der landwirtschaftlichen Verwertungsflächen stehen hierdurch der Klärschlammverwertung nicht mehr zur Verfügung, was zusätzliche Mengen für die MVA bedeutet. Der anhaltende Trend zu Einwegprodukten und schlecht recycelbaren Konsumartikeln führt zu höheren Restmengen aus der Sortierung.

Verwertungskapazitäten unter Druck

Gleichzeitig stehen die bestehenden Verwertungskapazitäten unter Druck: Die bayerischen MVAs sind bedingt durch ihr hohes Durchschnittsalter von längeren Stillstandszeiten zur Revision bzw. Reparatur betroffen. Zudem werden durch die MVA kommunale Siedlungsabfälle vorrangig verbrannt, während für gewerbliche Abfälle Kapazitäten fehlen. Der politische Wille, in neue MVA zu investieren, ist gering ausgeprägt. Der jüngst verabschiedete Ausstieg aus der Kohleverstromung bewirkt zudem, dass die knappen vorhandenen Kapazitäten weiter deutlich sinken werden.

VBS-Präsident Otto Heinz be-

tont: „Entscheidend sind zwei Dinge: schnelles Handeln und eine Kombination mehrerer Ansätze, um die energetische Verwertung neu zu denken.“ Der VBS schlägt folgendes Maßnahmenpaket zur Entlastung der MVA vor:

- die Biotonne flächendeckend in ganz Bayern einführen, so wie dies das Kreislaufwirtschaftsgesetz seit 2015 vorschreibt;
- landwirtschaftliche Betriebe verpflichten Plastikfolien wiederzuverwenden;
- die Abholungsmechanismen für Altpapier optimieren (größere Tonnen oder ein engerer Abholrhythmus);
- das Inverkehrbringen von Einweg-Bechern und Kunststoffdeckeln verteuern/verbieten;
- Erfassung von Verkaufsverpackungen: Depotcontainer durch haushaltsnahe Erfassung ersetzen (gelber Sack/gelbe Tonne);
- Abfälle, die an MVA geliefert werden, konsequent vorsichtigen;
- eine Vorsortierung für Sperrmüll einführen;
- die Revisionen der bayerischen MVA unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der gewerblichen Wirtschaft koordinieren;
- behördliche Genehmigungen für Entsorgungsunternehmen zur Absteuerung von Mengen in eine Verwertungsanlage im EU-Ausland (plus Schweiz) schnell erteilen;
- Investitionen in neue Abfallbehandlungsanlagen zügig positiv bescheiden;
- prüfen, ob weitere Zwischenlager genehmigt werden können;
- mögliche Zwischenlagerungen über einen Zeitraum von über einem Jahr hinaus prüfen.



Die Vorschulkinder des St.-Josef-Kindergartens besuchten den Recyclinghof in Gunzenhausen und lernten eine Menge über Abfallvermeidung und -entsorgung. Bild: Sabine Bartke/Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen

Kleine Wertstoffexperten am Recyclinghof

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, um Abfall zu vermeiden. Wenn er dann doch anfällt, ist es wichtig, dass er richtig entsorgt wird. Viele unserer Abfälle landen an den Recyclinghöfen. Die Vorschulkinder des St.-Josef-Kindergartens aus Gunzenhausen haben sich dort nun ein Bild von der Abfallentsorgung gemacht.

Dass der Begriff Abfall eigentlich falsch ist, wussten die Kinder des Gunzenhausener St.-Josef-Kindergartens bereits, denn fast alle Abfälle, die am Recyclinghof angenommen werden, können recycelt werden. Deshalb werden sie auch Wertstoffe genannt. Elektroaltgeräte werden zum Beispiel in die verschiedenen Einzelteile, wie Metalle, Glas und Kunststoffe, zerlegt und dem jeweiligen Rohstoffkreislauf zurückgeführt. Dadurch werden Ressourcen geschont und Schadstoffeinträge in die Umwelt minimiert.

Projekt „abfallarm leben“. Dabei erhalten die Kinder wichtige Anregungen und Informationen zu Plastik, Verpackungen und Abfallvermeidung. „Wir nehmen jeden Tag unsere wiederverwendbare Trinkflasche und unsere Brotzeitbox mit in den Kindergarten“, freuen sich die Kinder über den Erfolg. PET-Flaschen und Tetrapacks fallen dadurch gar nicht erst an. Auch Alu- und Frischhaltefolien oder Plastiktüten fürs Pausenbrot werden überflüssig.

Vor dem Altkleidercontainer, in dem sich auch viele neue Kleidungsstücke und Schuhe befanden, meinte ein Vorschulkind: „Wenn mir etwas zu klein geworden ist, bekommt das meine Cousine oder Mama verkauft es im Internet“. Große Augen bekamen die Kinder dann im Gebrauchtgütermarkt. Hier gab es jede Menge Spiele, Bücher und Spielzeuge, die die Kinder am liebsten gleich gekauft hätten. „Der eine braucht's nicht mehr – ein anderer freut sich sehr“ ist das Motto, unter dem hier vielen Dingen ein zweites Leben geschenkt wird, anstatt sie als Müll in einer Verbrennungsanlage zu entsorgen. Zur Erinnerung an ihren Besuch am Recyclinghof durften sich die Kinder für ihre Kindergartengruppe ein Spiel aussuchen. Die Abfallwirtschaft des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen führt auf Anfrage Kindergartengruppen, Schulklassen oder andere Gruppen durch die Recyclinghöfe. Die Mitarbeiterin der kommunalen Abfallwirtschaft, Sabine Bartke, passt dabei die Dauer und den Verlauf der Führung der jeweiligen Altersgruppe an. Doch egal wie alt die Besucher sind - sie staunen immer wieder über die riesigen, am Recyclinghof abgegebenen Abfallmengen.

Wertstoffe getrennt sammeln

„Aus diesem Grund ist es auch so wichtig, dass die Wertstoffe getrennt gesammelt werden“, erzählte Sabine Bartke von der kommunalen Abfallwirtschaft des Landkreises. Glas gehört in die Glasiglus, Papier und Pappe in die Kartonenpresse und die Metalle in die Metallcontainer. Aus dem alten Computer, der kaputten Wäschspinne oder dem rostigen Topf kann etwas Neues entstehen und die Vorstellung, dass daraus vielleicht einmal ein Fahrrad wird, faszinierte die Kinder. Doch bei jedem Recyclingprozess muss wiederum Energie und Wasser eingesetzt werden.

„Wäre es da nicht besser, gar nicht so viele Abfälle zu machen?“, fragte ein Kind die Expertin. Eine berechtigte Frage, denn Abfälle, die gar nicht entstehen, brauchen nicht recycelt oder entsorgt zu werden. „Außerdem gibt es zahlreiche Möglichkeiten der Abfallvermeidung und bereits im Kindergarten kann man damit anfangen“, motivierte Sabine Bartke.

Am Kindergarten St.-Josef in Gunzenhausen läuft derzeit das

Vorfahrt für recyclingfähige Verpackungen

Design for Recycling muss gelebt werden. Verpackungen, die nicht recycelt werden können, müssen der Vergangenheit angehören. Diese klare Forderung bestimmte die inhaltliche Agenda des 22. Internationalen Altkunststofftages, den der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung mit seinem Fachverband Kunststoffrecycling in Bad Neuenahr veranstaltete.

Unter dem Leitmotto „Rezyklate für die Kreislaufwirtschaft“ wurden das Kunststoffimage an sich, das sogenannte Design for Recycling, aber auch die Möglichkeiten und Grenzen des Kunststoffrecyclings erörtert.

Die über 440 Teilnehmer konnten u. a. mehreren Workshops beiwohnen. In der Rubrik „Wissenschaft und Kunststoffrecycling“ ging es um die Zukunft des Kunststoffrecyclings. Hierin wurden die Bedeutung von Forschung und Wissenschaft, das Recycling von Carbonfasern, Fakten und Mythen von Biokunststoffen sowie die Optionen rohstofflicher Verfahren zur Kunststoffverwertung beleuchtet.

Workshops

Weitere Workshops befassten sich mit der Fragestellung „100 Prozent Recycling für Kunststoffabfälle?“ und mit der Kunststoffproduktgestaltung im interdisziplinären Dialog. Recycler, Abfüller, Verpackungshersteller und der Grüne Punkt als eines der Dualen Systeme Deutschland kamen hier zu Wort. Im Mittelpunkt der Arbeitsgruppe Internationale Kunststoffmärkte standen schließlich die Exportsituation für Kunststoffabfälle und alternative Ausweichmärkte zu China, aber auch die Auswirkung der Vermüllung durch Kunststoffverpackungen und -abfälle in Asien.

Laut der verabschiedeten EU-Kunststoffstrategie sollen ab 2030 alle Kunststoffverpackungen auf dem EU-Markt recyclingfähig sein. Wie Dr. Dirk Textor, Vorsitzender des bvse-Fachverbandes Kunststoffrecycling, betonte, wäre es ein Irrsinn zu glauben, „dass wir überhaupt ohne Kunststoffe in einer modernen und nachhaltigen Welt leben könnten und diesen Eindruck sollten wir auch nicht erwecken“.

Europa muss seine Hausaufgaben erledigen

Mit der Kritik rund um das Thema Kunststoffe müsse man sich aber in großer Ernsthaftigkeit beschäftigen. Es sei völlig inakzeptabel, wenn Abfälle in Länder exportiert werden, die nicht in der Lage sind, diese Abfälle nach dem Stand der Technik zu verwerten und die so die Umwelt belasten. Textor zufolge „bedeutet das dann aber auch, dass wir in Deutschland und Europa unsere Hausaufgaben machen müssen

und die erschöpfen sich nicht darin, Kunststoff-Strohhalme oder Plastiktüten zu verbieten“.

Ganz oben auf der Agenda stehen für den bvse der Aufbau neuer Recyclingkapazitäten sowie die Modernisierung vorhandener Anlagen, wie Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung unterstrich. Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen, könnten auch die notwendigen Investitionen in aufwändige und teure Anlagentechnik gestemmt werden. „Unsere Unternehmen haben schon lange genug mit hohem Risiko Pionierarbeit geleistet, damit muss nun Schluss sein! Der Mittelstand muss und wird in die Zukunft investieren. Das muss aber Hand und Fuß haben. Einen existenziellen Blindflug können sich unsere Unternehmen nicht leisten“, erklärte Rehbock.

Dem Gestaltungsauftrag gerecht werden

Deshalb sollte die europäische und deutsche Politik nicht nur Verbote aussprechen, sondern ihrem Gestaltungsauftrag gerecht werden und die Rahmenbedingungen für mehr Recycling und Nachhaltigkeit schaffen. Wie Textor darlegte, „benötigen wir mehr Recyclingkapazitäten und auf das Recycling angepasste Rahmenbedingungen. Deshalb plädiert der bvse ganz klar dafür, steuerliche Investitionsanreize für Recyclinganlagen zu setzen und europaweit neue und qualitativ anspruchsvolle Recyclingkapazitäten zu schaffen.“

bvse-Vizepräsident Herbert Snell zufolge vermindert das Kunststoffrecycling durch Einsparen von Neukunststoffen und von Energie den Bedarf an Rohöl. 1,88 Mio. Tonnen an Rezyklaten ersetzen die gleiche Menge an Neuware. Darüber hinaus sei die Energieeinsparung nicht zu vernachlässigen. Beim Kunststoffrecycling würden nur 33 bis 50 Prozent der Energie verbraucht, die bei der Herstellung von Neuware aufzubringen wäre. Und schließlich sei die CO₂-Einsparung durch das Kunststoffrecycling erheblich. Jede Tonne Recyclingkunststoff, die anstelle vergleichbarer Neuware zum Einsatz kommt, vermeide spezifisch zwischen 1,45 und 3,22 Tonnen klimarelevante Treibhausgase in Form von CO₂-Äquivalenten. **DK**

„Runter von den Plastikbergen“

Ein Ideen- und Fotowettbewerb des AWW für Schulklassen zum Thema Plastik und Plastikvermeidung

Überquellende Abfallerimer mit weggeworfenem Einwegplastik wie auch achtlos nach einer Feier in der Landschaft zurückgelassener Plastikmüll sind Negativbilder einer stetig steigenden Menge an Plastikabfall. Hinzu kommen die Umweltprobleme und Gefahren die von kleinsten Plastikteilchen, dem sogenannten Mikroplastik, für Böden und Gewässern ausgehen.

Plastikmüll ist jedoch nicht nur ein nationales oder europäisches Problem. Durch die Verschmutzung der Weltmeere durch riesige Plastikteppiche und durch Mikroplastik wird die Plastikflut auch zu einem globalen Umweltproblem.

Mit einem Ideen- und Fotowettbewerb an Schulen in den Landkreisen Donau-Ries und Dillingen unter dem Motto „Runter von den Plastikbergen“ möchte der Abfallwirtschaftsverband Nordschwaben Jugendliche für das Thema Plastik und Plastikvermeidung sensibilisieren und zu mehr nachhaltigem Handeln aufrufen. Zwar lässt sich Plastik aus dem Alltag wie auch aus dem Schulalltag nicht mehr wegdenken, dennoch sollte jeder Einzelne sein Konsum- und Verbraucherverhalten kritisch hinterfragen, ob ein Einsparungs- und Vermeidungspotenzial gerade in Bereich Einwegplastik möglich ist.

Bei dem durchgeführten Wettbewerb können die verschiedensten Beiträge von Text- bzw. Bildbeiträgen eingereicht werden. Auch kleine Aktionen wie eine Poster-Ausstellung zum Thema Plastik und Plastikvermeidung oder Müllsammelaktionen im Pausenhof sind denkbar. Ziel des Wettbewerbs sollte zudem sein, praktisch umsetzbare Ideen zur Plastikvermeidung für die Abfallwirtschaft zu finden.

Zur Teilnahme an dem Ideen- und Fotowettbewerb wurden rund 80 Schulen in den beiden Landkreisen Donau-Ries und Dillingen angeschrieben. Angesprochen sind Jugendliche vom Grundschulalter bis Abschlussjahrgang.

Im Beisein der beiden Landräte fanden nunmehr in den Landkreisen Donau-Ries und Dillingen

die jeweiligen Auftaktveranstaltungen für den Wettbewerb statt. Für den Landkreis Dillingen fand im Beisein von Landrat Leo Schrell die Auftaktveranstaltung an der Mittelschule Höchstädt statt. Der AWW Nordschwaben freut sich nun auf eine hoffentlich rege Beteiligung der Schulen und wartet gespannt auf die Beiträge rund um das Thema Plastik und Plastikvermeidung, die noch bis zum 12. Juli 2019 eingereicht werden können. Als Anreiz zur Teilnahme verlor der AWW Nordschwaben unter allen teilnehmenden Klassen 10 Mal jeweils 500 Euro und einmal 1.000 Euro. **Hurler**

WIR retten die Bienen!



Sandgruben bieten Wildbienenarten wertvollen Lebensraum. 350 von 500 heimischen Arten legen Ihre Brutröhren in grabbarem Substrat an. Mehr Infos zur regionalen Rohstoffgewinnung: www.regionale-rohstoffe.de

BIV
BAUSTOFFE
STEINE UND ERDEN



Die siebenköpfige Delegation aus den Landkreisen Fürstentum und Dachau im Kreise der Kollegen aus Jordanien, u.a. mit Dr. Thomas König, Vorstand der GfA (2.v.l.) Bild: Landratsamt Fürstentum

Engagement der Landkreise Fürstentum und Dachau:

Entwicklungszusammenarbeit mit Kommunen in Jordanien

Im Rahmen der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ besuchten Vertreter der Landkreise Fürstentum und Dachau zusammen mit Vertretern des gemeinsamen Kommunalunternehmens GfA (Gemeinsames Kommunalunternehmen für Abfallwirtschaft der Landkreise Fürstentum und Dachau) und des Abfallwirtschaftsbetriebs Fürstentum mit einer siebenköpfigen Delegation vier Kommunen in Jordanien.

Finanziell gefördert wurde die Reise von Engagement Global – Service für Entwicklungsninitiativen, der gemeinnützigen Gesellschaft, die als zentrales Instrument des Bundes zur Unterstützung kommunaler Entwicklungspolitischer Aktivitäten fungiert. Die beiden Landkreise haben sich der von Engagement Global und Connective Cities betreuten und finanzierten Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ angeschlossen.

Jordanien hat rund 10,5 Millionen Einwohner. Als unmittelbares Nachbarland zu Syrien wurden in jüngster Zeit knapp eine Million syrische Flüchtlinge aufgenommen. Die ohnehin schon bestehenden Herausforderungen – insbesondere bei der Wasserver- und Abfallent-

sorgung – wurden dadurch weiter verschärft. Die hohen Flüchtlingszahlen gehen mit massivem zusätzlichem Druck auf die knappen natürlichen Ressourcen des Landes sowie mit hohen öffentlichen Zusatzaufgaben (insbesondere in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung, allgemeine Infrastruktur und Energiesubventionen) einher und führen zur Überlastung zahlreicher Kommunen.

Ziel der Reise war es, vor Ort zunächst einen Eindruck von den abfallwirtschaftlichen Strukturen und Herausforderungen zu gewinnen, mit denen die jordanischen Behörden konfrontiert sind und gemeinsam auf Augenhöhe abfallwirtschaftliche Fragestellungen und Strukturen zu diskutieren.

Aus den besuchten Kommunen Madaba, Ajloun, Al-Mazar und Ar-Ramtha werden die Oberbayern eine Kommune auswählen, mit der auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft künftig ein intensiver Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer betrieben wird. „Es ist beeindruckend, wie engagiert die jordanischen Kommunen an der Bewältigung der infrastrukturellen Probleme im Bereich der Abfallwirtschaft arbeiten“, erklärte Sabine Schulz-Hammerl, Werkleiterin des Abfallwirtschaftsbetriebs des Landkreises Fürstentum (AWB). „Die Kommunen sind sehr offen für neue Impulse, die wir einbringen konnten.“

Auch deutsche Kommunen profitieren

Profitieren werden letztlich auch die deutschen Kommunen von dieser Partnerschaft. Die Bewältigung der mit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit verbundenen fachlichen, organisatorischen und nicht zuletzt auch kulturellen Herausforderungen stärkt die entsprechenden Kompetenzen in sachenverwandten Problemlagen. Darüber hinaus vertieft sich die Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen Fürstentum und Dachau.

Im Rahmen eines für Herbst geplanten Eigenbesuchs in den beiden Landkreisen sollen der kommunale Erfahrungsaustausch und die gemeinsamen Bemühungen zur Unterstützung der jordanischen Partnerkommune bei der Bewältigung abfallwirtschaftlicher Herausforderungen und Schwierigkeiten weiter intensiviert und konkretisiert werden. □

Nandlstädter Kultursymposium:

Regionale Identität stärken

Das traditionelle Kultursymposium des Marktes Nandlstadt in der Hallertau verzeichnete auch heuer wieder großen Zuspruch. Neben namhaften Referenten konnte Bürgermeister Jakob Hartl als „Stargast“ Bayerns Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker, begrüßen.

Wie der Staatsminister betonte, ist Bayern auf der ganzen Welt bekannt, vor allem auch für seine Kultur und seine Traditionen. „Staatliches Engagement für Kultur und Heimat ist kein Luxus, sondern maßgeblich für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Kulturförderung ist daher ein Schwerpunkt im Staatshaushalt. Im Doppelhaushalt 2019/2020 stehen dafür rund 1,9 Milliarden Euro bereit.“

Dialogräume eröffnen und Netzwerke knüpfen

Das kulturelle Erbe Bayerns zu bewahren und zu gestalten ist wesentlicher Bestandteil bayerischer Heimatpolitik. „Heimatspflege ist nicht die Pflege klischeehafter Bilder, sondern dessen, was uns als Gemeinschaft in aller Vielfalt im Kern zusammenhält und Bayern lebens- und lebenswert macht. Wo Traditionen gepflegt werden, aber auch neue Ideen entstehen, wollen wir Dialogräume eröffnen und Netzwerke knüpfen“, so Füracker.

„Heimat und Heimatgefühl werden durch regionale Kultur maßgeblich geprägt. Um hierfür die idealen Rahmenbedingungen zu schaffen, braucht es auch eine aktive Strukturpolitik für ganz Bayern. Dafür haben wir unsere Heimatstrategie“, betonte Füracker. Mit der Schaffung eines eigenen Heimatressorts war Bayern Vorbild und Vorreiter. Heimat sei ein Schlüsselthema der heutigen Zeit, regionale Identität in Zeiten zunehmender

Globalisierung und Digitalisierung wichtiger denn je. Jede der Regionen in Bayern hat ihren eigenen Charme und Charakter, ihre natur- und kulturlandschaftlichen Besonderheiten, Bräuche und Dialekte. „Unser Ziel ist die Stärkung der regionalen Identität aller Regionen Bayerns“, hob der Minister hervor.

Über den zeitgemäßen Umgang mit Baukultur informierte Hildegard Sahler, Oberkonservatorin im bayerischen Landesamt für Denkmalpflege. Dabei nahm sie gezielt die Denkmalpflege vor Ort in Augenschein: Die Kulisse Nandlstadts sei geprägt von Elementen des Jugendstils, die teilweise im Original erhalten sind. Gleichwohl tendiere der Bürger jedoch meist dazu, neu zu bauen anstatt historische Gebäude zu sanieren und somit den Charme der Geschichte aufrecht zu erhalten. Dass dies jedoch durchaus möglich sei, verdeutlichte Sahler anhand einiger Beispiele aus der Stadt Freising. Sahlers Appell: „Behaltet das, was ihr habt und hört auf mit dem Abbruch.“

Wolfgang Pledl vom bayerischen Landesverein für Heimatpflege wies darauf hin, dass Kultur immer mit Erhalt verbunden sei. Kirsten Wengmann, Expertin für Kulturmanagement und Kulturmarketing, vermittelte schließlich den Zuhörern, wie man grundlegend bei der Planung eines Kulturprojekts vorgeht und mit welcher Formel ein Erfolg für alle Beteiligten zu erzielen ist. **DK**

NordAllianz Metropolregion München Nord startet Pilotprojekt:

Größtes digitales Messnetzwerk für Luftqualität in Deutschland

Die acht Kommunen der NordAllianz Eching, Garching, Hallbergmoos, Ismaning, Neufahrn, Oberschleißheim, Unterföhring und Unterschleißheim haben sich zum Ausbau eines digitalen Messnetzwerks zur Erfassung der regionalen Luftqualität entschieden.

Insgesamt 35 digitale Messboxen der Firma HawaDawa werden im Gebiet der NordAllianz installiert. Erstes Ziel des Vorhabens ist es, die Bevölkerung und Interessierte live im Internet über die Beschaffenheit der Luftqualität zu informieren, ganz im Sinne des Konzepts der Smart City und der NordAllianz Initiative „Lokal – Regional – Digital“. In Echtzeit werden Werte für Feinstaub, Stickstoff-

einander über das Netz verbunden sind und auf diese Weise zusammenarbeiten.

Die NordAllianz-Kommunen, die gemeinsam ca. 130.000 Einwohner haben, zeigen, dass sich auch kleinere Kommunen durchaus mit den Großen messen können. Bedeutend ist, dass sie das Luftqualitäts-Projekt im Verbund durchführen. Das Thema Smart City und die Einbindung innovativer Technologien

haltung und Smart City geben.

Den Bürgermeistern der NordAllianz ist es besonders wichtig, dass das Wohl der lokalen Bevölkerung im Fokus steht. Digitaler Vorreiter zu sein heißt nicht nur, neue Schritte mithilfe von innovativer Technologie zu gehen, sondern auch die Bevölkerung mit einzubeziehen, denn letztendlich geht es um die Gesundheit und die Lebensqualität aller Menschen. Bereits seit den 1980ern setzt sich der kommunale Verbund der NordAllianz im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit ein. Die Umsetzung des ersten Projektes unter dem Motto „Lokal – Regional – Digital“ liegt nicht zuletzt an dieser jahrelangen freundschaftlichen und erfolgreichen Zusammenarbeit der acht Rathäuser.

Innerhalb der NordAllianz werden gemeinsam definierte Projekte zum Wohle der kommunalen Gemeinschaft vorangetrieben. Dazu wurde Anfang des Jahres eine eigene Geschäftsstelle eingerichtet, die diese Vorhaben strategisch und organisatorisch koordiniert. Von einer weiteren Digitalisierung der Abläufe verspricht man sich besondere Vorteile. □



Unser Bild zeigt von rechts: 1. Reihe: Bgm. Andreas Kemmelmeier, Unterföhring; Bgm. Dr. Alexander Greulich, Ismaning; Karim Tarraf, Fa. HawaDawa; Bgm. Christian Kuchlbauer, Oberschleißheim; Janina Stork, Fa. HawaDawa; Bgm. Dr. Dietmar Gruchmann, Garching. 2. Reihe: Bgm. Sebastian Thaler, Eching; Anna-Laura Liebenstund, Leiterin der Geschäftsstelle NordAllianz; Prof. Dr. Lutz Heuser, Fa. ui Urban Software Institute. 3. Reihe: Bgm. Harald Reents, Hallbergmoos; Bgm. Franz Heilmeyer, Neufahrn und Bgm. Christoph Böck, Unterschleißheim. □

dioxid und Ozon erhoben und auf einer interaktiven Website, dem „Urban Cockpit“ transparent im Internet präsentiert.

Die acht Bürgermeister begrüßen ausdrücklich dieses gemeinsame Zukunftsprojekt, das auch die verstärkte Zusammenarbeit der NordAllianz unterstreicht.

Das geplante Messnetzwerk ist eines der größten kommunalen Messnetzwerke zur Erfassung der Luftqualität in Deutschland. Durch intelligente Vernetzung der Sensoren untereinander lernen diese, die gemessenen Luftwerte mit Werten wie beispielsweise der Außentemperatur abzugleichen und somit richtig einzuordnen. Sie zählen daher zu den intelligenten Geräten des Internet of Things (IoT), in dem Geräte mit-

in die kommunale Entwicklung bleiben somit nicht nur großen Städten vorbehalten, so der gemeinsame Konsens der Bürgermeister.

Kommunale Entwicklung nicht nur für große Städte

Über einen Erprobungs-Zeitraum von 24 Monaten können sich Bürgerinnen und Bürger im Sinne der aktiven Bürgerpartizipation über den Stand der Luftqualität informieren. Ab Herbst steht dazu eine interaktive Karte aller Sensoren auf der Webseite der NordAllianz allen Interessierten zum Abruf zur Verfügung. Darüber hinaus werden auf der Website weiterführende Informationen und Tipps zu den Themen Luftqualität, Luftrein-

Unterschleißheim macht sich fit für die Zukunft:

Bürger gestalten die „Neue Stadtmitte“ mit

Die Stadt Unterschleißheim macht mit dem Projekt „Neue Stadtmitte“ einen großen Schritt nach vorne. „Dieses zukunftsweisende Projekt ist mit großen Hoffnungen und Chancen verbunden“, sagt Erster Bürgermeister Christoph Böck: „Es ist die einmalige Gelegenheit, dass unsere Ortsmitte den künftigen Erfordernissen hinsichtlich Einkaufen und Wohnen den Bürgerinnen und Bürgern gerecht wird.“ Über eine Ausstellung und einen Bürgerworkshop können sich die Unterschleißheimer über das wichtige Projekt informieren und es aktiv mitgestalten.

In den 1980er Jahren wurde mit den Neubauten für das Rathaus, das Bürgerhaus, das Isar-Amper-Zentrum (IAZ) und die Post der Grundstein für eine moderne Stadtmitte gelegt. Zuletzt zeigten sich aber zunehmend Probleme. Viele Jahre herrschte wegen ungeklärter, blockierender Eigentumsverhältnisse ein unbefriedigender Stillstand. Bürgermeister Christoph Böck ist froh darüber, das mit einer zukunftsweisenden Entwicklung begonnen werden kann. „Es ist ein Glücksfall, dass jetzt neben der Stadt zwei engagierte private Investoren beteiligt sind und nicht mehr über 180 einzelne Eigentümer.“

Damit es jetzt endlich losgehen kann, hat die Stadt mit Unterstützung des Büros Dragomir Stadtplanung und den beiden Eigentümern im Herbst 2018 einen Ideenwettbewerb konstruktiv vorbereitet und ausgeschrieben. Letztlich beteiligten sich acht Architekturbüros bzw. Bürgergemeinschaften.

Die Eckpunkte hatte der Stadtrat einstimmig festgelegt. Erklärtes Ziel des Stadtrats ist es, mit einer gemeinsam abgestimmten Entwicklung einen belebten und ansprechenden Raum im Zentrum der Stadt zu schaffen. Außerdem sollen die Grundstücke voneinander unabhängig bebaut werden können.

Der Stadtrat will dann mit allen Beteiligten ein städtebauliches Gesamtkonzept erreichen.

Bei der Preisgerichtssitzung Ende März 2019 kamen drei Entwürfe in die engere Wahl. Jeder hat noch Fragen offen gelassen, deshalb müssen alle drei Entwürfe noch einmal überarbeitet werden. Die Grundlage dafür sind die Anregungen der Unterschleißheimer Bürger, des Stadtrats und der beiden Eigentümer.

Beim Bürgerworkshop reden die Unterschleißheimer mit

„Damit diese Entwicklung in der Mitte unserer Stadt auch zu einem Projekt der hier lebenden und arbeitenden Bürgerinnen und Bürger wird, sind die Unterschleißheimer aufgerufen, sich daran aktiv zu beteiligen“, so der Bürgermeister. Alle Haushalte wurden informiert. Bis Ende Juni wurden alle eingereichten Entwürfe im Festsaal des Bürgerhauses ausgestellt. Zusätzlich wurde ein Bürgerworkshop abgehalten, bei dem die Unterschleißheimer Kritik und Änderungsvorschläge vorbringen konnten. Diese werden den Sommer über gesammelt und ausgewertet. □

Bayerische Gemeindezeitung
KOMMUNALE MEDIEN MITTTEL- UND OBERBAYERN

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Zu Gast bei Regierungs- und Parlamentschefs

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich spricht bei Europagipfel auf dem niederösterreichischen Stift Göttweig über die Rolle Bayerns in der EU

In einer hochkarätigen Runde mit mehreren Staats- und Regierungschefs und Vertretern der EU hat Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich am Wochenende Deutschland vertreten. Er sprach auf dem Europagipfel auf Stift Göttweig in der niederösterreichischen Wachau zur Rolle Bayerns in Europa.

In einer Gesprächsrunde zusammen mit Arno Kompatscher, Landeshauptmann Südtirols, erklärte Heinrich, welche Bedeutung Europa für eine Region spielt, die lange Jahre die Nachbarschaft des Eisernen Vorhangs zu spüren bekam, und was Europa braucht, um weiterhin erfolgreich zu sein.

Der Europagipfel auf Stift Göttweig fand heuer zum 24. Mal statt. Zu Gast waren un-

ständig die Verantwortung dafür nach Brüssel zu delegieren. Als dritten Punkt brauche man viele Beispiele von gelungener EU-Förderung in der Region, damit die Menschen erkennen, dass aus Brüssel viel Gutes komme. „So können wir Verbundenheit schaffen“, so Heinrich unter Applaus.

Europaforum-Präsident Martin Eichinger erklärte, die Regionen als Standort in Europa



Wollen Europa fit für die Zukunft machen: v.l.:Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, EU-Kommissar Johannes Hahn, die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, der Ministerpräsident von Nordmazedonien Zoran Zaev, Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein, Landesrat Martin Eichinger und Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher beim Europagipfel auf Stift Göttweig in der Wachau.

Bild: Bezirk Niederbayern/Bäumel-Schachtner

ter anderem die neue österreichische Bundeskanzlerin der Übergangsregierung Brigitte Bierlein, der Ministerpräsident der Republik Nordmazedonien Zoran Zaev, die Landeshauptfrau von Niederösterreich Johanna Mikl-Leitner, EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani und EU-Kommissar Johannes Hahn. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich war auf Einladung des Präsidenten des veranstaltenden Europa-Forums Wachau, Landesrat Martin Eichinger, vertreten. Er erklärte auf die Frage des Journalisten Rainer Nowak, der die Talkrunden moderierte, ob es stimme, dass Bayern auf Distanz zu Berlin und somit vielleicht auch zu Europa sei: „Wir sind froh und dankbar, ein Freistaat zu sein und leben das intensiv. Wir wissen aber auch, was wir an Europa haben.“

EU wichtig für Frieden und Freiheit

„Die Menschen in Niederbayern haben eine starke Verbindung zur EU und wissen, dass es wichtig ist für die Entwicklung der Region“, unterstrich Heinrich, der auch Vorsitzender der Europaregion Donau-Moldau in Niederbayern ist. Er erklärte dies damit, dass der Freistaat viele Grenzräume aufweise und viele Menschen Bayerns lange am Eisernen Vorhang gelebt haben. Damit diese Zeit nie wiederkommt, sei den Menschen bewusst, dass die EU richtig und wichtig sei und dass sie für Frieden und Freiheit, auch in den Regionen vor Ort, stehe.

Heinrich sagte, auch Bayern könne etwas tun, damit Europa erfolgreich und zudem fest in der Region verankert sei. Dazu nannte er drei Punkte. Zum einen müsse damit Schluss sein, den schwarzen Peter ständig der EU zuzuschleichen, wenn vor Ort etwas schieflaufe: „Wir dürfen unsere Probleme nicht ständig nach Brüssel abgeben und müssen mehr kommunizieren, dass Erfolge auch der Region durch Europa möglich sind“, unterstrich der Bezirkstagspräsident. Zudem müsse man vor Ort dafür sorgen, Menschen für Europa zu begeistern, anstatt

seien auch in Zeiten der Globalisierung wichtig. Gleichzeitig dürfe die Digitalisierung nicht vernachlässigt werden. Das Motto des diesjährigen Gipfels lautete daher „Europa fit für die Zukunft machen.“ Laut Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner werden die Herausforderungen in Europa immer komplexer. Es brauche daher eine klare Aufgaben- und Kompetenzverteilung in der EU, Europa müsse wieder die Innovations- und Technologieführerschaft übernehmen und die EU-Außengrenzen seien endlich gemeinsam zu schützen. „Zudem brauchen wir einen Marschallplan für Hilfe vor Ort in Afrika.“

Dies bekräftigte auch EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani, für den illegale Immigration nur durch Hilfe vor Ort bekämpft werden könne. Er forderte mehr Politik und weniger Bürokratie für Europa. EU-Kommissar Johannes Hahn betonte, Europa müsse in Sachen Energieversorgung unabhängig und weniger erpressbar werden. Dazu sei die Förderung von erneuerbaren Energien enorm wichtig. Die neue österreichische Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein stellte sich klar hinter die Werte Europas: „Die Übergangsregierung ist auf Europakurs.“

– mbs –

Stadthalle Gunzenhausen mit Festakt eröffnet:

Leuchtturm für die Region

40 Jahre lang leistete die Stadthalle Gunzenhausen wertvolle Dienste für vielfältige Veranstaltungen. Nach der Generalsanierung und Vergrößerung steht den Bürgern nunmehr eine hochmoderne Stadthalle als Tagungszentrum, Theater- oder Konzertsaal und Ort für sonstige Veranstaltungen zur Verfügung – ein Veranstaltungszentrum, das im weiten Umkreis seinesgleichen sucht“, wie Bürgermeister Karl-Heinz Fitz vor rund 350 Ehrengästen bei der Einweihung des neuen „Leuchtturms“ der Altmühlstadt feststellte.

Der Rathauschef zeigte sich „stolz, zufrieden und voller Hochachtung für das, was wir hier geschaffen haben“. Nach nur 27 Monaten Bauzeit sei die Mammutaufgabe nun bewältigt und das, wie Fitz betonte, trotz explodierender Baupreise innerhalb des Kosten- wie auch des Zeitrahmens: „Wir wollten dem Vorbild des Berliner Flughafens nicht folgen.“ Der Bürgerschaft wolle er eine lebenswerte Stadt bieten, wozu auch Kultur, Freude und Entspannung zählten.

Dr. Ingo Friedrich Vizepräsident des Europäischen Parlaments a. D. und Gunzenhausener Ehrenbürger, nannte in seiner Festrede seine Stadt, die einst ein „vergessenes Aschenputtel“ im „Armenhaus Westmittelfranken“ gewesen sei, eine inzwischen „zur strahlenden Altmühlprinzessin herangewachsene Schönheit“. Die neue Stadthalle sei der funkelnde Edelstein in der Krone der Prinzessin. Die in die Sanierung ihres Aushängeschildes investierten 17,5 Millionen Euro seien gut angelegtes Geld.

Architekt Michael Weinbrenner und mit ihm alle am Bau Beteiligten hätten sämtliche gestellten Aufgaben gemeistert und könnten nun einen „hervorragenden Baukörper“ präsentieren, der eine Bühnen-, Licht-, Präsentations-, Ton- und Klimatechnik auf höchstem Niveau beherrsche. Technisch und architektonisch genüge die außergewöhnliche Location für bis zu 800 Personen also höchsten Ansprüchen.

Die ursprüngliche und für die Halle charakteristische Wabenform wurde erhalten. Mit ihrem Baukörper bildet die Stadthalle einen „Kristall“ in der Silhouette der Stadt. Gestaltet wurde

ein neuer Innenraum, der als Erweiterung des öffentlichen Raumes wahrnehmbar und nutzbar wird. Der große Saal mit 750 Sitzplätzen und einer 120 qm großen Bühne ist flexibel nutzbar und kann in drei Segmente aufgeteilt werden, die aufgrund der schalldichten Trennwände parallel und getrennt voneinander nutzbar sind. Vier Tagungsräume stehen für Events und Tagungen zur Verfügung. Die Halle verfügt über modernste Veranstaltungstechnik. Alle barrierefreien Räume sind klimatisiert und haben Tageslicht, sind aber auch verdunkelbar.

Die Gesamtfläche der Halle umfasst 4.100 qm. Sie ist um insgesamt 1.000 qm größer als die alte Halle. Das Foyer ist hell und Licht durchflutet. Die Fläche wurde auf 630 qm vergrößert und ist damit doppelt so groß als vorher. Alleine im Foyer wurden 180 qm Glasflächen verbaut. Mit den großzügigen Panoramafenstern wird die Natur in das Gebäude geholt und gleichzeitig mit der bewusst einladenden Überdachung eine Außenbühne geschaffen, die verschiedene Veranstaltungen wie Theater, Konzerte etc. am Fluss ermöglicht.

Mit einem bunten Rahmenprogramm öffneten sich die Türen der Stadthalle jetzt auch dem breiten Publikum. Interessierte konnten sich nach Herzenslust in allen Veranstaltungsräumen umsehen und sich über die Vielzahl an Veranstaltungsformaten, die modernste Technik und vieles mehr informieren. Dargeboten wurden Vorträge zur Bauzeit und Ausstattung der Halle sowie unterhaltsame Beiträge einheimischer Musik-, Tanz- und Akrobatikgruppen. DK

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Im Jahr 1666 war es in London so kalt, dass die Themse zufror und mit einer dicken Eisdecke überzogen war, die man betreten konnte. Das folgende Frühjahr und der Sommer waren heiß und regenarm, die Ernte verdorrte und das Holz der Häuser war so trocken, dass ein kleines Feuer in einer Bäckerei ausreichte, um beim großen Brand von London Anfang September 1666 mehr als 13.000 Häuser zu zerstören.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat in den Ferien ein Buch über die Geschichte der so genannten Kleinen Eiszeit zwischen 1570 und 1700 gelesen. Frappierend beeindruckend.

Damals wurde es auf der Erde – wohl durch natürliche Ursachen – sehr viel kälter als im Mittelalter oder gar der Antike. Wetterphänomene wie bitterkalte Winter, durchregnete

Erfindergeist gegen negative Folgen des Klimawandels

oder viel zu dürre Sommer beutelten die Menschen, entzogen ihnen Lebensgrundlagen und führten zu heftigen Reaktionen. Viele wissenschaftliche Entdeckungen und eine Reihe von technischen Neuerungen, vor allem auf dem Gebiet der Landwirtschaft, verdanken wir diese extremen Wetterepoche. Aber richtig wissenschaftlich durchdringen konnten die Zeitgenossen das Geschehen wohl nicht. Der Grund musste in etwas Metaphysischen liegen und Schuldige mussten her. Kein Wunder, dass dies die Hochzeit der Hexenverfolgung und der Zauberberabwehr ist.

Heutzutage sind wir wissenschaftlich voll auf der Höhe. Wir wissen, um wieviel Grad in welchem Zeitraum sich die Erde erwärmt, können alle möglichen Szenarien in Projektionen durchspielen und kennen auch die Auslöser der Erwärmung, die Wechselwirkungen verschiedener Stoffe und Wetterphänomene sowie die mutmaßlichen Folgen der Erwärmung: Immer kältere Winter und immer heißere Sommer. Von letzterem kriegen wir ja derzeit eine schöne Scheibe ab.

Interessant ist dabei: Offensichtlich ist die Lust nach Sündenböcken bei aller Wissenschaftlichkeit des Diskurses noch nicht erloschen. Natürlich kommt keiner auf die Idee, die Liebhaber von saftigen 350-Gramm-

Steaks, Kurzstreckenflugreisen oder 3-Liter-Diesel-Limousinen auf den Scheiterhaufen zu führen. Aber etwas soziale Ächtung darf es schon sein. Die Schweden etwa, die auf der Suche nach einem billigen Besäufnis gerne über ein Wochenende wegfiegen oder ihren Monatsvorrat dänisches Bier per Tagesfahrt mit der Fähre decken, haben jetzt mit Flugscham (Flugscham) für das erste Mobbingwort der immer hitziger (sorry für das Wortspiel) werden Klimadebatte gesorgt. Wer fliegt, soll sich mal richtig tüchtig schämen!

Kein begeistertes „Ich war übers verlängerte Wochenende in Sevilla“, sondern ein verschämtes „Ich hatte leider nicht mehr genug Urlaub für die 36 Stunden Anreise mit der Bahn und zurückkommen musste ich ja auch – ging blöderweise nur mit dem Flieger“. Wer ob dieser Sünde keinen Schlaf mehr findet, kann Emissionszertifikate kaufen, mit deren Erlös irgendwo ein Bäumchen gepflanzt wird oder er isst einen Monat vegan, was dann auch den Frevel des Genusses von Iberoschwein und den göttlichen Schinken da unten ablassen könnte.

Wenn heute über das Klima debattiert wird, dann wird die ganz große moralische Keule geschwungen, vehement alle möglichen Verbote gefordert und Steuern angedroht, die zwar kein Gramm CO₂ aus der Luft bringen, aber unseren way of life bestrafen sollen.

Mein Chef, der Bürgermeister, las wie erwähnt in seinem Buch zur Kleinen Eiszeit, dass die Menschen den damaligen Widrigkeiten mit Erfindungsreichtum und Innovationen begegnet sind. Deshalb wird er demnächst jemanden in die Stadt einladen, der nicht über die Apokalypse jammert, sondern konkret aufzeichnet, welche Technologien derzeit entwickelt werden, um Treibhausgase erst nicht entstehen zu lassen oder anders zu verwenden, als sie in die Atmosphäre zu blasen. Kurz: Die negativen Folgen des menschengemachten Klimawandels durch menschlichen Erfindergeist auffangen. Denn schließlich wusste schon der große Ökonom Joseph Schumpeter: „Da der technische Fortschritt im Prinzip nicht vorhersagbar ist, ist es sinnlos, sein Ende zu prognostizieren.“

ihre
Sabrina

Neue Umweltstation in Würzburg öffnete die Pforten:

Statement für Nachhaltigkeit

„Die Umweltstation der Stadt Würzburg glänzt mit einem wegweisenden Neubau. Mit dem bayernweit erstmaligen Einsatz von Recycling-Beton an einem öffentlichen Gebäude übernimmt sie wieder einmal eine Vorreiterrolle. Recycling-Beton schützt wertvolle Ressourcen. Die neue Eispeicherheizung spart Energie und schützt das Klima. Die Umweltstation zeigt, wie moderne Architektur mit nachhaltigem Umweltschutz vereint werden kann. Dieser umwelttechnische Fortschritt freut mich als Architekt und Umweltminister ganz besonders“, würdigte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber den Abschluss des Vorzeigeprojekts.

Zur Eröffnung des elliptischen Neubaus begrüßten Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Umweltreferent Wolfgang Kleiner und Hausherrin Anja Knieper rund 250 Festgäste. Viele waren von weit angereist. Dies belegt, dass die innovative Umweltstation Strahlkraft über Nordbayern hinaus hat.

Werbeagentur für Umweltpolitik

Der Oberbürgermeister ging in seiner Rede neben den Innovationen am Bau auf den täglichen Nutzen dieser Beratungsinstitution ein: „Das Vermitteln von Wissen aus dem gesamten Umweltbereich hat sich unsere Umweltstation schon seit rund 30 Jahren zur Aufgabe gemacht. Tausende Kindergartenkinder, Schülerinnen und Schüler werden dieses Gebäude mit Leben füllen. Aber auch unzählige erwachsene Besucher werden zu Vorträgen, Diskussionsrunden, Workshops oder Ausstellun-

gen erwartet. Die Umweltstation ist damit eine Werbeagentur für Umweltpolitik in die Region hinein. Für die gesamte Bürgerschaft steht eine Anlaufstelle beim aktuell und im 21. Jahrhundert sicherlich bedeutungsvollsten Thema zur Verfügung. Umweltpolitik bewegt die Welt und die Welt muss sich bewegen.“

Geeignet für jedes Veranstaltungsformat

Der barrierefreie Ausbau, multifunktional nutzbare Räume, sowie die harmonischen Übergänge zwischen Gebäude und der Außenanlage Bastion ermögliche laut Schuchardt fast jedes Veranstaltungsformat. Große Glasflächen bringen Licht ins Innere des Gebäudes, in dem auch ein Baum Wurzeln schlägt. Schlanke Holzstäbe sind neben den Betonwänden optisch prägend und ebenfalls ein verbindendes Element zur grünen Umgebung.

Alexander Bonde, Generalse-

ekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), die den rund 4,6 Millionen-Euro teuren Bau fachlich und finanziell mit 335.000 Euro förderte, betonte die Pionierrolle der neuen Umweltstation: „Als Würzburg 1990 ein Umweltinformationszentrum errichtete, legte die Stadt den Grundstein für ein landesweites Konzept von Umweltstationen – Muster für heute rund 60 anerkannte Umweltstationen in ganz Bayern. 2019 ist Würzburg mit der neuen Umweltstation erneut Vorreiter: Für das Nutzen zukunftsweisender Energietechnik, für das Nutzen innovativer Baumaterialien wie etwa Recycling-Beton. Dieses schöne Umsetzungsbeispiel kann in der Informations- und Bildungsarbeit der Umweltstation hervorragend genutzt werden.“

Die Umweltstation, mit einer nun mehr als doppelt so großen Nutzfläche wie vorher, ist eingebettet in eine Grünanlage, die einen prächtigen Panoramablick ermöglicht. Bei der Eröffnung sorgten die Musiker von ARU und die Tanzgruppe LEAL für Stimmung. Auf dem Gelände der Landesgartenschau von 1990 tummelten sich die Besucher. Für die Festgäste gab es Snacks aus aller Welt. Natürlich wurde auf die Nutzung von Einweggeschirr verzichtet. □



Bayern beim Bundespräsidenten

Rund 400 Vertreter aus den Bereichen ländliche Entwicklung und berufliche Bildung waren zu Gast beim Gartenfest von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auf Schloss Bellevue in Berlin. Eine Passauer Delegation mit Landrat Franz Meyer an der Spitze war eingeladen worden zum Dank des Bundespräsidenten an alle, die ihn bei Vorbereitung und Durchführung seiner Regionalreisen im Sommer 2018 unter dem Motto „Land in Sicht - Zukunft des ländlichen Raums“ unterstützt hatten. Deshalb war auch Landrat Sebastian Gruber aus dem Landkreis Freyung-Grafenau unter den Gästen.

Unser Bild zeigt (v.l.): Landrat Franz Meyer bei der Übergabe seines Geschenks, seine Büroleiterin Birgit Bachl, Hutthurms Bürgermeister Hermann Baumann, Elke Büdenbender und Bundespräsident Steinmeier. □

Mehr junge Frauen für die Kommunalpolitik gewinnen

Der Landkreis Garmisch-Partenkirchen ist Modellregion beim Projekt FRIDA

Der Landkreis Garmisch-Partenkirchen wurde als eine von vier Kommunen in Bayern für das Projekt FRIDA – mehr Frauen für die Kommunalpolitik im ländlichen Raum – ausgewählt. Ulrike Leimig, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises sieht das Projekt FRIDA als Chance für die Region.

„Das Projekt bietet eine sehr gute Möglichkeit in Zusammenarbeit mit jungen Frauen direkt an die Ergebnisse des vorausgegangenen INTERREG-Projekts <Frauen.Forum.Zukunft> und insbesondere des Runden Tisches <Politische Teilhabe von Frauen im ländlichen Raum – Chancengleichheit in der Regionalentwicklung> anzuknüpfen“, so Leimig.

FRIDA wird von der Hochschule Landshut für den Forschungsverbund „ForDemocracy“ durchgeführt und widmet sich dem Problem der geringen Repräsentanz von Frauen in politischen Gremien und Ämtern auf kommunaler Ebene in Bayern.

„Ein Ziel des über drei Jahre laufenden Forschungsprojektes ist die Herausarbeitung der Ursachen für die mangelnde Beteiligung von Frauen an der Kommunalpolitik“, erläuterte die Projektleiterin Prof. Dr. Barbara Thiessen, Fakultät Soziale Arbeit an der Hochschule für angewandte Wissenschaften in

Landshut. Im Weiteren werden Maßnahmen zur Motivation junger Frauen für kommunalpolitisches Engagement und Konzepte für die Stärkung junger Frauen entwickelt, um so den Anteil junger Frauen in politischen Gremien künftig zu erhöhen.

Dazu soll in ein „Beirat Junge Frauen“ im Landkreis Garmisch-Partenkirchen gebildet

Finanzminister Füracker: 65,5 Mio. Euro für neue Hochschule in Kronach

In Kronach entsteht die erste Ausbildungsstätte der Finanzverwaltung in Oberfranken: Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags bewilligte insgesamt 65,5 Millionen Euro für den Bau der neuen Außenstelle der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Finanzwesen. „Der neue Hochschulstandort ist ein Meilenstein zur Stärkung der Stadt und der Region Kronach. Wir bringen Arbeitsplätze und ermöglichen jungen Menschen eine hervorragende Ausbildung direkt in ihrer Heimat“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. „Wir setzen mit diesem Projekt unsere Heimatstrategie weiter um und verfolgen unser Ziel, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern zu schaffen.“ □

werden – also eine Arbeitsgruppe, in der interessierte junge Mädchen und Frauen zwischen 15 und 27 Jahren die Abläufe in der Kommunalpolitik kennenlernen und gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten gleichstellungsrelevante Themen diskutieren und Aktivitäten und Projekte der Gleichstellungsstelle beraten und mitanregen.

Für den „Beirat Junge Frauen“ sucht die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, Ulrike Leimig, Teilnehmerinnen. „Wir freuen uns, wenn sich interessierte junge Frauen in verschiedensten Lebenssituationen, also Studentinnen, Schülerinnen, Arbeitssuchende, Berufstätige, Frauen mit und ohne Kinder und mit unterschiedlichen kulturellem Hintergrund finden, die sich an dem Projekt FRIDA beteiligen möchten!“ □

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt die Einladung zur Landesverbandstagung der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V., Landesverband Bayern (DWA) bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Politische Bildung beim Bezirk Schwaben:

Schüler erleben Kommunalpolitik

Augsburg (db). Bei „Bezirk Schwaben erleben!“ erhalten Schulklassen der Sekundarstufe II aus Schwaben einen interaktiven Einblick in die Arbeit der dritten kommunalen Ebene. Diesmal waren 29 Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse des Augsburger Maria-Theresia-Gymnasiums zu Gast in der Bezirksverwaltung in Augsburg.

Bei einer Tablet-Rallye setzen sie sich mit Grundlagen der Arbeit des Bezirks Schwaben auseinander. „Es hat mich echt verblüfft, was der Bezirk alles macht, von der Fischerei bis hin zur psychiatrischen Versorgung“, so eine Schülerin. In Interviews konnten die Jugendlichen persönlich mit Funktionsträgern aus Verwaltung und Politik sprechen. Abschließend nahm sich die Jugendbeauftragte des Schwäbischen Bezirks-

tags, Renate Deniffel, Zeit für eine Diskussion mit ihnen.

„Es ist wichtig, dass junge Menschen erfahren, wie demokratische Strukturen funktionieren und wie sie als Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden können“, hebt Bezirkstagspräsident Martin Sailer hervor. „Unser Angebot für Schulen ist hierzu ein modernes und an den schulischen Lehrplan angepasstes Format, das Vorbildcharakter hat.“ □



Schülerinnen und Schüler aus Augsburg lernten bei „Bezirk Schwaben erleben!“ unter anderem im Gespräch mit der Jugendbeauftragten des Schwäbischen Bezirkstags, Renate Deniffel (kniend, 3.v.r.), Bezirksrat Wolfgang Bähler (stehend, 2.v.l.) und dem Direktor der Bezirksverwaltung, Dr. Georg Bruckmeir (stehend, 4.v.r.), Kommunalpolitik hautnah kennen. Bild: Daniel Beiter / Bezirk Schwaben

Vorschau auf GZ 14

In unserer Ausgabe Nr. 14, die am 18. Juli 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge - Fuhrpark
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen

LIEFERANTEN GZ NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44, 71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643
Hugo Knödler GmbH
www.apsederrpfosten.com

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau



ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen über kommunalpolitische Themen:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Energiedienstleistung



erdgas-schwaben.de

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44, 71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641
Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723



Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Infrastrukturanbieter



Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

Kommunaler Datenschutz



Wir lieben Datenschutz und Informationssicherheit. Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert. Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fordertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung



Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Recyclingbaustoffe



Weihnachtsbeleuchtung



Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

www.dwa-bayern.de



Klare Konzepte. Saubere Umwelt.

Landesverband Bayern

Landesverbandstagung

Wasserwirtschaft im Blickpunkt -
Herausforderungen der Zukunft
erfolgreich meistern



Tagung | 23. - 24. Oktober 2019, Fürth
mit Fachausstellung
und Mitgliederversammlung

Programm 23.10.2019

Großer Saal

8:00 Öffnung des Tagungsbüros

Gemeinsames Seminar

9:00 Eröffnung der Tagung und Begrüßung

*Prof. Dr. F. Wolfgang Günthert,
DWA-Landesverbandsvorsitzender*

Grußwort

Christine Lippert, Stadt Fürth

Grußwort

Prof. Dr. Markus Schröder, Vizepräsident der DWA

9:45 Politischer Festvortrag (angefragt)

Staatsminister Thorsten Glauber, Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, München

10:05 Wassersensible und klimaangepasste Städte

Prof. Dr. Heiko Sieker, Ingenieurgesellschaft Prof. Dr. Sieker mbH, Hoppegarten

10:30 Ausstellungsrundgang und Kaffeepause

11:15 Junge DWA Slam

12:00 Ausstellungsrundgang und Mittagspause,
anschließend getrennte Seminarreihen





Seminar Abwasser

Großer Saal

Thema: Abwasserbehandlung

*Moderation: Ulrich Fitzthum, Wasserwirtschaftsamt
Nürnberg*

- 13:30 Die bayerische Spurenstoffstrategie
*Dr. Kurt Müller, Bayer. Staatsministerium für Umwelt
und Verbraucherschutz, München*
- 13:50 Kläranlage 4.0 - Digitalisierung im Anlagenbetrieb
*Prof. Dr. Peter Baumann, Hochschule für Technik,
Stuttgart*
- 14:10 Phosphorelimination für kleine und mittlere
Kläranlagen
Georg Schwimmbeck, Weilheim
- 14:30 Diskussion
- 15:00 **Ausstellungsrundgang und Kaffeepause**
- 16:00 Mitgliederversammlung
- 19:00 Abendveranstaltung



Seminar Gewässer

Wintergarten

Thema: **Unterhaltung von Gewässern dritter Ordnung**

Moderation: Daniela Schaufuss, Landeshauptstadt München

- 13:30 Interkommunale Kooperationen zu ökologischem Gewässerunterhalt, -pflege und -ausbau
Beate Krettinger, Deutscher Verband für Landschaftspflege, Ansbach
- 13:50 Chancen und Grenzen der kommunalen Gewässerunterhaltung aus wasserwirtschaftlicher Sicht
Timo Krohn, Bayer. Landesamt für Umwelt, Augsburg
- 14:10 Der Retzbach-PARK - Natur schützen und erleben
Andrea Mickel, Markt Gaimersheim
- 14:30 Diskussion
- 15:00 **Ausstellungsrundgang und Kaffeepause**
- 16:00 Mitgliederversammlung
- 19:00 Abendveranstaltung





Workshop

23.10.2019

Tagungsraum Rednitz

Parallel zu den Seminaren in der Zeit von 13:30 - 15:30 Uhr

Thema: Dränwasser

*Leitung: Prof. Dr. Rita Hilliges, Stephan Leonhard,
Janis Mühlegg, Hochschule Augsburg*

- Umgang und Erfahrungen mit Dränanlagen
- Diskussion von Lösungsmöglichkeiten anhand des Leitfadens aus dem Forschungsvorhaben „Umgang mit Dränwasser“



Programm 24.10.2019

Seminar Abwasser

Großer Saal

Thema: Rund um das Kanalnetz

Moderation: German Berger, Bayer. Landesamt für Umwelt, Augsburg

- 08:45 Erfolgreiche Umsetzung eines Generalentwässerungsplanes am Beispiel der Stadt Neumarkt i. d. Oberpfalz
Christian Petter, Petter Ingenieure, Neumarkt i.d.Opf.
- 09:05 Umgang mit Asbestzementkanälen
Matthias Schindler, BBI Ingenieure, Regensburg
- 09:25 Rücke vor auf Los - Fremdwasserreduktion durch Kanalsanierung
Otto Mergler, Stadtwerke Lohr a. Main
- 09:45 Diskussion
- 10:15 **Ausstellungsrundgang und Kaffeepause**

Thema: Klärschlammverwertung

Moderation: Prof. Dr. Gerald Steinmann, Hochschule Würzburg

- 11:00 Planungshilfe für Kommunen zur Klärschlamm-entsorgung in Bayern
Dr. Manfred Harant, Bayer. Landesamt für Umwelt, Augsburg
- 11:20 Interkommunale Zusammenarbeit bei der Klärschlamm-entsorgung nach dem Schwandorfer Modell
Thomas Knoll, Zweckverband Müllverwertung Schwandorf
- 11:40 Plattform zur Koordinierung der kommunalen Klärschlammverwertung in Bayern
Daniel Eckstein, DWA-Landesverband Bayern, München
- 12:00 Diskussion und Schlusswort
- 12:30 **Mittagspause**
- 13:30 Fachexkursion

Seminar Gewässer

Wintergarten

Thema: Ökologische Gewässerentwicklung

Moderation: Dr. Barbara Stammel, Aueninstitut Neuburg

- 08:45 Planung, Umsetzung und Unterhalt von Maßnahmen an Gewässern im Stadtgebiet
Eva-Maria Schwarzbauer, Stadt Straubing
- 09:05 Ein Isarabschnitt auf dem Weg zum guten ökologischen Zustand - Vom Plan bis zur Realisierung
Roland Kriegsch, Wasserwirtschaftsamt Weilheim
- 09:25 Naturschutz, Wasserwirtschaft und Biotopenverbund im Intensivgrünland
Peter Guggenberger-Waibel, Stiftung Kulturlandschaft Günztal, Ottobeuren
- 09:45 Diskussion
- 10:15 **Ausstellungsrundgang und Kaffeepause**

Thema: Hochwasser- und Sturzflutenrisikomanagement

Moderation: Wolf-Dieter Rogowsky, Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, München

- 11:00 Hochwasserrisikomanagement im zweiten Zyklus - Aktivitäten und Herausforderungen
Dr. Dieter Rieger, Bayer. Landesamt für Umwelt, Augsburg
- 11:20 Hochwasserrisikomanagement aus Sicht einer bayerischen Kommune - „Ein langer Weg“
Liane Sedlmeier, Stadt Osterhofen
- 11:40 Urbanes Sturzfluten Risikomanagement und natürlich gestaltete HRB-Räume
Jochen Meissner, Stadt Neu-Ulm
Dr. Martin Wolf, SiwaPlan Ing.-Gesellschaft, München
- 12:00 Diskussion und Schlusswort
- 12:30 **Mittagspause**
- 13:30 Fachexkursion



Mitglieder- versammlung

Wintergarten

An die Mitglieder des DWA-Landesverbandes Bayern:

Anlässlich der Landesverbandstagung findet am Mittwoch, 23. Oktober 2019 von 16:00 bis 17:00 Uhr im Wintergarten der Stadthalle Fürth die diesjährige Mitgliederversammlung statt.

Dazu lade ich hiermit ein und bitte um rege Teilnahme.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Genehmigung der letzten Niederschrift und Tagesordnung
2. Wahl eines Mitglieds zur Unterzeichnung der Niederschrift
3. Bericht des Landesverbandsvorsitzenden
4. Projekte (wasserangepasstes Bauen, Klärschlammplattform)
5. Kurzbericht Fort- und Weiterbildung
6. Aktivitäten zur Nachwuchsförderung
7. Kassen- und Geschäftsbericht
8. Kassenprüfbericht
9. Entlastung der Landesverbandsleitung
10. Wahlen Beiratsmitglieder
11. Verschiedenes

Prof. Dr. F. Wolfgang Günthert
Landesverbandsvorsitzender



Rahmenprogramm

Dienstag, 22. Oktober 2019

ab 18:30 DWA-Vorabendtreff im Gasthaus „Grüner Baum“,
Gustavstr. 34, 90762 Fürth
Gemütliches Beisammensein bei fränkischen
Schmankerln (auf Selbstzahlerbasis)

Mittwoch, 23. Oktober 2019

19:00 Abendveranstaltung
mit Buffet und kleinem Unterhaltungsprogramm
im Großen Saal der Stadthalle Fürth

Fachexkursion

Donnerstag, 24. Oktober 2019

13:30 Gemeinsame Fachexkursion zur
Wasserwelt Wöhrder See
Treffpunkt: Haupteingang der Stadthalle Fürth
Dauer der Fachexkursion bis ca. 17:00 Uhr



www.dwa-bayern.de

Veranstaltungsort

Stadthalle Fürth

Rosenstr. 50

90762 Fürth

Tagungsbüro im Foyer: Telefon 0176-45571317

Parkplätze

Im hauseigenen Parkhaus (kostenpflichtig) stehen ca. 300 Stellplätze zur Verfügung. Weitere Parkplätze sowie Busparkplätze befinden sich in unmittelbarer Nähe.

<https://www.stadthalle-fuerth.de/anfahrt.html>

Übernachtungsmöglichkeiten

Abrufkontingente stehen unter dem Stichwort „DWA“ in verschiedenen Hotels in Fürth bereit. Eine Liste der Hotels wird mit der Anmeldebestätigung zugesandt.

Kontakt:

Tourist-Information Fürth

Tel.: 0911-23 95 87 0

Email: tourist-info@fuerth.de

Auszug aus den Geschäftsbedingungen

§ 2 Anmeldung

(1) Die Anmeldung zu den unter § 1 genannten Veranstaltungen der DWA erfolgt in schriftlicher Form unter Zusendung des Anmeldeformulars, in Ausnahmefällen formlos, an die Geschäftsstelle des DWA-Landesverbandes bzw. online über die Veranstaltungsdatenbank der DWA.

§ 7 Sonstige Absagen durch den/die Teilnehmer/in

(1) Erfolgt eine Absage durch den/die Teilnehmer/in ohne Geltung des Widerrufsrechtes (vgl. § 6) bis einschließlich 14 Tage vor Veranstaltungsbeginn, wird hierfür eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 10% der jeweiligen Teilnahmegebühr erhoben, die mit Erhalt der Rücktrittsbestätigung der DWA fällig wird; erfolgt die Absage später als 14 Tage vor Veranstaltungsbeginn, ist die Teilnahmegebühr in voller Höhe zu entrichten. Eine entsprechende Erklärung des/der Teilnehmers / Teilnehmerin bedarf der Schriftform. Der Kurs- oder Veranstaltungsort kann ohne Bearbeitungsgebühr auf eine/n Ersatzteilnehmer/in übertragen werden.

(2) Die Teilnahmegebühr ist auch dann in voller Höhe fällig, wenn der/die Teilnehmer/in ohne Abmeldung nicht auf der Veranstaltung erscheint.

Die ausführlichen AGBs sind unter www.dwa-bayern.de/landesverband-bayern-veranstaltungen.html hinterlegt.

Information und Anmeldung

DWA-Landesverband Bayern

Friedenstraße 40 · 81671 München

Telefon: 089-233 62590 · Fax: 089-233 62595

info@dwa-bayern.de · www.dwa-bayern.de

Teilnahmegebühr

	DWA-Mitglieder	Nichtmitglieder
Tagungsbeitrag inkl. Workshop	€ 225,00	€ 270,00
Tagungsbeitrag für Studierende und Azubis (unter 30 Jahre, gegen Nachweis)	€ 30,00	€ 30,00
Tagungsbeitrag Junge DWA	€ 110,00	
Tagungsbeitrag Pensionäre (gegen Nachweis)	€ 110,00	€ 130,00
Workshop Arbeitssicherheit (ohne Tagungsteilnahme)	€ 60,00	€ 70,00
Fachexkursion	€ 20,00	€ 20,00
Abendveranstaltung mit Buffet	€ 50,00	€ 50,00

Der Tagungsbeitrag beinhaltet Tagungsunterlagen und Verpflegung (3 Kaffeepausen, 2 Mittagsimbisse).

Mitgliederwerbung

Nicht-Mitglieder, die am Tagungsbüro einen Aufnahmeantrag für eine Mitgliedschaft in der DWA unterschreiben oder ihren Aufnahmeantrag der Anmeldung beifügen, können kostenlos an der Veranstaltung teilnehmen.

Stand: 05/2019, Änderungen vorbehalten

Fotohinweis

Fotolia, Stadthalle Fürth, Foto Bernhard, Felber, iStock

ANMELDUNG

FAX 089 233-62595 · E-Mail info@dwa-bayern.de

DWA-Landesverbandstagung Bayern, 23. - 24. Oktober 2019, Fürth

DWA-Mitglieder Nichtmitglieder

	Teilnahmegebühr inkl. Workshop	€ 225,00	€ 270,00
Teilnehmer, Vor- und Zuname, Titel	<input type="checkbox"/> Seminar Abwasser <input type="checkbox"/> Seminar Gewässer		
Firma/Behörde/Kommune	<input type="checkbox"/> Tagungsbeitrag für Studierende und Auszubildende (unter 30 Jahre, gegen Nachweis)	€ 30,00	€ 30,00
Straße	<input type="checkbox"/> Tagungsbeitrag Junge DWA	€ 110,00	
PLZ/Ort	<input type="checkbox"/> Tagungsbeitrag Pensionäre (gegen Nachweis)	€ 110,00	€ 130,00
Tel./Fax	<input type="checkbox"/> Workshop Mi. 23.10.2019 (nur Workshop ohne Tagungssteiname)	€ 60,00	€ 70,00
E-Mail	<input type="checkbox"/> Fachexkursion Do.:24.10.2019	€ 20,00	€ 20,00
DWA-Mitgliedsnummer	<input type="checkbox"/> Abendveranstaltung + Buffet Mi.23.10.2019	€ 50,00	€ 50,00
Datum/Unterschrift	<input type="checkbox"/> Teilnahme als Neumitglied		

Ja, ich willige ein, künftig Informationen der DWA/GFA per E-Mail zu erhalten.

Mit meiner Unterschrift akzeptiere ich die AGBs der DWA, die unter www.dwa-bayern.de/landesverband-bayern-veranstaltungen.html hinterlegt sind. Bei Bedarf schicken wir Ihnen die AGBs gerne zu.